Für Vision und Verantwortung



MERA25

Grundsatzprogramm

Linke Politik für Frieden, Solidarität und Freiheit!

Nirgends herrscht eine größere Verantwortungslosigkeit als in der deutschen Politik. Ob aus Vorsatz, Unfähigkeit oder Feigheit – die regierenden Politiker:innen machen einen schlechten Job und gefährden unsere Zukunft.

Die Fakten:

- **Es wird heißer. Die Häufigkeit von Starkregen, Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden nimmt zu. Unsere Lebensgrundlagen sind in Gefahr.**
- **Immer mehr Menschen sind weltweit auf der Flucht, werden unterdrückt, verfolgt und bedroht.**
- **Deutschland militarisiert sich. Der öffentliche Diskurs wird von Kriegsrhetorik dominiert, Gegenstimmen werden geächtet. Dabei setzt die Außenpolitik auf Aufrüstung und verhöhnt das Völkerrecht.**

Die, die dafür gewählt werden, Verantwortung zu übernehmen, tun es nicht. Sie schaffen es nicht, wirksame Verbesserungen umzusetzen. Schlimmer noch – vielfach machen sie sich zu Handlanger:innen derer, die am meisten von Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung profitieren.

Das politische Versagen führt auch dazu, dass Macht und Geld sich seit Jahren in immer weniger Händen konzentrieren. Wirtschaft und Politik verschmelzen. Banken und Konzerne können agieren, wie sie möchten, denn sie scheinen zu groß, um kontrolliert zu werden. Ganze Politikbereiche werden zu rein technischen Fragen erklärt, also dem demokratischen Prozess entzogen.

Wir steuern in eine feudale Gesellschaft, in der Wenige über die Vielen herrschen.

Die Regierenden reden viel und scheinen sehr beschäftigt. Aber nichts von dem, was sie tun, ist ausreichend, um diese Entwicklung zu stoppen. Im Gegenteil, vieles beschleunigt sie! Es gibt keine Vision, keine Ambition, Grundlegendes zu ändern, kein Gefühl eines Aufbruchs.

Grund genug für eine rebellische Partei!

Soziale Sicherheit. Ein Green New Deal. Globale Gerechtigkeit.

Denn alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind menschengemacht. Folglich lassen sie sich auch durch Menschen verändern. Das zu tun, dafür treten wir an.

- Es gibt uns, um für **soziale Sicherheit** zu kämpfen. Unser Plan garantiert allen Menschen eine sichere Rente, Zugang zu einer bezahlbaren Wohnung, Zugang zu einer hervorragenden Gesundheitsversorgung, eine gerechte Verteilung von Sorgearbeit und das Recht auf Arbeit.
- Es gibt uns, um für einen **Green New Deal** zu kämpfen. Mit massiven Investitionen in eine ökologisch nachhaltige und zukunftsfeste Wirtschaft, die Energieversorgung, Mobilitätssysteme, den Bausektor und die Landwirtschaft wollen wir Millionen guter und sicherer Jobs schaffen. Unser Ziel ist eine klimaneutrale, nach innen und außen friedliche Gesellschaft.
- Es gibt uns, um für **Frieden und globale Gerechtigkeit** zu kämpfen. Wir wollen die Aufrüstungs- und Überwachungsspirale durchbrechen, Migration entkriminalisieren, die Ausbeutung und Unterdrückung des Globalen Südens beenden und für universelle Menschenrechte einstehen.

In einem Satz: **Wir kämpfen für Vision und Verantwortung.**

Echte Demokratie und geteilter Wohlstand

Dazu gehört auch, dass wir uns den größten Fragen unserer Zeit widmen: Wer darf entscheiden und besitzen? Und wer nicht?

In der Europäischen Union sind heute ganze Politikbereiche weitgehend der Demokratie entzogen, indem sie als „unpolitisch“, „rein technisch“ oder „neutral“ erklärt werden. Bei fundamentalen Fragen koppelt sich die europäische Entscheidungsebene zunehmend vom Willen der Wähler:innen ab. Wir kämpfen gegen die Entpolitisierung und für ein vereintes, demokratisches Europa. Europa muss demokratisiert werden, oder es wird zerfallen!

Aber echte Demokratie und geteilter Wohlstand enden nicht an den Türen der Parlamente. Auch in der Wirtschaft muss gelten: Ein Mensch, eine Stimme. Gemeingüter wollen wir demokratisieren und Wohlstand durch Vergesellschaftung und Abschaffung extremer Vermögenskonzentration gerecht teilen. In einer vielfältigen Gesellschaft garantieren wir allen Menschen ein sicheres und würdevolles Leben mit gleichen Rechten für alle.

Realistisch, rebellisch, radikal.

Unsere Ziele sind realistisch, rebellisch und radikal. Sie sind grundsätzlicher als die visions- und verantwortungslose Politik der Trippelschritte. Sie gehen über die üblichen Vorschläge hinaus, denn diese sind ungenügend.

Aber unsere Ziele sind nicht nur grundsätzlicher, sie atmen auch einen neuen, frischen Geist – denn unser Herz schlägt europäisch und internationalistisch. Wir sind untrennbarer Teil der europäischen Bewegung DiEM25 und der Progressive International.

Dieses Programm ist die Grundlage für unsere Arbeit. Es ist eine Weiterentwicklung unseres Grundsatzprogramms vom 13. November 2021, welches wir in thematischen Arbeitsgruppen überarbeitet und auf der Bundesmitgliederversammlung 2024 verabschiedet haben. An dieser Stelle bedanken wir uns bei allen Mitgliedern, die ihre Zeit den lebhaften inhaltlichen Diskussionen, Lektorat und Design gewidmet haben!

Nichts darin sollte unumstößlich sein: außer der Haltung, die ihm zugrunde liegt. Wir wollen weiter zuhören, lernen und diskutieren – mit dir!

MERA25

Bearbeitet am 13. Juni 2026

Inhalt

1. Investieren: Geteilter Wohlstand für die Vielen 7

Staatsausgaben: Geld ist keine begrenzte Ressource 7

Währung: Den Euro demokratisieren 9

2. Ökologie: Der Green New Deal von Unten 12

Wirtschaft: Sozial-ökologische Industriepolitik 12

Energie: Nachhaltige und sichere Versorgung für Menschen und Wirtschaft 15

Mobilität: Freie Mobilität und sichere Versorgung für alle 17

Bauen: Ökologisch, sozial, inklusiv und kreativ 20

Landwirtschaft und Ökosysteme: Vergessene Traditionen und lokale Innovationen im Einklang mit der Natur 22

Entscheiden: Der Green New Deal von Unten 24

3. Soziale Sicherheit: Ein erstklassiges Sozialsystem garantieren 25

Altersabsicherung: Sichere Rente für alle 26

Gegen Kinderarmut: Gleiche Chancen für alle Kinder 27

Wohnen: Keine Ware, sondern Menschenrecht 28

Gesundheit & Pflege: Hervorragende Versorgung aus öffentlicher Hand 33

Gleichstellung: Umverteilung von Sorgearbeit 36

Beschäftigung: Recht auf gute Arbeit 37

4. Gemeingüter: Gesellschaftliches Eigentum demokratisieren 38

Wohlstand: Ein fairer Anteil für alle 39

Finanzsystem: Die Macht der Banken brechen 40

Digitale Gemeingüter: Öffentliche Angebote und offene Standards 42

Bildungspolitik: Jugend, die die Zukunft trägt 45

Kultur & Kunst: Für mehr Freiheitsräume 49

Medien: Für eine demokratische und vielfältige Berichterstattung 51

5. Demokratie: Ein Mensch, eine Stimme 52

Eigentum & Mitbestimmung: Demokratie statt Oligarchie 53

Steuern: Extreme Vermögenskonzentration bekämpfen 54

Lobbyismus: Offenlegen und bekämpfen 56

Datenschutz & KI: Selbstbestimmung und klare Richtlinien 57

Wettbewerb & Innovation: Monopolbildung verhindern 60

Pressefreiheit: Journalist:innen & Whistleblower:innen schützen....62
Sicherheit unter Wahrung der Menschenrechte....63

6. Internationales: Für eine neue Friedensbewegung....65

Europa: Ein Raum für Frieden und Fortschritt....65
Für ein blockfreies Europa ohne NATO....69
Globale Gerechtigkeit: Internationalismus oder Aussterben....72

7. Vielfältige Gesellschaft: Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit bekämpfen....80

Verbreitete Diskriminierungsformen und ihre Problematiken....81
Mehr Teilhabe, Inklusion und Selbstbestimmung – auf rechtlicher Ebene....84
Bildungsreformen zur Abschaffung von Diskriminierungsformen....87
Reformen der Medien und des öffentlichen Sektors....89
Polizeireform....90
Weitere strukturelle (Ver)Änderungen....92
Gleichstellung für alle in den Medien....94
Gleichstellung für alle in der Gesellschaft....95
Erinnerungskultur in der Öffentlichkeit - Feiertage und Gedenktage....97

8. Europa und seine Verfassung....98

Demokratie und unten....98
Die Verfasstheit der Europäischen Union....100

1. Investieren: Geteilter Wohlstand für die Vielen

Worum geht es?
Im ersten Kapitel geht es ums Geld. Wir erklären, wie wir ein erstklassiges Sozialsystem, Klimaschutz und eine hervorragende Infrastruktur finanzieren können.

Warum ist das wichtig?
Ohne massiv erhöhte Staatsausgaben wird es keine Energie- und Mobilitätswende geben, keine sicheren Renten, keine bezahlbaren Wohnungen, kein zuverlässiges Gesundheitssystem – kurz: keinen geteilten Wohlstand für die Vielen.

Häufig scheitert es scheinbar am Geld. Doch das muss es nicht. Geteilter Wohlstand ist möglich – wenn wir unser Geldsystem demokratisieren und die Barrieren in unseren eigenen Köpfen abbauen.

Wie soll das gehen?
Wir wollen höhere staatliche Ausgaben ermöglichen, indem wir auf eine moderne, ermöglichende Geldpolitik setzen. Das bedeutet, dass wir Geld nicht länger als begrenzte Ressource begreifen. Staaten müssen Geld nicht erst einnehmen, um es ausgeben zu können. Im Gegenteil: Staaten erschaffen das Geld, das sie ausgeben, selbst. Wollen sie mehr ausgeben, ist das grundsätzlich also möglich.

Die aktuellen Regeln und Gesetze in Deutschland und der EU verhindern, dass wir wichtige Investitionen tätigen, und verschärfen die Ungleichheit immer mehr. Wir wollen deshalb die Spielregeln der Geldpolitik ändern. Dazu gehört auch eine grundsätzliche Reform des Euros.

Unsere wichtigsten Ziele:

- Die Schuldenbremse abschaffen
- Pragmatische Lösungen, um Sofortinvestitionen zu ermöglichen
- Den Euro demokratisieren

Staatsausgaben: Geld ist keine begrenzte Ressource

Staaten, die ihre eigene Währung herausgeben, sind bei ihren Ausgaben nicht auf Steuereinnahmen angewiesen. In der Regel erzeugen staatliche Investitionen erst den Wohlstand, der Steuereinnahmen ermöglicht.

Der herrschende Diskurs suggeriert jedoch ein anderes Bild. Es ist von der Notwendigkeit zu sparen, vom Geld der Steuerzahler:innen und gefährlichen Staatsdefiziten die Rede; von unausweichlichen Kürzungen, ohne die Ausgaben angeblich nicht möglich wären. Diese Ansicht ist jedoch falsch und schädlich.

Falsch, weil sie verkennt, dass alles Geld vom Staat und von ihm mandatierten (autorisierten) Banken geschöpft und durch Steuern wieder vernichtet wird. Selbst Geschäftsbanken, welche Staatsanleihen kaufen,

werden von der Zentralbank – die eine staatliche Institution ist – mit den dafür nötigen Geldmitteln ausgestattet. Der Umweg der staatlichen Finanzierung über die Geschäftsbanken ist ein politisches Konstrukt und keine Notwendigkeit.

Die Darstellung des Staates als ein wirtschaftlicher Akteur unter vielen, der mit knappen Mitteln haushalten muss, halten wir für schädlich. Denn der vermeintliche Sparzwang bremst notwendige Investitionen aus und wird darüber hinaus oft als Grund für die Privatisierung öffentlicher Aufgaben genutzt. Effizienz und Sparsamkeit sind wichtige Eckpfeiler wirtschaftlichen Handelns, diese Prinzipien gelten jedoch nur bedingt für den Staat, welcher die Rahmenbedingungen des Marktes sicherstellt. Staaten sind keine Unternehmen, sie dienen den Menschen und nicht dem Profit.

Wir lehnen das Narrativ ständig leerer Kassen ab. Demgegenüber wollen wir die Möglichkeiten souveräner Geldpolitik nutzen, um gut bezahlte, sinnstiftende Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen in zukunftsweisende Industrien und Technologien investieren, die Klimakrise bekämpfen und die Sozialsysteme dauerhaft für alle sichern. Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen – Geldknappheit ist keine davon.

Wir wissen, dass die tatsächlich knappen Ressourcen die natürlichen Rohstoffe der Natur sowie die Arbeitskraft und Gesundheit der Menschen sind. Diese Ressourcen zu bewahren und auszubauen ist eine Aufgabe, die nicht am Geld scheitern darf. Denn Geld ist – zumindest für Staaten mit geldpolitischer Souveränität – keine knappe Ressource. Die geldpolitischen Einschränkungen in der Eurozone wollen wir daher mittelfristig abschaffen, während bereits existierende Spielräume genutzt werden sollen, um die Herausforderungen anzupacken.

Staatliche Defizite sind kein Übel. Sie fließen direkt oder über Investitionen in die Infrastruktur, Bildung und Ähnliches in die Taschen der Bürger:innen. Damit sind die Ausgaben des Staates gleichbedeutend mit Wohlstandsgewinnen für die Bevölkerung. Nicht das bilanzielle Staatsdefizit sollte uns Sorge bereiten, sondern das Defizit an guten Jobs, im Umweltschutz, der Mangel an Bildungsgerechtigkeit und das Demokratiedefizit aufgrund steigender Vermögensungleichheit.

Eine umfangreiche Erhöhung der Staatsausgaben ist aus sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Gründen dringend notwendig. Es braucht intensives staatliches Engagement, um unsere gesellschaftlichen Möglichkeiten zu ergreifen und öffentlichen hoheitlichen Aufgaben nachzukommen. Denn die größte Verschwendung sind verpasste Chancen und brachliegende Potenziale. Dabei ist der einzige begrenzende Faktor die tatsächliche Inflation bei zu hohen Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage, insbesondere im Energiesektor. Ein Risiko, das unserer heutigen, fossil basierten Wirtschaftsstruktur immanent ist und eine sozial-ökologische Transformation zur dringenden Notwendigkeit macht.

Die expansive Geldpolitik seit der Finanzkrise 2008 und verstärkt nach der COVID-19 Pandemie wird von einigen als Grund für die anschließende Inflation benannt und als Argument gegen höhere Ausgaben angeführt. Dabei wird übersehen, dass intelligente staatliche Ausgaben die Ursachen der Inflation an der Wurzel bekämpfen. So wird die Minderung der Wohnungsnot Immobilienspekulationen eindämmen, ein solides Gesundheitssystem unsere Resilienz stärken und regionale Produktion die Abhängigkeit von globalen Lieferketten senken. Eine moderne Geldpolitik soll aber vor allem den Zielen der Preisstabilität, der Vollbeschäftigung bei reduzierter Arbeitszeit, dem sozialen Fortschritt und dem Schutz der Ökosysteme verpflichtet sein. All das macht uns als Gesellschaft reicher, widerstandsfähiger und beugt Krisen und erdrückender Inflation vor.

Die Spielregeln der Haushaltspolitik neu denken

Wir stehen für die ersatzlose Streichung der Schuldenbremse aus dem Grundgesetz, das Ende des europäischen Fiskalpakts, die Streichung der Europäischen Defizitgrenzen und aller weiteren geld- und fiskalpolitischen Regeln, die die Handlungsfähigkeit des Staates unnötig einschränken. Wir wollen ferner die direkte Finanzierung von Staatsausgaben über die Europäische Zentralbank ermöglichen. Private Banken als Intermediäre zwischen Staaten und Zentralbank, zum Beispiel als Staatsanleihenkäuferinnen, halten wir dagegen für überflüssig.

Bestehende Schulden durch die EZB refinanzieren

Um die Staaten der Eurozone, darunter Deutschland, unmittelbar zu entlasten und fiskalpolitischen Spielraum freizusetzen, treten wir für eine vollständige Refinanzierung ihrer bestehenden Schulden mittels zinsfreien Krediten der EZB ein.

Die Umsatzsteuer grundsätzlich überdenken

Staaten mit Währungssouveränität sind für ihre Ausgaben nicht auf Steuereinnahmen angewiesen – dies gilt auch bei der Umsatzsteuer. Die Besteuerung von Unternehmensumsätzen hemmt auf unnötige Weise deren Kaufkraft sowie die der Verbraucher:innen und wirkt sich damit negativ auf die Konjunktur aus. Anders als die Besteuerung von Unternehmensgewinnen hilft sie zudem nicht bei der Bekämpfung von Marktungleichgewichten oder sozialer Ungleichheit. Wir sprechen uns daher dafür aus, Umsatzsteuer in Zukunft nur noch zum Zwecke der Konsumlenkung auf bestimmte, z.B. gesundheitsschädliche, Waren und Dienstleistungen zu erheben. Alle anderen Geschäftsformen sind von der Umsatzsteuer zu befreien. Um auch weiterhin die Souveränität der Bundesländer zu garantieren, wollen wir die Regelung, dass den Ländern ein Teil der Umsatzsteuer zusteht, mit grundgesetzlich geschützten Direktzahlungen des Bundes an die Länder ersetzen.

Kommunale Finanzen dauerhaft sichern

Kommunale Leistungen müssen stets gesichert und für alle zur Verfügung stehen. Wir wollen deshalb die Finanzen der Kommunen dauerhaft auf ein sicheres Fundament stellen. Kommunale Haushalte sollen durch Pro-Kopf-Zuweisungen finanziert werden, statt über volatile, konjunkturabhängige kommunale Steuereinnahmen und Gebühren. Kleine Kommunen wollen wir mit höheren Pro-Kopf-Zuweisungen besonders unterstützen. Der Bund soll den Ländern die dafür notwendigen Mittel bereitstellen. Konjunkturabhängige Sozialausgaben sollen nicht Teil der kommunalen Pflichten sein, sondern direkt vom Bund geleistet werden. Stark verschuldete Kommunen wollen wir über Refinanzierungen durch den Bund entlasten.

Unmittelbaren Fortschritt durch pragmatische Lösungen erzielen

Wir werden kreative Behelfslösungen implementieren, falls es für die vorgenannten Maßnahmen nicht die notwendigen Mehrheiten gibt. So können öffentliche Investitionsgesellschaften oder Förderbanken (z.B. die KfW und die Landesbanken) angewiesen werden, ihre Tätigkeiten in sozialen und ökologischen Bereichen stark auszuweiten. Ferner kann das Finanzministerium mittels handelbarer Steuergutschriften seine finanziellen Spielräume trotz bestehender Defizitgrenzen ausbauen.

Währung: Den Euro demokratisieren

Durch die Währungsunion haben die Mitgliedsstaaten der Eurozone ihre geldpolitische Souveränität in weiten Teilen aufgegeben. Zugleich gibt es bisher keine europäische Staatlichkeit, sodass die Bürger:innen

der Eurostaaten die Kontrolle über ihre Währung an eine Elite aus Bänker:innen und Beamt:innen verloren haben. Das wollen wir ändern. Wir wollen den Euro demokratisieren, indem wir Geldpolitik vollständig in die Hände gewählter Parlamente legen.

Wir erkennen an, dass die Bundesrepublik Deutschland in entscheidender und führender Rolle zur Entdemokratisierung der Geld- und Fiskalpolitik in Europa beigetragen hat und nach wie vor beiträgt. Ferner erkennen wir an, dass die Bundesrepublik ihre wirtschaftliche und politische Macht genutzt hat und weiterhin nutzt, um Mitgliedsstaaten der Eurozone zu erpressen und neoliberale Reformen und Sparpolitik zu erzwingen. Wir wissen um das Leid und das Elend, in welches diese Politik Millionen Menschen in ganz Europa gestützt hat, und stehen solidarisch an ihrer Seite.

Das vorherrschende neoliberale, marktneutrale Paradigma der Europäischen Zentralbank lehnen wir ab. Geldpolitik muss auf Nachhaltigkeit, soziale Sicherheit und Wohlstand für alle Bürger:innen Europas abzielen.

Die wirtschaftliche Souveränität unserer Nachbarn respektieren
Deutschland darf nicht der Zuchtmeister Europas sein. Wir fordern ein Ende der erpresserischen deutschen Wirtschaftspolitik. Nie wieder soll sich die Bundesrepublik daran beteiligen, andere Staaten zu neoliberalen Reformen und Sparpolitik zu zwingen. Demokratisch legitimierte Parlamente müssen die volle Kontrolle über die Fiskalpolitik auf ihrer Zuständigkeitsebene zurückerhalten.

Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht herstellen
Wir streben einen Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb Europas an, indem wir die deutsche Binnennachfrage wesentlich stärken und eine Europäische Clearing Union (ECU) einführen. In ihr werden Länder mit hohen Handelsüberschüssen mit Strafzahlungen belegt werden, die wiederum Ländern und Regionen mit Handelsdefiziten zugutekommen sollen. Mittelfristig sollen so die Handelsströme im EU-Binnenmarkt ausbalanciert werden und gleichwertiger Wohlstand in allen Regionen des Kontinents entstehen.

Erzwungene Privatisierungen rückgängig machen
Europäische Infrastruktur steht nicht zum Ausverkauf. Wir setzen uns dafür ein, ehemals öffentliche Unternehmen wieder gemeinschaftlich zu verwalten. Dazu gehört auch die Restitution (Rückgabe) von Unternehmen, die im Rahmen von aufgezwungenen Sparmaßnahmen privatisiert und nach Deutschland verkauft wurden, zum Beispiel griechische Flughäfen an die Fraport AG.

Zentralbanken transparent und demokratisch gestalten
Unser Ziel ist eine Bundesrepublik, die sich für die Demokratisierung des Euros und des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) einsetzt. Intransparente und informelle Gremien mit großer Macht wie die Euro-Gruppe und die Troika darf es nicht geben. Wie jedes andere Politikfeld muss auch die Währungspolitik öffentlicher und demokratischer Kontrolle unterliegen. Die Grundzüge der europäischen Geldpolitik sollen deshalb künftig vom europäischen Parlament kontrolliert und gesteuert werden. Die täglichen Geschäfte soll ein:e vom europäischen Parlament eingesetzte:r und kontrollierte:r Finanzminister:in übernehmen. Solange das nicht der Fall ist, sollen Sitzungen der Euro-Gruppe live im Internet gestreamt werden, um ein Mindestmaß an Transparenz zu ermöglichen.

Geldpolitik neu ausrichten
Die Bundesrepublik soll sich für neue Regeln für die Europäische Zentralbank einsetzen. Wir befürworten ein neues Mandat für die EZB, bestehend aus Preisstabilität und Vollbeschäftigung bei reduzierter

Arbeitszeit, sozialem Fortschritt und dem Schutz der Ökosysteme und des Klimas. Dass dies notwendig ist, hat nicht zuletzt die desaströse Reaktion der EZB auf den hauptsächlich angebotsseitig ausgelösten Inflationsschub der Jahre 2022 bis 2023 gezeigt, als sie zu Lasten europäischer Arbeiter:innen und Verbraucher:innen die Leitzinsen anhob und ihr Anleihenportfolio reduzierte, um der Verteuerung entgegenzuwirken – ohne empirisch nachweisbaren Erfolg. Über die Richtlinienkompetenz des Europäischen Parlaments soll die EZB dazu beauftragt werden können, mittels strategischer Appelle (Window Guidance), finanzpolitischer Anreize oder direkter Marktintervention zu einer aktiven, modernen und ökologisch nachhaltigen europäischen Industriepolitik beizutragen. Um die sogenannte Kohlenstoffblase im Bankensystem abzubauen, soll die EZB fossile Vermögenswerte nicht länger als Sicherheit akzeptieren. Die vorherrschende Idee einer sogenannten inflationsstabilen Arbeitslosenquote (NAIRU), die behauptet, dass ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit – eine Art Reservearmee an Arbeitslosen – stets nötig sei, um Inflation zu vermeiden, halten wir für einen schlechten (und falschen) Indikator, der Millionen Menschen in unverschuldete Armut und Perspektivlosigkeit stürzt. Sie soll nicht länger handlungsleitend für die EZB sein.

Eine gemeinsame Fiskalpolitik auf EU-Ebene

Wir setzen uns für die Ausweitung der gemeinsamen europäischen Fiskalpolitik ein, unter Kontrolle des Europäischen Parlaments und einer:s durch das Europäische Parlament gewählten Europäischen Finanzminister:in. Dazu gehört insbesondere die Möglichkeit, Ausgaben über Defizite zu bestreiten sowie das Erheben von Steuern.

Langfristig schaffen wir dafür die notwendigen Voraussetzungen zur Gründung einer geeinten Europäischen Republik.

Das staatliche Währungsmonopol sichern

Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu gewährleisten und Spekulationsblasen zu verhindern, lehnen wir eine Aufweichung des staatlichen Währungsmonopols in der Eurozone zugunsten konkurrierender privatwirtschaftlicher Währungsalternativen (sogenannter Stablecoins) entschlossen ab. Wir wollen deshalb den Umtausch und das Bezahlen mit Stablecoins verbieten. Stattdessen sollen der digitale Euro und unbürokratische Finanzdienstleistungen der von uns geforderten Europäischen Volksbank digitale Zahlungen erleichtern. Um gegen den enormen Stromverbrauch von Proof-of-Work Krypto-Tokens wie Bitcoin anzugehen, wollen wir den Umtausch und das Bezahlen mit ihnen ebenfalls verbieten. Blockchain-Anwendungen, die einen tatsächlichen gesellschaftlichen Nutzen versprechen, wollen wir in Forschung und Implementierung unterstützen.

Preisstopps für den Grundbedarf, Profitbremsen für die Konzerne

Inflationsbekämpfung ist für uns Sache rechenschaftspflichtiger Politiker:innen, anstatt ungewählter Zentralbankchef:innen. Fiskal- und Geldpolitik müssen zusammengedacht werden und demokratischer Kontrolle unterliegen. Margenkontrollen zur Verhinderung von Übergewinnen sowie direkte Preissubventionen im Falle wirtschaftlicher Schocks durch Angebotsverknappungen gehören zu den Instrumenten, die wir einzusetzen gedenken, um auf Kostensteigerungen bei Grundnahrungsmitteln, Sprit, Energie und Produkten des täglichen Bedarfs flexibel und angemessen zu reagieren.

2. Ökologie: Der Green New Deal von Unten

Worum geht es?
Wir stehen vor existenziellen Krisen: Einer schnellen Erderhitzung (Klimakrise), einem rapiden Artenschwund (Biodiversitätskrise), sozialen sowie weltweit wieder zunehmenden antidemokratischen bis kriegerischen Polarisierungen.

Keine der klassischen Parteien hat einen überzeugenden Plan, um diese Krisen zu lösen. Deswegen haben wir einen Green New Deal erarbeitet, welcher der Größe der Herausforderungen gerecht wird.

Warum ist das wichtig?
Die Natur auf unserem Planeten ist die Lebensgrundlage aller Lebewesen, auch der Menschheit. Sogenannte Naturgesetze gelten ohne Wenn und Aber. Die kann man nicht abschwächen oder gar außer Kraft setzen, wie gegebenenfalls die von Menschen für ihr Zusammenleben erlassenen Rechtsvorschriften und Regelungen. Viele Wechselwirkungen in der Natur sind außerdem komplex und noch gar nicht ausreichend bekannt.

Wir brauchen Sauerstoff, sauberes Wasser und unbelastete Lebensmittel. Zudem sollen bestimmte Standards bezüglich Wohnraum und Erholung für die physische und psychische Gesundheit aller Menschen erfüllt werden. Wir müssen auch für künftige Generationen diese Lebensgrundlagen erhalten und vorhandene Ressourcen entsprechend nachhaltig einteilen. Besonderen Einfluss dabei haben die Energiewirtschaft, der Verkehr und das Bauwesen.

Unsere wichtigsten Ziele:

- Schutz unserer natürlichen Umwelt, Vernetzung von Biotopen
- Wissenschaft und Forschung sollen sich verstärkt dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen widmen
- Ökologische und effiziente Lebensmittelproduktion
- Kleine und mittlere Unternehmen bei der ökologischen Transformation unterstützen
- Die deutsche Industrie vollständig dekarbonisieren
- Regionale Energieversorgung in Bürger:innenhand
- Ausbau von günstiger und umweltfreundlicher Mobilität unter besonderer Förderung von Bahn und Fahrrad
- Erarbeitung lokaler Verkehrskonzepte durch Bürger:innenversammlungen
- Ökologisches und effizientes Bauen

Wirtschaft: Sozial-ökologische Industriepolitik

Unser Ziel ist ein echter Green New Deal. Durch massive Investitionen in die sozial-ökologische Transformation wollen wir sichere, gut bezahlte Jobs, Klimaneutralität bis spätestens 2030 unter Einhaltung des verfügbaren Restemmissionsbudgets, sowie eine deutlich verbesserte öffentliche Daseinsvorsorge

schaffen. Trotzdem ist der Green New Deal kein Programm für endloses Wachstum als Selbstzweck. Wir messen unseren Erfolg nicht an Indikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt, sondern fokussieren uns auf das, worauf es wirklich ankommt: Ökologie, Gesundheit, geteilter Wohlstand und Selbstbestimmung.

Um die sozial-ökologische Transformation zu bewältigen, schlagen wir vor, dass die Bundesrepublik sich aktiv in Industrien und Bereichen engagiert, die für den Green New Deal von strategischer Wichtigkeit sind – zum Beispiel durch Steueranreize, Subventionen, Abnahmegarantien, günstige Kreditkonditionen, direkte Investitionen in Unternehmen, den Aufbau staatlicher Unternehmen, Unterstützung von Kooperativen und Vergesellschaftungen. Je nach Branche, Situation und Ziel wollen wir ein passendes Werkzeug wählen. Insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Ernährung, Wohnen, Transport, Energie, Digitalisierung, Recycling und der Landwirtschaft soll der Staat viel stärker als bisher eingreifen, damit die sozial-ökologische Transformation gelingen kann.

Darüber hinaus wollen wir, wo immer möglich, die lokale Produktion und die europäische Souveränität stärken. "Made in Europe" beziehungsweise regionale Wertschöpfungsketten verringern die Gefahr von globalen Angebotsschocks und -engpässen, sichern Wohlstand und erhöhen die Kontrolle über Arbeits- und Umweltbedingungen in der Produktion. Globale Lieferketten, die lediglich der Profitmaximierung dienen, für die aber sonst keine Notwendigkeit besteht, lehnen wir ab.

Green New Deal-Anleihen statt unproduktive Spekulationen
Jahrelang flutete die EZB den Markt mit Geld, um Investitionen zu fördern – mit wenig Erfolg. Stattdessen floss viel Geld in Spekulationen mit Finanzprodukten oder Immobilien. Wir wollen das spekulative Kapital in produktive Investitionen umlenken, indem wir die staatliche Förderbank KfW beauftragen, Green New Deal-Anleihen (Green Bonds) auszugeben. Die Bundesrepublik soll für die Anleihen garantieren. Das eingesammelte Kapital soll zu sehr günstigen Konditionen Unternehmen und Kommunen geliehen werden, die willens sind, die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben. Ferner sollen innovative Startups, die mit ihrem Angebot die Klima- und Ökobilanzen verbessern, zusätzlich mit Risikokapital unterstützt werden.

Kleine und mittlere Unternehmen bei der ökologischen Transformation unterstützen Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen bei der ökologischen Transformation unterstützen, indem wir unbürokratisch Guthaben von jährlich bis zu 100.000 Euro pro Firma bereitstellen, mit denen Investitionen in Energieeffizienz und -suffizienz sowie Umweltschutz getätigt werden können. Klimaneutral wirtschaftende Unternehmen wollen wir zusätzlich durch Steuerentlastungen unterstützen.

Die deutsche Industrie bis 2030 vollständig dekarbonisieren
Wir wollen die CO2-intensive deutsche Industrie, also zum Beispiel die Eisen- und Stahlproduktion, Raffinerien, Zementwerke und die chemische Industrie, wo immer technisch möglich, mittels einer Stichtagsregelung vollständig dekarbonisieren. Die Kosten für den Umbau der Werke sollen zu 75 % vom Bund übernommen werden, außerdem sollen die KfW und die Landesbanken günstige Dekarbonisierungskredite anbieten. Demo- und Pilotanlagen, die modernste klimaneutrale Produktionsprozesse anwenden und auf einen konsequenten Aufbau einer Kreislaufwirtschaft abzielen, wollen wir mit bis zu 100 % der Kosten fördern. Werken, die nach 2030 trotz technischer Machbarkeit nicht vollständig dekarbonisiert sind, wollen wir den Weiterbetrieb untersagen.

Die Kreislauf- und Regenerationswirtschaft aufbauen

Um die Zerstörung der Ökosysteme und den Raubbau an der Natur zu reduzieren, setzen wir uns für den Aufbau einer Kreislauf- und Regenerationswirtschaft ein. Kleine und mittlere Firmen, die sich auf Recycling und Upcycling spezialisieren, wollen wir, falls noch relevant, für fünf Jahre von der Unternehmenssteuer befreien. Ferner wollen wir mit einem umfangreichen Recht auf Reparatur und einer erweiterten Gewährleistungsgarantie die Lebensdauer von Produkten verlängern.

Aufbau einer europäischen Chipproduktion in staatlicher Hand

Die sozial-ökologische Transformation muss auch eine digitale sein. Um den steigenden Bedarf an integrierten Schaltkreisen dauerhaft zu sichern und internationale Abhängigkeiten abzubauen, setzen wir uns für den massiven Aufbau einer Chipproduktion in Europa ein. Dabei bevorzugen wir den Aufbau eines Unternehmens in staatlicher Hand, um gegen die internationale Konkurrenz bestehen zu können und Technologievorsprünge wieder aufzuholen – vergleichbar etwa mit Toyota, welches über Jahrzehnte vom japanischen Staat gefördert wurde.

Ausbau der Wasserstoffproduktion

Wir unterstützen die Produktion von grünem Wasserstoff für Anwendungen, für die es keine andere Möglichkeit zur Dekarbonisierung gibt, d.h. in der Stahl-, Chemie- und Zementindustrie, im Flug-, Schiffs- und Schwerlastverkehr sowie zur Speicherung. Da die Erzeugung von grünem Wasserstoff mit erheblichen Energieverlusten einhergeht, ist er keine Lösung für die Verkehrs- und Wärmewende. Für den zügigen Ausbau der Erzeugungskapazitäten wollen wir die nationale Wasserstoffstrategie überarbeiten. Mit langfristigen Subventionen und Anreizen wollen wir einen stabilen Rahmen für den heimischen Markthochlauf im industriellen Maßstab schaffen. Die bestehende Gasinfrastruktur wollen wir dem Transport von Wasserstoff umwidmen und, wo nötig, ausbauen. Kern der nationalen Wasserstoffproduktion muss die heimische Ausweitung der erneuerbaren Energien sein. Den Import von Wasserstoff, der auf der Grundlage fossiler Energieträger gewonnen wird (sog. blauer und türkiser Wasserstoff), lehnen wir ab, genauso wie den Import von grünem Wasserstoff aus Ländern des Globalen Südens, solange diese ihren Eigenbedarf nicht auf Basis erneuerbarer Energien decken können.

Eine ökologische Forschungsoffensive

Wir wollen Universitäten und Unternehmen bei der Erforschung neuer Technologien, Materialien und Prozesse, die den Ausstoß von CO2-Emissionen mindern oder die Ökosysteme schützen beziehungsweise weniger belasten, großzügig unterstützen. Die Ergebnisse der Forschung dürfen nicht patentiert werden, sondern sollen unter einer gemeinfreien Lizenz weltweit verfügbar gemacht werden.

Unbürokratische und digitale Förderprogramme

Förderprogramme, welche die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft beschleunigen sollen, müssen schnell, unbürokratisch und digital beantragt, abgerufen und verwaltet werden können. Um das zu garantieren, wollen wir im Bundesministerium für Wirtschaft eine Taskforce für "Agile Förderprogramme" gründen, die zwischen Institutionen und Zuständigkeiten vermittelt, gemeinsam mit Unternehmen pragmatische Lösungen findet und Prozesse stetig verbessert.

Energie: Nachhaltige und sichere Versorgung für Menschen und Wirtschaft

Wir setzen uns für eine sozial gerechte Energiewende bis 2030 ein. Eine nachhaltige, sichere Energieversorgung für Menschen und Wirtschaft ist eine wichtige Grundlage einer lebenswerten Zukunft für alle Menschen.

Der Grundsatz der Klimagerechtigkeit ist dabei für uns handlungsleitend. Klimagerechtigkeit heißt anzuerkennen, dass die kumulativen Treibhausgase, die sich in der Atmosphäre befinden, von einigen wenigen Nationalstaaten verursacht wurden, allen voran die USA, England, Frankreich und Deutschland. Hinzu kommen neue Staaten, wie China und Indien, die bei Klimakonferenzen auf historische Ungerechtigkeiten pochen, um keine Versprechen machen zu müssen, ihre Emissionen zu senken. Klimagerechtigkeit verpflichtet uns dazu, die historischen Verantwortlichkeiten zu berücksichtigen, ohne mächtigen Staaten Blankoschecks auszustellen. Wir müssen international zusammenarbeiten, um Staaten zu helfen, gewisse Stadien der „Entwicklung“ zu überspringen, sodass sich Kohle- und Gasnutzung dort gar nicht erst verbreiten, sondern direkt ein Ökostromnetz aufgebaut wird.

Regionale Energieversorger, Stadtwerke und lokale Infrastruktur in Bürger:innenhand Wir wollen sowohl die regionalen Energieversorger und Stadtwerke als auch die lokale Infrastruktur in Bereichen Strom, Gas und Wärme in Bürger:innenhand legen. Die Menschen sollen lokal selbst darüber bestimmen, welche erneuerbaren und nachhaltigen Energiequellen genutzt werden. Gewinne aus der Produktion von Strom und Wärme sollen an die Bürger:innen zurückfließen. Die Akzeptanz für regionale Energieerzeugung und -speicherung würde auf diese Weise enorm steigen. Daher wollen wir Genossenschaften fördern. Die Verantwortung der eigenen Stromversorgung soll zurück zu den Bürger:innen, weg von Großkonzernen gehen. Dies ist ein basisdemokratischer Schritt der Machtumverteilung.

Umfangreiche Nutzung von Abwärme in Nah- und Fernwärmenetzwerken
Nah- und Fernwärmenetzwerke sind eine sehr effiziente Art der gemeinschaftlichen Versorgung von Haushalten und Industrie mit Energie für Heizung und Warmwasser. Wir wollen hier verschiedene Erzeuger:innen zu neuen Netzwerken kombinieren, wie zum Beispiel die Restwärme von Industrieprozessen, aber auch größere natürliche Quellen wie Erdwärme aus tieferen Schichten. Die Nutzung dieser Netzwerke soll bevorzugt geschehen und gefördert werden und die Energiequellen sollen zudem klimaneutral gestaltet werden.

Radikale Umstellung der staatlichen Gebäude und Infrastruktur auf Klimaneutralität
Die öffentliche Hand muss bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen als Vorbild vorangehen. Deshalb wollen wir umgehend die nötigen Investitionen veranlassen, um sowohl die staatlichen Gebäude als auch die Infrastruktur klimaneutral zu gestalten. Auf diese Weise können Bauunternehmen, Planer:innen und Behörden schnell wertvolle Praxiserfahrungen mit der Klimasanierung von Gebäuden sammeln. Dächer sollen mit Photovoltaik und Solarpanels ausgestattet und/oder begrünt werden, auch Außenwände sollen begrünt werden. Des Weiteren werden wir, dem Beispiel von best-practice-cases in Skandinavien folgend, Autobahnen begrünen und jeden möglichen Raum für alternative Formen der Lebensmittelproduktion nutzen (z.B. Pflanzenanbau ohne Erde).

Recht auf Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien
Wir fordern die Einführung eines grundsätzlichen Rechts auf Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien. Sowohl für Hausbesitzer:innen als auch für Mieter:innen sind die Möglichkeiten gegenwärtig stark eingeschränkt. Wir wollen Genehmigungsverfahren entbürokratisieren und lokale Modelle fördern, die Strom dort erzeugen, wo er verbraucht wird. Das darf aber nicht darin münden, dass sich Selbstversorger wie Eigenheimbesitzer von den steigenden Netzentgelten entsolidarisieren und sich damit gegen das Gesamtsystem und die Gemeinschaft optimieren.

Photovoltaik und Speichertechnik made in Germany
Nachdem Deutschland lange eigene Produktionskapazitäten hatte, kommen mittlerweile große Teile der Photovoltaik- und Speichertechnik aus dem nichteuropäischen Raum. Um die Klimaziele zu erreichen, wollen wir die Forschungs- und Produktionskapazitäten in Deutschland wieder massiv ausweiten. Dafür soll die Bundesrepublik die Abnahme eines Teils der produzierten Produkte garantieren (zum Beispiel in Kombination mit einer Photovoltaikpflicht für Neubauten) und so Investitionssicherheit herstellen.

Ausbau eines regionalen, intelligenten Stromnetzes
Wichtige nachhaltige Stromquellen geben wetterabhängig nicht konstant Strom ab. Die Schwankungen in der Produktion können in einem regionalen und intelligent betriebenen Netz ausgeglichen werden. Für diese intelligente Betreibung, die mit heutigen technischen Mitteln bereits möglich ist, braucht es dezentrale Speicherkapazitäten und Zusammenarbeit über Landkreis- oder Landesgrenzen hinweg. Strom soll möglichst dort produziert werden, wo er gebraucht wird. In Grenzregionen ist eine Vernetzung über Landesgrenzen wichtig, um die Zusammenarbeit und Verständigung zu stärken.

Klimaneutrale Energieversorgung von Haushalten
Wir wollen effiziente Technologien fördern und die Energieeffizienz durch Sanierung erhöhen. Die Versorgung der Haushalte sollte durch Strom aus erneuerbaren Energien, klimaneutrale Nah- und Fernwärme, Sonnen- und Erdwärme sowie in der Landwirtschaft anfallende Biomasse gewährleistet werden.

Wasserversorgung als öffentliches Gut
Die Versorgung mit Wasser als dem wichtigsten Lebensmittel – als einer Grundlage für Leben überhaupt! – darf keinesfalls privatwirtschaftlichen Zwecken unterworfen werden. Wasservorkommen müssen grundsätzlich in öffentlicher Hand verbleiben. Bereits privatisierte Wasservorkommen wollen wir rekommunalisieren. Die Entscheidung über die Verteilung soll bei den Bürger:innen der Region liegen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass lokale Wasserrechte in Bürger:innenversammlungen ausgehandelt werden.

Progressive Stromsteuer einführen Wir wollen die Zusammensetzung des Strompreises durch eine progressiv wirkende Stromsteuer ersetzen sowie den künstlichen Strommarkt insgesamt abschaffen, beginnend mit dem Merit-Order-Prinzip beim Stromhandel, welches den Energiekonzernen ungerechtfertigte Übergewinne ermöglicht, Verbraucher:innen stark belastet und fossile Stromerzeugung profitabel hält.

Stromsteuer und Suffizienzkriterien
Jedem Haushalt und Unternehmen soll ein steuerfreies Strombudget zur Verfügung stehen. Einen überdurchschnittlichen Verbrauch wollen wir besteuern, um Anreize zu einem stromsparenden Verhalten zu geben.

Wir wollen die Förderung von Energieeffizienz (die Durchführung von Prozessen mit möglichst wenig Energie) weiterführen. Allerdings mangelt es bei den bestehenden Programmen an Suffizienz (Einsparung von Ressourcen) als entscheidendem Faktor. Wir wollen also nicht nur prüfen, wie man einen Prozess

effizient gestaltet, sondern uns darüber hinaus vergewissern, ob der Prozess insgesamt sinnvoll ist. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderungen auf eine massive Senkung des Ressourcenverbrauchs an sinnvollen Stellen ausgerichtet werden.

Zielgerichtete Einspeisevergütung einsetzen
Um den Ausbau erneuerbarer Energien schnell voranzutreiben, wollen wir eine staatliche Einspeisevergütung einführen und zielgerichtet dort einsetzen, wo ein wirtschaftlicher Betrieb sonst noch nicht möglich wäre oder wo der Ausbau zu langsam voranschreitet.

Subventionen fossiler Brennstoffe stoppen
Jedes Jahr vergibt die Bundesregierung klimaschädliche Subventionen im fossilen Energiebereich in Milliardenhöhe und verschleiert diese teilweise. Laut einer Analyse des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft beläuft sich die Summe dieser Subventionen auf 17 Milliarden Euro. Um die Klimaziele einzuhalten, wollen wir die Subvention fossiler Energieträger umgehend offenlegen und vollständig einstellen.

Stopp der Klimakrise durch radikale Senkung des CO2-Ausstoßes
Wir brauchen eine schnell steigende CO2-Steuer für die Industrie, um die Klimakrise zu stoppen und die internationalen Verpflichtungen Deutschlands aus dem Klimaabkommen von Paris zu erfüllen. Die Höhe und das Ansteigen der Steuer wird so gestaltet, dass die Klimaneutralität der Industrie in Deutschland bis 2030 erreicht wird.

Für den privaten Bereich ist die CO2-Steuer ungeeignet, bevor nicht Alternativen in den Bereichen Wohnen und Mobilität für alle Menschen zur Verfügung stehen. Um die schnelle Umstellung grundlegender privater Lebensbereiche auf klimaneutrale Technologien bis 2030 umzusetzen, wollen wir die Umstellung von Gebäudeenergieversorgung und Mobilität mit staatlichen Mitteln massiv fördern.

Mobilität: Freie Mobilität und sichere Versorgung für alle

Mobilität ist ein Grundrecht. Deshalb wollen wir eine günstige, umweltfreundliche, überregionale, freie und sichere Mobilität für alle sicherstellen, ohne dabei unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Wir setzen deshalb auf umweltfreundliche Verkehrsmittel und eine Infrastruktur, die wir gemeinschaftlich und effizient nutzen. Wir wollen Mobilitätsangebote und die Infrastruktur gerecht für alle gestalten, das heißt barrierefrei, nicht einschränkend für Fußgänger, inklusiv und sozial gerecht. Statt des Bundesverkehrswegeplans wollen wir einen bundesweiten Verkehrsträger übergreifenden Plan erstellen, der die Treibhausgas-Reduktionsziele des Pariser Klimaabkommens beinhaltet.

Kompakte Stadt- und Landesplanung gegen die Zersiedelung
Bevor von Verkehrsverlagerung die Rede ist, sollten Optionen zur Verkehrsvermeidung geprüft werden. Räumliche Nähe beispielsweise von Wohnung, Arbeitsort, Schule, Erholungsgebiet, Lebensmittelladen und Arztpraxis kann lange Wege überflüssig machen.

Um der autozentrierten Infrastrukturentwicklung der letzten Jahrzehnte und somit der Autoabhängigkeit entgegenzuwirken, setzen wir uns für eine dementsprechende Stadt- und Raumplanung ein. Dazu gehören die Verhinderung der Ausweisung von neuen Baugebieten in peripheren Lagen sowie Anreize, in bestehende Häuser zu ziehen.

Zur Reduzierung von Verkehr und zur Aufwertung des ländlichen Raums wollen wir es mehr Menschen ermöglichen, ihren Arbeitsort frei zu wählen. Dazu wollen wir ein Recht auf Home Office für alle Berufsgruppen einführen, bei denen die Arbeit von Zuhause möglich ist.

Bahn als erste Option für Mobilität

Die Bahn muss das Rückgrat für eine verkehrsmittelübergreifende Mobilität in Deutschland werden. Dazu wollen wir das Streckennetz erweitern, auch mittels Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken und Ausbau im Bereich Automatisierung und Elektrifizierung. Ferner wollen wir das Angebot verbessern, indem wir in einem ersten Schritt die Profitausrichtung der Bahn beenden und sie in einem zweiten Schritt vergesellschaften. Regionale Verkehrsverbünde und den ÖPNV wollen wir besser in das Verkehrsangebot der Bahn integrieren.

Zumindest innerhalb der EU sollte jedes Ticket und jede Sonderleistung überall buchbar sein, sowohl digital als auch in Papierform am Schalter. Für den europäischen Fernreiseverkehr muss es ein besseres, nachhaltiges Angebot geben. Wir setzen uns daher für den Ausbau des europäischen Streckennetzes und grenzüberschreitende Verbindungen in Kooperation mit den Nachbarstaaten ein. Mehr Städte müssen an den europäischen Fernverkehr angebunden werden. Für die Reise auf langen Strecken wollen wir das Angebot an Nachtzügen deutlich ausbauen.

Gute Busverbindungen und Sharing-Angebote

Ergänzend zum Schienenverkehr muss es verlässliche Mobilitätsangebote für alle geben, die nicht an den Schienenverkehr angeschlossen sind oder im ländlichen Raum leben. Hierfür wollen wir Busverbindungen und Sharing-Angebote deutlich ausbauen. Um digitale Monopole oder das Leiten (Nudging) von Nutzer:innen zu weniger nachhaltigen Mobilitätsangeboten zu verhindern (zum Beispiel Taxis oder Roller anstatt Fußwegen) wollen wir Kommunen dabei unterstützen, kommunale Sharing-Angebote aufzubauen. Durch Fahrgemeinschaften kann eine bessere Besetzung von Autos mit Fahrgästen und damit ein Abbau von Staus auf unseren Straßen und ein flüssigerer Verkehrsablauf erreicht werden.

Unser Ziel ist eine effektive, gemeinschaftliche Nutzung der vorhandenen Ressourcen in Verkehrsmitteln und Infrastruktur. Besonders im ländlichen Raum wollen wir flexible und barrierearme Mobilitätsangebote fördern, um Menschen mobil zu machen, die keinen (regelmäßigen) Zugang zum Auto haben, oder um Menschen vom Umstieg zu überzeugen. Langfristig möchten wir motorisierten Individualverkehr auf das nötigste begrenzen. Dazu gehört auch die Elektromobilität. Wir wollen eine echte Mobilitätswende und keine reine Antriebswende.

Aufbau einer modernen Fahrradinfrastruktur

Um den Radverkehr attraktiver zu gestalten, wollen wir die Fahrradinfrastruktur ausbauen. Dafür wollen wir wie in den Niederlanden bevorzugt bestehende Wege ausbauen, um Flächenversiegelung und Ressourcenverbrauch zu minimieren. Ferner wollen wir Kommunen finanziell unterstützen, um kommunalen Fahrradverleih und Fahrradabos, Abstellanlagen, verbesserte Wegweisung, Bereitstellung von (digitalen) Fahrradwegekarten und die Bereitstellung sonstiger Dienstleistungen rund ums Fahrrad auszubauen.

Um Pendeln und umweltverträglichen Tourismus zu fördern, wollen wir überregionale Fahrradschnellwege ausbauen. Deutschland soll Land der Fahrradfahrer:innen werden. Deshalb wollen wir den Kauf, die Produktion sowie das Aufbessern und Reparieren von Fahrrädern und Lastenrädern in Deutschland großzügig subventionieren.

Reduzierung des Luftverkehrs und Verminderung der Lärmbelastung rund um Flughäfen
Wir setzen uns für eine Reduzierung des Luftverkehrs auf das Nötigste ein. Dazu wollen wir Kurzstreckenflüge (unter 1000 km) verbieten und die Steuerbefreiung von Flügen beenden. Wir setzen uns für eine Besteuerung von Kerosin ein, um schädliche Emissionen im Luftverkehr endlich wirksam zu reduzieren. Weniger Flugverkehr bedeutet auch, dass die Lärmbelastung rund um Flughäfen sinkt, und bringt eine Steigerung der Lebensqualität für die Menschen mit sich, die dort wohnen. Solange es noch keine internationale Besteuerung gibt, wollen wir bilaterale Besteuerungsabkommen treffen.

Ausrichtung des Verkehrs auf Klimaneutralität
Im Rahmen des Klimawandels und der ökologischen Krise ist es nicht mehr zeitgemäß, neue Straßen für den Autoverkehr zu errichten und bestehende massiv auszubauen. Der Ausbau von Zugangswegen hat oft fatale Auswirkungen für Städte, die dann mit noch mehr Verkehr umgehen müssen. Wir wollen die Mobilität jedes Menschen garantieren, ohne neue Straßen zu bauen. Wie in Wales wollen wir alle neuen Straßenbauprojekte einfrieren, um die Verkehrspolitik in Einklang mit den Klimazielen zu bringen.

Auf Autobahnen, die stark vom Pendler:innenverkehr betroffen sind, wollen wir eine Spur für Busse und Mitfahrgelegenheiten reservieren. In einigen Regionen außerhalb größerer französischer Städte wie z.B. Lyon oder Grenoble sind bereits extra Spuren für Mitfahrgelegenheiten Realität, genauso wie digitale Mitfahrstationen, Mitfahr-Apps und direkte Subventionen für Fahrer:innen, die Mitfahren anbieten. Wir setzen uns dafür ein, den Pendler:innenverkehr einzudämmen.

Der öffentliche Raum ist begrenzt und muss gerecht aufgeteilt werden, ausgerichtet an den Bedürfnissen der Menschen. Wir wollen Fußgänger:innen und Radfahrer:innen wesentlich mehr Platz einräumen. Fußwege wollen wir attraktiver gestalten und mit einer Mindestbreite ausstatten, auf denen zwei Rollstühle oder Kinderwagen passieren können. Ferner wollen wir die Barrierefreiheit von Fußwegen weiter erhöhen und mehr Möglichkeiten zur Straßenüberquerung einrichten.

Weitere Flächenversiegelung wollen wir verhindern. Wir brauchen Parkbau statt Parkplatzbau, um die Lebensqualität der Verkehrsteilnehmer:innen mit einem angenehmeren lokalen Klima zu verbessern.

Verkehrsregeln in Europa vereinheitlichen
Um einen besseren Verkehrsfluss zu gewährleisten, Unfälle zu verhindern und schädliche Abgase zu reduzieren, setzen wir uns für die Vereinheitlichung der Verkehrsregeln in Europa ein. Wir unterstützen die Einführung einer Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen nach dem Vorbild unserer Nachbarländer. Auch auf anderen Straßen wollen wir die Geschwindigkeitsbeschränkungen anpassen, um den Menschen und nicht das Auto ins Zentrum der Verkehrsplanung zu stellen. Dies gilt auch für Städte. Wie in Paris möchten wir in Städten grundsätzlich 30er Zonen einrichten.

Mobilitätsprämie statt klimaschädliche Subventionen
Wir wollen Subventionen an Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit ausrichten. Reiche Haushalte profitieren nach wie vor überproportional durch die Entfernungspauschale, das Dienstwagenprivileg und Kaufprämien. Wir wollen alle diese Instrumente durch eine Mobilitätsprämie für alle ersetzen, also einen Gutschein, der für den Kauf von Fahrrädern, Fahrradreparaturen, Bahntickets, Gutscheinen für Mitfahrgelegenheiten oder anderen Mobilitätsangeboten zur Verfügung steht.

Entwicklung alternativer Energieträger unterstützen
Wir wollen die Entwicklung von klimaneutralen Energieträgern, z.B. elektrischem Antrieb, grünem Wasserstoff sowie die Entwicklung klimaneutraler, strombasierter Kraftstoffe (Power-to-Liquid) für LKW,

Luftverkehr und Schiffe fördern. Unterstützung für sogenannte Brückentechnologien wie "Naturgas" wollen wir abschaffen.

Busstationen und Bahnhöfe zu Mobilitätsknotenpunkten ausbauen
Busstationen und Bahnhöfe wollen wir zu einfach erreichbaren, barrierefreien Mobilitätsknotenpunkten ausbauen, die verschiedene Sharing-Angebote wie Ridesharing, Bikesharing und Carsharing bündeln. Diese Knotenpunkte können auch Steckdosen, Büroräume und sogar Duschen haben. Besonders in ländlichen Gegenden und außerhalb von Städten setzen wir uns für den bequemen Anschluss von Radwegen an den Zug- und Busverkehr ein, ähnlich der Mobility Hubs in Groningen und Drenthe in den Niederlanden.

Nationale Strategie für ländliche Mobilitätsversorgung
Um für Menschen in ländlichen Räumen, die kein Auto besitzen, nicht fahren können oder sich von ihrem Auto trennen möchten, eine Perspektive zu schaffen, setzen wir uns für die Erarbeitung einer nationalen Strategie für eine sichere, nachhaltige Mobilitätsversorgung auf dem Land ein, sowie für die Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung für Kommunen und Bundesländer.

Sichere und nachhaltige Logistik zur Versorgung der Bevölkerung: Regionale Versorgungsnetzwerke priorisieren und Fernverkehr reduzieren Regionale Versorgungsnetzwerke wie Bauernhöfe mit Hofläden und die lokale Produktion wichtiger Güter verringern den Fernverkehr und die Abhängigkeit von globalen Lieferketten. Wir wollen deshalb Kreise und Kommunen verpflichten und unterstützen, mit allen lokalen Akteur:innen ein Konzept für den Aufbau einer regionalen Versorgungs- und Kreislaufwirtschaft zu erarbeiten. Wir wollen den Schwerlastverkehr reduzieren, sowie von der Straße auf die Schiene und auf das Wasser verlagern. Der Rest soll elektrifiziert werden oder auf Wasserstoffnutzung umgestellt werden. Unser Ziel ist die vollständige Dekarbonisierung des Schwerlastverkehrs bis spätestens 2030, die Reduktion von Leerfahrten (z.B. mithilfe von digitalen Logistikplattformen), die Verkürzung von Lieferwegen und regionales (zirkuläres) Wirtschaften, um das Logistikverkehrsaufkommen zu verringern.

Bauen: Ökologisch, sozial, inklusiv und kreativ

Der Bausektor ist weltweit einer der ressourcenintensivsten Wirtschaftszweige und muss einen wesentlichen Beitrag zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens leisten. Unser Ziel ist ein klimaneutraler Gebäudebestand bis 2030.

Das Bauen und Betreiben von Gebäuden sowie der gesamte Lebenszyklus ist in Deutschland für ca. 40 % des CO2-Ausstoßes und für 55 % des Müllaufkommens verantwortlich. 90% der in Deutschland verwendeten mineralischen Rohstoffe werden jährlich zur Herstellung von Baustoffen und -produkten eingesetzt. Zugleich nimmt die durchschnittliche Haushaltsgröße ab und neue Wohnungen werden im Schnitt größer. In ländlichen Regionen ziehen Jüngere weg und Ältere bleiben häufig in großen Häusern mit unflexiblen Grundrissen zurück. Das führt zu einer konstant steigenden Nachfrage nach Wohnraum. Um diese Trends umzukehren, wollen wir die langfristige Nutzung von Gebäuden bereits bei der Planung mitdenken.

Um die Klimaziele zu erreichen, wollen wir den Gebäudebestand großflächig sanieren und umbauen: ökologisch, sozial, gemeinschaftsfördernd, inklusiv und kreativ mit neuen Bauformen und innovativen, kreislauffähigen Materialien. Dafür wollen wir uns an erfolgreichen Beispielen orientieren, wie der Verwendung von recyceltem Beton in der Schweiz oder dem Verwenden von Holz auch für Hochhäuser wie im Prinz-Eugen-Park in München.

Unser Ziel ist eine Bauwende, die nachhaltiges und soziales Wohnen und Arbeiten für alle ermöglicht. Das geht nur mit weitgehenden politischen Vorgaben, die das Entstehen einer neuen, alternativen Bauindustrie mit gut bezahlten und sinnstiftenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen vorantreiben.

Effizientes und ökologisches Bauen
Ressourcen wie beispielsweise Sand sind weltweit knapp und müssen deshalb sparsam eingesetzt werden. Nach Kohle, Öl und Gas ist Zementherstellung viertgrößte CO2-Treiberin. Die Herstellung von Zement ist für 8 % des weltweiten CO2-Ausstoßes verantwortlich. Wir wollen deshalb Bauweisen wie die Leichtbauweise fördern, die Materialien und Ressourcen viel effizienter nutzen. Materialien sollen nur dort eingesetzt werden dürfen, wo sie aufgrund ihrer Eigenschaften Sinn ergeben. Sie müssen biologisch abbaubar oder wiederverwendbar sein, sodass nach der Nutzung der Gebäude kein Müll entsteht. Mit unserer vorgeschlagenen CO2-Steuer auf umweltschädliche Materialien sowie mit einer Primärbaustoffsteuer wollen wir die Nutzung von Sekundärbaustoffen und die Verwendung ökologischer Alternativen wie Lehm, Stroh und Hanf fördern.

Mindestenergiestandard für neue Gebäude
Um den Energiebedarf von neuen Gebäuden zu senken, brauchen wir bessere energetische Standards. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und KfW-(Kreditanstalt für Wiederaufbau) Förderungen adressieren beim Energieverbrauch lediglich die Nutzungsphase: die Emissionen und damit der Energieverbrauch aus der Herstellung (Graue Energie) bleiben aber unberücksichtigt, obwohl sie beim Neubau ca. 50% des Energieverbrauchs im Lebenszyklus ausmachen. Wir wollen einen Mindestenergiestandard für neue Gebäude einführen, der auch die Herstellungsenergie beinhaltet, um so den Anforderungen an einen klimaneutralen Gebäudebestand gerecht zu werden.

Klimaneutraler Umbau statt Neubau
Wir wollen den Umbau und die Aufstockung von Gebäuden anstelle des Neubaus priorisieren. Eine solche Priorisierung verringert den Ressourcenverbrauch, führt zu weniger Flächenversiegelung, verhindert Leerstand und vermeidet den Abriss. Dazu wollen wir ein bundesweites Rückkauf- und Sanierungsprogramm auflegen, um warmmietenneutrale Umbauten zu ermöglichen.

Leerstandsbekämpfung und Rückgewinnung von Wohnraum
Obwohl die Nachfrage nach Wohnraum in Ballungsräumen sehr hoch ist, stehen sehr viele Wohnungen in Deutschland leer. Wir wollen daher eine Leerstandsabgabe für Wohnungen in Ballungsräumen einführen, die länger als sechs Monate unbewohnt sind, um den Wohnungsmarkt zu entspannen und Spekulation zu vermeiden.

Bauen auf Langlebigkeit und Recycling ausrichten
Neubauten müssen im Sinne einer Kreislaufwirtschaft konsistent über ihren gesamten Lebenszyklus geplant werden. Dafür wollen wir eine verpflichtende CO2-und Ökobilanzierung aller Nutzungsphasen einführen. Um die Gebäude auf Langlebigkeit auszurichten, sollen in der Gebäudeplanung die Bedürfnisse aller Generationen beachtet werden müssen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass bereits in der Bauplanung das Recycling eines Gebäudes berücksichtigt und eingepreist werden muss.

Klimaresiliente Gebäude
Um die Folgen der nicht mehr zu verhindernden Klimaerwärmung und der damit einhergehenden Extremwetterereignisse wie Hitze und Starkregen abzumildern, wollen wir klimaresiliente Gebäude und neue städtebauliche Konzepte erproben. Besonders wollen wir Flächen entsiegeln und bepflanzen sowie die

Dach- und Fassadenbegrünung massiv ausweiten. Dies geschieht über lokale Beteiligung, Bürokratieabbau und die Einbindung in den Denkmalschutz.

Gemeinschaftsflächen und -räume schaffen
Wir wollen mehr gemeinschaftliche Flächen in Städten, Dörfern und Siedlungen schaffen und die Anzahl gemeinschaftlich genutzter Räume erhöhen. Mittels gesetzlicher Vorgaben und mehr kommunalem Wohnungsbau möchten wir den Trend zur Maximierung vermietbarer Flächen umkehren. Gemeinsam mit Anwohner:innen und Stadtplaner:innen wollen wir eine neue soziale Baukultur schaffen, die Rückzugsräume für jede:n genauso wie Räume für Gemeinsamkeit und Zusammenkunft bietet. In Städten mit einem angespannten Wohnungsmarkt wollen wir für Neubauten die durchschnittliche Wohnungsgröße senken.

Eine neue, zeitgemäße Bauindustrie
Um zügig die Voraussetzungen für eine neue, zeitgemäße Bauindustrie zu schaffen, wollen wir die Aufklärung über die Auswirkungen des Bausektors und die neuen Möglichkeiten für ökologisches und soziales Bauen in die Lehrpläne an Universitäten und Berufsschulen aufnehmen. Betrieben und Mitarbeiter:innen der Bauindustrie wollen wir die kostenlose Teilnahme an Weiterbildungsprogrammen anbieten. Ein neues staatliches Siegel soll das Bauen nach sozial-ökologischen Kriterien zertifizieren und auszeichnen.

Landwirtschaft und Ökosysteme: Vergessene Traditionen und lokale Innovationen im Einklang mit der Natur

Regenerative Landwirtschaft ist ein zentraler Bestandteil unserer Klima-, Biodiversitäts-, Wasser-, Ernährungs-, Gesundheits- und Außenpolitik.

Flutkatastrophen, Krankheiten und Hunger finden alle den Großteil ihrer Ursprünge in der Agrarkultur. Daher wollen wir die radikale kooperative Wiederverbindung unserer Gesellschaft mit der Natur, von Stadt und Land, Jung und Alt aus einer regenerativen Agrarkultur erwachsen lassen.

Wir wollen vergessene Traditionen und neueste Innovationen in der Bewirtschaftung berücksichtigen. Das Management der Landfläche wird durch die Gemeinschaften entschieden und die Ernte gehört allen und wird zum Wohle aller verwendet. Deshalb setzen wir uns für regenerierende Agrar- und Ernährungsökosysteme ein, die die Gesundheit von Mensch und Umwelt stärken. Familiäre und genossenschaftliche Landwirtschaftsbetriebe sowie regionale Vertriebsgenossenschaften sind darin die starken Wurzeln unserer freien, friedlichen und sozial wie ökologisch prosperierenden Gesellschaft.

Von einer ursprünglich auf Haselnüssen und Schilf basierten Ernte über die Hutewälder (als Weide genutzte Wälder) selbstbestimmter Gemeinschaften im Mittelalter, die Naturliebe zu Zeiten der europäischen Aufklärung bis zur ökologischen Bewegung im 20. Jahrhundert und dem regenerativen Landbau von heute - unsere lebensbejahenden Traditionen und Innovationen sind immens. Aus diesem Reichtum wollen wir eine zukünftige Lebensweise entwickeln, die Natur und Menschheit wieder vereint - von selbstbestimmter Bodennutzung auf lokaler Ebene bis hin zur nachhaltigen Wiederherstellung unserer Biosphäre auf globaler Ebene.

Naturschutz, Wissenschaft und Forschung
Wir wollen der Natur wieder mehr Platz in der Agrarlandschaft geben. 10 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche soll als Lebensraum zur Verfügung gestellt werden, als Brut- und Nistmöglichkeiten, zum

Sicherstellen von Nahrungsquellen und zum Schutz vor Witterung und Beutegreifern. Diese Flächen werden auch benötigt, um Bestäuber und andere Nützlinge zu schützen und den Boden zu regenerieren. Dies fördert auch die Biodiversität und trägt zum Klimaschutz bei.

Um Ökosysteme nicht nur vor weiterer Zerstörung zu schützen, sondern degradierte Ökosysteme in Deutschland zu regenerieren, setzen wir uns für die Gründung einer dem Umweltministerium unterstellten Agentur für die Regeneration von Ökosystemen ein. Die Agentur soll in Zusammenarbeit mit den Städten und Kommunen (und im Rahmen einer staatlichen Jobgarantie) gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen, um beispielsweise Flächen zu entsiegeln, Maßnahmen zur Steigerung der lebendigen Biomasse und Biodiversität in Städten und auf dem Land durchzuführen, Monitoring und Management von Neobiota (gebietsfremde Arten) einzurichten, Landwirt:innen bei der Saisonarbeit, der Anlage von Agroforst und Hecken zu unterstützen, Landschaftspflegemaßnahmen durchzuführen, Abbaustätten zu renaturieren und Moore wieder zu vernässen.

Die industrielle Nahrungskette stützt sich auf nur 16 Pflanzenarten für 86 % der globalen Nahrungsmittelproduktion. Innerhalb dieser dominanten Arten wird geschätzt, dass 75 % ihrer genetischen Vielfalt durch Aussterben verloren gegangen sind. Fast 50 % unserer gesamtgesellschaftlichen Ressourcen der Pflanzenforschung werden für eine einzige Art verpulvert – Mais. Wir wollen deshalb eine Diversifizierung der Forschung herbeiführen sowie kleinstrukturierte Pflanzenzüchter und Baumschulen massiv unterstützen. Prospektiv soll jeder Agrarbetrieb wieder Pflanzenzüchter und Baumschüler werden.

Neugestaltung der Agrar- und Fischereipolitik
Die Landwirtschafts- und Fischereipolitik der Bundesregierung muss grundlegend neu gestaltet werden. Förderung muss zu 100 % ökologische und soziale Zweckbindung enthalten sowie die Handlungskapazität lokal befähigen. Kleine Betriebe, Junglandwirt:innen und Quereinsteiger:innen müssen Zugang zu Böden und Produktionsmitteln erhalten. Regulation darf keine lokale Selbstbestimmung unterbinden. Naturschutz darf Menschen und Natur nicht trennen.

Umstellung auf nachhaltige Land- und Forstwirtschaft
Die Land- und Forstwirtschaft muss umgehend befähigt werden, regenerierend zu wirtschaften. Naturschädigende Produktionsweisen wie standardmäßiger Pflug-, Pestizid- und Kunstdüngereinsatz muss durch Steuern und Ordnungsrecht unterbunden werden. Alte und neue naturpositive Produktionsmittel wie Direktsaatmaschinen, neue Zauntechnik, Jungbäume und unabhängiges Saatgut müssen gefördert werden sowie Agrarökosystemleistungen ergebnisorientiert, handlungskapazitätsfördernd, unbürokratisch und standortangepasst entlohnt werden.

Strukturwandel zugunsten kleiner Betriebe
In Deutschland wirkt sich der fortschreitende Strukturwandel durch die Konzentration der Landflächen, Fischereirechte und landwirtschaftlichen Betriebe zu Ungunsten der Bevölkerung und der Natur aus. Oligopole in der Agrarindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel sowie Großgrundbesitzer reißen Land und Macht an sich. Wir wollen diesen Strukturwandel umkehren und die Land- und Konzernkonzentration stoppen. Dafür wollen wir das Kartellrecht im Bodenrecht sowie in der Ernährungswirtschaft strikter anwenden und prospektiv ein neues Bodenrecht erlassen, Oligopole aufbrechen und kommunalisieren.

Stabilisierung, Sicherung und Gesundung der Ernten
Das bestehende Landwirtschaftssystem scheitert zunehmend an seiner eigenen Logik: abnehmende Erträge unter Einsatz von Düngemitteln und Giften, rasant anwachsende Resistenzen von “Schädlingen”,

steigende Preise und gesundheitliche Auswirkungen des Konsums der von dem System dargebotenen Endprodukte sind Folgen eines gesamtheitlichen Niedergangs. Wir wollen Agrarsubventionen vollständig an sozio-ökologische Zwecke knüpfen, um die Ernteeinträge zu stabilisieren und die natürliche Bodenfruchtbarkeit wiederherzustellen.

Beendigung der getreidebasierten Massentierhaltung
Wir wollen die weit verbreitete Schädigung kritischer Ökosysteme, persönlicher Gesundheit und des Klimas sowie den Hunger und Tod unserer Mitmenschen weltweit durch die getreidebasierte Massentierhaltung stoppen und umkehren. Die Massentierhaltung muss in Deutschland umgehend beendet werden, da sie Tieren großes Leid zufügt und gesundheitsschädlich für Mensch und Umwelt ist. Stattdessen wollen wir eine rohfaserbasierte Nutztierproduktion in Offenhaltung befähigen, die Ökosysteme aufbaut, Tiergesundheit fördert und gesunde Lebensmittel produziert. Wir wollen eine Umstellung auf eine gesündere und nachhaltigere pflanzliche Ernährung fördern. Pflanzen sollen die Grundlage unserer Ernährung darstellen. Dafür möchten wir den Mehrwertsteuersatz von gentechnikfreien veganen Milchersatzprodukten in einem ersten Schritt an den von Kuhmilch angleichen.

Tierwohl bei Privathaltung
Es ist ein breiter gesellschaftlicher Diskussionsprozess anzustoßen, um auch bei privater Tierhaltung in kleinem Rahmen (Hunde, Katzen, Zimmertiere, ...) das Wohl der Tiere und der umgebenden Natur zu gewährleisten.

Entscheiden: Der Green New Deal von Unten

Unser Green New Deal soll Menschen befähigen, selbst über die Zukunft ihrer Gemeinden zu entscheiden. Investitionsentscheidungen sollen deshalb vor allem auf lokaler und regionaler Ebene getroffen werden, unter demokratischer Einbeziehung der Bevölkerung, insbesondere durch Bürger:innenversammlungen.

Land- und Stadtplanung demokratisieren
Um die Land- und Stadtplanung zu demokratisieren, wollen wir, dass Bürger:innen und Anwohner:innen mittels Bürger:innenversammlungen oder gelosten Nachbarschaftsräten verbindlich in die Erarbeitung von Raum- und Flächennutzungsplänen eingebunden werden.

Regionalen Regelungen für erneuerbare Energien durch Bürger:innenversammlungen
Die Energiewende bedarf eines Neudenkens des Energiemarktes, in dem Bürger:innen und Gemeinden als Lieferant:innen und Abnehmer:innen eingebunden werden. Dies ist auf Grundlage der aktuellen Gesetze nicht möglich. Gesetze und Verordnungen dürfen den Ausbau von erneuerbaren Energien nicht verlangsamen oder verhindern und müssen entsprechend angepasst werden. Wir wollen diese Anpassungen mittels Bürger:innenversammlungen unter Einbindung der regional betroffenen Menschen durchführen.

Lokale Verkehrskonzepte gemeinsam erarbeiten
Wir wollen lokale Mobilitätskonzepte mittels Bürger:innenversammlungen in Kollaboration mit Bürger:innen entwickeln, insbesondere in ländlichen Räumen. Bürgerschaftliches Engagement, wie die Bereitstellung von Bürger:innenbussen, wollen wir unterstützen und in den lokalen ÖPNV integrieren. Mittels Bürger:innenbudgets sollen die Menschen einer Kommune mehr Mitspracherecht zur Verwendung von Geldern aus dem Green New Deal bekommen.

Landwirtschaftswende mit Landwirt:innen gemeinsam angehen
Wir wollen gemeinsam mit Landwirt:innen und allen Menschen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, die sozial-ökologische Wende schaffen. Deshalb setzen wir uns für offene Dialoge und Versammlungen ein, um Förderprogramme und Auflagen für die Landwirtschaft gemeinsam zu entwickeln. Statt den Vertreter:innen von internationalen Landwirtschafts- und Saatgutkonzernen wollen wir den Menschen eine Stimme geben, die täglich auf Feldern, in Gewächshäusern und in Ställen für unsere Nahrung arbeiten.

Einrichtung eines europäischen sozial-ökologischen Netzwerks
Um die Kooperation und den Erfahrungsaustausch in Bezug auf die sozial-ökologische Transformation zwischen Kommunen, Regionen, Bürger:innen und Landwirt:innen zu fördern, wollen wir ein sozial-ökologisches Städtenetzwerk einrichten. Es soll existierende Programme der europäischen Zusammenarbeit wie URBACT III, das International Urban Cooperation Programm (IUC) und das European Network for Rural Development (ENRD) zusammenführen und mit einem größeren Budget ausstatten.

3. Soziale Sicherheit: Ein erstklassiges Sozialsystem garantieren

Worum geht es?
Es geht um soziale Sicherheit – also Rente, Wohnen, Gesundheit, Pflege, Gleichstellung und Arbeit. Unser Ziel ist es, allen Menschen ein erstklassiges, zukunftssicheres Sozialsystem zu garantieren, welches den Menschen in seiner Lebensgestaltung unterstützt, ohne Profite zu erwirtschaften.

Warum ist das wichtig?
Weil das öffentliche Sozialsystem das Fundament unserer Gesellschaft ist. Es sollte Menschen die Angst vor Alter, Wohnungslosigkeit, Armut und Krankheit nehmen. Zur Zeit tut es das aber nicht, im Gegenteil. Statt umfassend zu schützen, werden Alter, Wohnen, Armut und Gesundheit immer mehr zur Quelle von Sorge und Angst. Statt präventiv zu agieren, werden Symptome bekämpft (Wohngeld statt sozialem Wohnungsbau, Rückenoperationen statt individueller Bewegungslehre, …) was das System ineffizient und wenig nachhaltig macht.

Wir setzen uns deshalb für eine Runderneuerung unseres Sozialsystems ein, mit einer garantierten erstklassigen Versorgung und sozialer Sicherheit für alle.

Wie soll das gehen?
Vor allem, indem wir die Bereiche Rente, Wohnen und Gesundheit weitgehend dem freien Markt entziehen. Das Profitmotiv steht grundsätzlich unserer Vision eines erstklassigen, zukunftssicheren Sozialsystems entgegen. Stattdessen wollen wir soziale Sicherheit öffentlich bereitstellen und garantieren.

In den Bereichen Arbeit und Gleichstellung setzen wir uns für neue Angebote und Regeln ein, um allen Menschen ein freies, selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Unsere wichtigsten Ziele:

- Eine staatliche Rentengarantie
- Große Wohnungskonzerne enteignen

- Eine Bodenreform
- Leistungen und Qualität der Gesundheitsversorgung verbessern
- Einführung eines Fürsorgeeinkommens
- Eine Jobgarantie

Altersabsicherung: Sichere Rente für alle

Das deutsche Rentensystem löst das Versprechen nach einem würdevollen, finanziell abgesicherten Leben im Alter nicht ein. Akut von Altersarmut betroffene Rentner:innen sehen sich gezwungen, trotz hohen Alters ihr unzureichendes Renteneinkommen mit Teilzeitjobs oder dem Sammeln von Pfandflaschen aufzubessern, und der demografische Wandel in Deutschland wird dazu führen, dass die Anzahl der Betroffenen in der Zukunft weiter drastisch ansteigt. Daher fordern wir eine grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, basierend auf den Prinzipien von Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichbehandlung – denn Altersarmut ist kein Naturgesetz.

Die bedingungslose Rentengarantie
Wir wollen die Rente wieder sicher machen – für alle. Dafür müssen wir das veraltete, umlagefinanzierte System überwinden. Stattdessen plädieren wir für die Einführung einer zu 100 % staatlich finanzierten, beitragsfreien, einheitlichen bedingungslosen Rentengarantie, die allen Menschen ein auskömmliches Einkommen im Ruhestand bietet – deutlich über den heutigen durchschnittlichen Renten und Pensionen. Das ist möglich, weil unsere Gesellschaft insgesamt immer produktiver wird. Weniger Menschen produzieren also mehr gesellschaftlichen Reichtum als früher. Eine staatlich finanzierte Rente stellt sicher, dass jeder Mensch im Ruhestand von diesem Reichtum profitiert und in Würde alt werden darf.

Wir wollen lediglich die Pensionen von Menschen mit sehr hohen Pensionsansprüchen, etwa Spitzenbeamte des Bundes, auf das aktuell gültige Rentenmaximum begrenzen. Wenn jemand schon heute einen Rentenanspruch hat, der über der von uns eingeführten Rentengarantie liegt, wird der Unterschied zwischen der Rentengarantie und dem aktuellen Rentenanspruch als monatliche Gutschrift auf das Sparkonto bei der Europäischen Volksbank überwiesen (siehe übernächster Abschnitt).

Eine kapitalgedeckte staatliche Rente, welche im internationalen Aktienmarkt anlegt, lehnen wir dagegen ab, weil es die Finanzierung der nationalen Renten lediglich auf andere Staaten und ihre Arbeitnehmer:innen abwälzt und so globale Ungleichheiten und Spannungen weiter verschärft.

Ein flexibles und ressourcen-bezogenes Renteneintrittsalter
Die aktuelle Diskussion über die Erhöhung des Renteneintrittsalters ist verfehlt, denn sie bezieht sich fälschlicherweise auf die monetäre Finanzierbarkeit der Rente. Die eigentliche Frage ist, wie eine schrumpfende Zahl von produktiv arbeitenden Menschen Rentner:innen mit realen Ressourcen, das heißt Waren und Dienstleistungen, versorgen kann.

Wir fordern eine Kommission, die ein Renteneintrittsalter erarbeitet, welches die Produktivität unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt, statt sich auf Scheindebatten über die Geldkosten der Rente zu fokussieren. Dabei soll das Renteneintrittsalter möglichst niedrig (keinesfalls höher als das heutige) sein und gleichzeitig die Versorgung aller Menschen in unserer Gesellschaft mit ausreichend Gütern nicht einschränken. Erreicht werden kann das u.a. mittels der Substitution inländischer Produktion durch Importe und den damit einhergehenden inflationsneutralen Abbau des deutschen Leistungsbilanzüberschusses, was

auch im Sinne der wirtschaftlichen Integration und sozialen Kohäsion Europas wäre. Die Kommission soll auch Überlegungen anstellen, inwiefern verschiedene Renteneintrittsalter für verschiedene Berufs- und Einkommensgruppen (z.B. Pflegeberufe) sinnvoll sind und pragmatisch, ohne hohen bürokratischen Aufwand, umgesetzt werden können.

Inflationsgeschütztes Sparen ermöglichen
Wenngleich die bedingungslose Rentengarantie zum Bestreiten eines durchschnittlichen Lebensunterhalts im Alter vollkommen ausreichen soll, möchten wir Bürger:innen die Möglichkeit geben, weiter privat vorzusorgen. Dafür muss es eine sichere, öffentliche Option geben. Wir schlagen darum ein inflationsfestes Sparkonto bei der Europäischen Volksbank vor. Jede Person hat so die Möglichkeit, einen Teil ihres Einkommens in einem staatlichen Altersvorsorgefonds zurückzulegen, welcher den Sparer:innen eine inflationsbereinigte Rendite von exakt 0 % garantiert und mit Beginn des Rentenalters ausgezahlt wird. Das gesparte Geld bleibt während der gesamten Anlagedauer stets im Fonds und wird nicht, wie bei herkömmlichen Angeboten der privaten Altersvorsorge, am Finanzmarkt investiert, und ist somit unabhängig von Aktienkursen sowie Zinsentwicklungen. Die Inflationslücke wird bei Auszahlung durch staatliche Finanzmittel geschlossen.

Das Beamtenprivileg in der Altersvorsorge abschaffen
Die bestehenden Regelungen befreien verbeamtete Staatsdiener:innen von der Beitragspflicht zur gesetzlichen Rentenversicherung. Unser Modell der bedingungslosen Rentengarantie gewährleistet Beitragsfreiheit für alle Personen über das gesamte Erwerbsleben hinweg, womit das Beamtenprivileg effektiv abgeschafft wird. Anstatt einer Pension genießen Staatsdiener:innen im Ruhestand somit dieselbe Rentenhöhe und dieselben Privilegien wie alle anderen auch. Eine Diskriminierung oder Bevorteilung von Rentner:innen nach Art und Umfang der Tätigkeit im Erwerbsleben findet nicht mehr statt.

Für ein europaweit einheitliches Rentensystem
Die Harmonisierung der europäischen Sozialpolitik ist gleichzeitig Voraussetzung und erwartbare Folge einer erforderlichen Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa. Dies muss auch die schrittweise Angleichung sowie ultimativ die sozial gerechte Zusammenlegung der staatlichen Rentensysteme im Rahmen einer europäischen Sozialunion zum Ziel haben. Ein solches einheitliches europäisches Rentensystem schreibt für alle Bürger:innen Europas dasselbe Renteneintrittsalter und dieselbe Rentenhöhe fest, wodurch Altersarmut und Sozialneid wirksam über Ländergrenzen hinaus bekämpft werden. Die europaweite bedingungslose Rentengarantie leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung eines europäischen Gemeinsinns und zum weiteren Zusammenwachsen der europäischen Bevölkerung.

Gegen Kinderarmut: Gleiche Chancen für alle Kinder

Laut UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, sind in Deutschland aktuell 1,3 Millionen Kinder dauerhaft von Armut betroffen. Betroffen sind vor allem Kinder von Alleinerziehenden und Familien mit drei und mehr Kindern.

Das deutsche Sozialsystem bietet zwar Unterstützungsangebote für Kinder und Familien, jedoch gibt es einige strukturelle Probleme, die Kinderarmut begünstigen oder verschärfen. Die Fragmentierung und Bürokratie sowie die Komplexität des Systems, in dem viele verschiedene Leistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld oder Bürgergeld von unterschiedlichen Stellen bearbeitet werden, sorgt dafür, dass diese Leistungen oft nicht gut aufeinander abgestimmt sind. Dies führt dazu, dass Familien ihre

Ansprüche nicht vollständig nutzen. Die komplizierten Antragsverfahren schrecken viele ab, besonders in Haushalten mit geringer Bildung oder Sprachbarrieren. Die Höhe der aktuell angebotenen Leistungen reicht oft nicht aus, um das Existenzminimum der Kinder zu sichern. Besonders Kinder von Alleinerziehenden sind von Armut betroffen. Das momentane Sozialsystem bietet oft nicht genug Unterstützung, um die zusätzlichen Belastungen (finanziell und zeitlich) auszugleichen.

Einführung einer wirklichen Kindergrundsicherung
Wir setzen uns für eine einheitliche und unbürokratische Kindergrundsicherung, die alle bisherigen Leistungen bündelt und so sicherstellt, dass alle Kinder unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern ausreichend versorgt sind.

Bedarfsgerechte Anpassung
Kindergeld und Kinderzuschläge sollten an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten angepasst werden, insbesondere für Familien mit niedrigem Einkommen z.B. durch eine einkommensabhängige Staffelung des Kindergeldes.

Wohnen: Keine Ware, sondern Menschenrecht

Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Um es zu schützen, wollen wir besonders in Städten Mietwohnungen umfangreich dem profitgetriebenen Markt entziehen und in gemeinnützige, kommunale Trägerschaft überführen. Nur das Ende der Profitorientierung im Bereich Wohnen löst dauerhaft die Sorgen und Nöte unzähliger Menschen, deren Miete einen Großteil ihres verfügbaren Einkommens bindet oder die keine oder keine passende Wohnung für sich und ihre Familie finden können. Zudem wollen wir den Erwerb von Immobilien für Gemeinschaften gezielt fördern.

Dafür streben wir die massive Ausweitung der kommunalen Wohnungsbestände an – langfristig sollen sich mindestens 70 % aller Mietwohnungen in kommunaler Hand befinden. Wo nötig, sollen kommunale Wohnungsanstalten auch selbst neue Wohneinheiten bauen. Unter Beteiligung der Bürger:innen und mit Hilfe hervorragender Architekturbüros wollen wir günstigen, modernen und ökologisch-verträglichen Wohnraum mit hoher Lebensqualität schaffen.

Weil sich selbst durch Zweck- und Preisbindungen der grundlegende Widerspruch zwischen den Profitinteressen der Investor:innen und den Interessen der Mieter:innen nicht auflösen lässt, lehnen wir den Neubau durch private Investor:innen überall dort, wo Bauland knapp ist, ab. Um Mieter:innen kurzfristig zu helfen, wollen wir mit Sofortmaßnahmen Mieterhöhungen schnell und wirksam bremsen und deckeln.

Das Recht auf Wohnen muss ein fester Bestandteil der Verfassung sein. Menschen aus prekären Verhältnissen und Staatenlose dürfen nicht aufgrund von vermeintlicher Selbstverschuldung benachteiligt werden und haben ein Anrecht auf Unterkünfte, die Sicherheit bieten.

Kommunale Wohnungsbestände demokratisch verwalten
Um eine demokratische Beteiligung der Mieter:innen in kommunalen Wohnungen zu gewährleisten, sollen die Bestände durch kommunale Anstalten des öffentlichen Rechts verwaltet werden. Sie sollen nicht renditeorientiert arbeiten, sondern sich auf Bestandssicherung, Ausbau und Modernisierung der Wohnungsbestände konzentrieren.

Sozialen Wohnraum schaffen Aufgrund des dringenden Bedarfs an sozialem Wohnraum sollen vorhandene Wohnbestände in soziale Wohnräume umgewandelt werden; auch um umfänglichen Neubau mancherorts überflüssig zu machen, denn die zunehmend dichtere Bebauung in Städten ist angesichts der wachsenden Gefahr von Extremwetterereignissen wie Starkregen ein Problem.

Finanziellen Spielraum für Kommunen ausweiten
Um Kommunen den nötigen finanziellen Spielraum für den Aufbau kommunaler Wohnungsbestände zu geben, soll der Bund geeignete Maßnahmen wie Bauen, Vorkäufe und Enteignungen finanzieren. Falls die aktuelle Bundesregierung sich querstellt, wollen wir kommunale Wohnungsunternehmen anweisen, mittels Gemeindeanleihen (Housing Bonds) oder Krediten mit langer Laufzeit das notwendige Geld einzunehmen, um sofort handlungsfähig zu sein. Zins- und Ratenzahlungen können dann aus Mieten aufgebracht werden. Bei wechselnden Mehrheiten im Bund kann dieser die Verbindlichkeiten übernehmen, um Mieter:innen und Kommunen weiter zu entlasten.

Kommunale Vorkaufsrechte wahrnehmen
Wir wollen Kommunen ermutigen und dabei unterstützen, ihre gesetzlich verankerten Vorkaufsrechte für Grundstücke, Häuser und Wohnungen wahrzunehmen und so Wohnbestände dauerhaft in kommunales, gemeinnütziges Eigentum zu überführen. Dafür wollen wir die Rechtssicherheit von Vorkaufsrechten für Kommunen stärken.

Kommunaler statt privater Neubau
Wo notwendig, wollen wir den kommunalen Neubau schnell und entschlossen vorantreiben. Privaten Neubau in Kommunen mit knappem Bauland, selbst mit Zweck- und Preisbindung oder als Erbpacht, lehnen wir dagegen ab, um Mieter:innen dauerhaft vor den Profitinteressen privater Investor:innen zu schützen.

Deutsche Wohnen & Co enteignen
Wir setzen uns für die Kommunalisierung der Wohnungsbestände großer Konzerne ein, notfalls durch Enteignung. Volksbegehren wie Deutsche Wohnen & Co. Enteignen unterstützen wir ausdrücklich.

Lebenswertes, gesundes, inklusives und ökologisches Wohnen
Um neue und alte Wohnbestände lebenswert, gesund, inklusiv und ökologisch zu gestalten, wollen wir Kommunen zusätzliche Mittel bereitstellen. Unter Beteiligung der Mieter:innen, Nachbar:innen und mit Unterstützung hervorragender Architekturbüros wollen wir eine vielfältige, experimentierfreudige und menschliche Architektur schaffen, die die Gesundheit und das Wohlergehen von Menschen und Umwelt in den Mittelpunkt stellt.

Warmmietenneutrale Klimasanierungen
Klimaschutz und soziale Belange dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deswegen wollen wir warmmietenneutrale Klimasanierungen garantieren. Vermieter:innen und Wohnungskonzerne wollen wir verpflichten, die Energieeffizienz ihrer Häuser und Wohnungen bis 2030 zu maximieren. Kosten für Material und Montage sollen zu 100 % aus einem staatlichen Klimasanierungsfonds erstattet werden. Mieterhöhungen aufgrund energetischer Sanierungen müssen ausgeschlossen werden.

Diskriminierungsfreie Wohnungsvergabe
Um die massive Diskriminierung aufgrund von Rassismus bei der Wohnungsvergabe zu beenden, wollen wir anonymisierte Bewerbungen einführen. Unabhängige Stellen sollen überprüfen, ob potentielle Mieter:innen Bonitätskriterien des:r Vermieter:in erfüllen. Besichtigungen sollen offen für alle Menschen

sein, die die Bonitätskriterien erfüllen, und vom Bewerbungsprozess entkoppelt sein. Menschen, die schon lange auf Wohnungssuche sind oder andere soziale Kriterien erfüllen, sollen mit ihrem Bonitätsbescheid einen zusätzlichen, für Vermieter verpflichtenden, Prioritätsvermerk erhalten. Diese Regelungen gelten alsdann für Vermieter:innen von mehr als drei Mieteinheiten.

Verbesserter Kündigungsschutz
Wir fordern in Zeiten einer hohen Inflation eine Verschärfung des Kündigungsschutzes, insbesondere bei Eigenbedarf und Modernisierungsmaßnahmen, um Mieter vor willkürlichen Maßnahmen zu schützen. Als sofortige Maßnahme wollen wir durchsetzen, dass eine Kündigung wegen Mietrückstands statt nach bisher 2 Monaten frühestens nach 6 Monaten möglich ist. Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, darf nicht auch noch Wohnungslosigkeit drohen.

Mietenmoratorium bei akuten sozialen Krisen
Im Angesicht von akuten sozialen Krisen, zum Beispiel der Corona-Pandemie, wollen wir eine Möglichkeit schaffen, Mietenmoratorien zu erlassen. Bis zur Beendigung eines Notstands sollen Mieten auf das Vorkrisenniveau eingefroren sowie Kündigungen und Räumungen ausgeschlossen werden.

Bundesweiter Mietendeckel und wirksame Mietpreisbremse
Um den rasanten Anstieg der Mieten in vielen Städten zu stoppen, wollen wir einen bundesweiten Mietendeckel erlassen. Kommunen sollen mittels des Mietendeckels ermächtigt werden, kommunale Höchstmieten festzulegen. Ferner wollen wir die Mietpreisbremse verschärfen. Mieterhöhungsmöglichkeiten sollen ohne Ausnahmen auf 2 % pro Jahr begrenzt werden. Behörden wollen wir anweisen, mit Bußgeldern und Strafverfolgung gegen Missachtung vorzugehen.

Grundsteuer nicht mehr auf Betriebskosten umlegen
Um Mieter:innen unmittelbar zu entlasten, wollen wir das Umlegen der Grundsteuer auf die Betriebskosten verbieten. Außerdem sollen gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften und Projekte von der Grundsteuer ausgenommen werden.

Umlage von Modernisierungskosten begrenzen
Modernisierungen dürfen nicht zu unbezahlbaren Mieten führen. Deswegen wollen wir die Umlage der angefallenen Modernisierungskosten auf die Jahresmiete auf 4 % begrenzen und bei 1,50 Euro pro Quadratmeter auf acht Jahre kappen.

Schutz vor Eigenbedarfskündigungen
Um Mieter:innen besser zu schützen, wollen wir für neue Mietverträge Eigenbedarfskündigungen ausschließen. Für bestehende Mietverträge wollen wir Eigenbedarfskündigungen ausschließen, wenn Mieter:innen über 60 Jahre alt sind oder schon länger als 20 Jahre in der betreffenden Wohnung wohnen. Außerdem sollen nur noch Partner, Kinder oder der:die Vermieter:in selbst die Wohnung in Anspruch nehmen dürfen.

Zusammenschlüsse für Mieter:innenschutz stärken
Eine Förderung von Mieter:innenvereinen, -initiativen sowie -gewerkschaften durch staatliche Zuschüsse und Hilfe beim Aufbau der Organisationsstrukturen sehen wir als Notwendigkeit an. Solche Organisationen können insbesondere Menschen in prekären Verhältnissen schnell und ohne lange Gerichtsverhandlungen in der Durchsetzung ihrer Rechte gegenüber Vermieter:innen unterstützen, z.B. bei überzogenen Mietforderungen, intransparenten Betriebskostenabrechnungen und unrechtmäßigen Kündigungen. Sie helfen dabei, Behörden erheblich zu entlasten und drohende Wohnungslosigkeit abzuwenden.

Faire Vermieter:innen belohnen
Wir lehnen es entschieden ab, dass Finanzämter Vermieter:innen, die aus Solidarität Wohnungen zu günstigen Mietpreisen anbieten, bestrafen, statt sie zu belohnen: Die Praxis, dass Vermieter:innen ihre Werbungskosten nicht geltend machen können, wenn sie eine geringere als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen, muss aufhören.

Reform des Bodenrechts
Wir setzen uns für eine Reform des Bodenrechts in Städten und ländlichen Gebieten ein. Der Boden gehört in öffentliche Hand. Nur öffentliche Kontrolle ermöglicht die gerechte Nutzung und schützende Bewahrung dieser unvermehrbaren, unentbehrlichen und endlichen Ressource. Seine Unvermehrbarkeit und Unentbehrlichkeit kann nur durch öffentliches Eigentum geschützt werden. Nur die öffentliche Genehmigung der Nutzung ermöglicht Gerechtigkeit und Bewahrung einer endlichen Ressource.

Kapitalverkehr beschränken
Um die globale Spekulation mit Wohnraum sowie grenzübergreifende Geldwäsche zu verhindern, wollen wir den Kapitalverkehr zwischen der EU und Drittländern für den Immobilienbereich beschränken. Wohnungen und Immobilien sollen nicht mehr an Menschen oder Unternehmen verkauft werden dürfen, die keinen (Wohn-)sitz in der EU haben oder nach dem Kauf annehmen werden.

Obdachlosigkeit: Housing First
Wir treten für einen Paradigmenwechsel bei Maßnahmen für Obdachlose ein. Menschen ohne Obdach sollen sich nicht für eine Wohnung qualifizieren müssen, sondern (wie in Finnland) ohne Voraussetzungen und Vorleistungen eine Wohnung gestellt bekommen. In dieser neuen, sicheren Ausgangslage fällt es den Betroffenen leichter, sich mit Unterstützung durch Sozialarbeiter:innen eine Perspektive zu erarbeiten. Wie Erfahrungen in anderen Ländern schon gezeigt haben, gelingt es mit Housing First, die Obdachlosigkeit dauerhaft zu beenden. Kommunale Immobiliengesellschaften sollen dazu ein bestimmtes Kontingent an Wohnungen bereithalten, um schnell helfen zu können. Wir fordern gezielte Programme zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit wie den Bau von Not- und Übergangswohnungen sowie die Bereitstellung von nicht-dauerhaften, adäquat ausgestatteten, kleinteiligen Wohnraum für obdachlose Menschen übergangsweise, bis die Forderungen zur Verfügungstellung der genannten Kontingente erfüllt sind. Gewaltvolle Räumungen von Obdachlosen, die an öffentlichen Orten Schutz suchen, lehnen wir ab.

Zwangsräumungen verhindern
Nach der Begleichung eines Mietrückstandes wollen wir Kündigungen und Räumungen vollständig ausschließen. Räumungen, die in die Wohnungslosigkeit führen, dürfen nicht durchgeführt werden.

Airbnb & Co. wirksam regulieren
Um Kommunen die Mittel an die Hand zu geben, zweckentfremdete Wohnungen wirksam zu regulieren, setzen wir uns für ein bundesweites Zweckentfremdungsverbots-Gesetz ein. Die Registrierung von Wohnungsangeboten auf Plattformen wie Airbnb soll nur noch mit einer gültigen Registriernummer möglich sein. Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt sollen selbst entscheiden dürfen, ob und für wie lange Wohnungen vermietet werden dürfen. Private, nicht-kommerzielle Vermieter:innen sollen ihre Registriernummer unbürokratisch online beantragen können.

Gewerbemieter schützen
Um die Verdrängung in stark frequentierten Gegenden sowie die Herausbildung von Monostrukturen zu stoppen, wollen wir inhabergeführte Geschäfte und Gewerbe besser schützen. Wir setzen uns ein für eine

Entfristung von Mietverträgen, deren Mieter:innen ein kleines, inhabergeführtes, gemeinnütziges oder kulturelles Gewerbe betreiben. Mittels eines Gewerbemietendeckels wollen wir Gewerbemieten begrenzen.

Kaufrecht für Bewohner:innen beim Verkauf von Häusern

Wenn ein Haus verkauft wird, werden die Bewohner:innen oft mittelfristig aus ihrer Wohngegend vertrieben. Wir wollen Bewohner:innen ein Vorrecht geben, die Häuser in denen sie wohnen zu kaufen und genossenschaftlich zu verwalten. Voraussetzung ist die Einigung unter den Bewohner:innen und die Gründung oder der Beitritt zu einer Genossenschaft. Über die KfW und die Landesbanken wollen wir den selbstverwalteten Besitz mit günstigen Krediten unterstützen.

Förderung alternativer Wohnformen

Alternative Wohnformen wie z.B. generationenübergreifende Wohnprojekte und Cohousing bieten viele Vorteile, insbesondere für die soziale Integration, den sozialen Zusammenhalt, die Verringerung von Einsamkeit und als innovativer Lösungsansatz zur Bewältigung demografischer Herausforderungen. Solche Projekte wollen wir durch folgende Maßnahmen fördern: finanzielle Unterstützung, z.B. öffentliche Förderprogramme und Zuschüsse für die Sanierung von gemeinschaftlichen Wohnräumen; Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, die Initiativen bei der Gründung und Planung solcher Projekte unterstützen; sowie Kooperationsförderung durch Städte und Kommunen zwischen verschiedenen Akteuren, wie Wohnbaugenossenschaften, sozialen Einrichtungen und lokalen Gemeinschaften. Besonders fördern möchten wir interkulturelle Wohngenossenschaften, die eine Brücke zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen schlagen und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken.

Städte für alle

Inklusives und barrierefreies Bauen muss in öffentlichen und gesellschaftlich genutzten Gebäuden Standard sein, um allen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Menschen verschiedener kultureller und sozialer Herkunft durch geeignete Stadtplanung zusammen wohnen. Zu diesem Zweck möchten wir Anreize für integrationsfördernde Vermietung bieten. Vermieter:innen, die Wohnraum an benachteiligte Gruppen vermieten, sollen durch steuerliche Erleichterungen und bei Bedarf mit staatlichen Zuschüssen unterstützt werden.

Wohnraum als Schlüssel zur Integration

Wohnraum ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf – er ist ein wesentlicher Faktor für soziale Integration und Teilhabe. Die Faktoren Migration und Armut sind in Deutschland eng miteinander verknüpft. Bezahlbarer Wohnraum muss daher für alle gefördert werden. Gleichzeitig sollen Projekte gefördert werden, die soziale Vielfalt und interkulturellen Austausch thematisieren, um das Zusammenleben in einer diversen Gesellschaft zu stärken. Wohnraum als Mittel zur Integrationsförderung trägt dazu bei, Chancengleichheit zu schaffen, Vorurteile abzubauen und eine gerechtere Gesellschaft zu gestalten. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, in denen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Altersgruppen sich gegenseitig unterstützen und voneinander lernen. Darüber hinaus ist eine soziale Durchmischung von Nachbarschaften wichtig, um eine Ghettoisierung und strukturelle Benachteiligung zu verhindern. Eine soziale Vielfalt an Schulen sichert außerdem den Bildungserfolg für strukturell benachteiligte Gruppen und verhindert ebenfalls Segregation.

Förderung von gemischten Wohnvierteln

Wir sind daher für ein Zusammenleben verschiedener Generationen und Kulturen, und wollen diese stärker unterstützen. Interkulturelle und sozial gemischte Begegnungsräume wie Gemeinschaftszentren, die als Treffpunkt in der Nachbarschaft dienen, sollen dazu geschaffen bzw. bestehende Räume stärker

gefördert werden. Diese offenen Zentren sind überaus wichtig und bieten Raum für interkulturellen und intergenerativen Austausch, Sprachkurse, Beratungsangebote und gemeinschaftliche Aktivitäten. Wir möchten Wohnprojekte fördern, die speziell darauf abzielen, Integration zu unterstützen. Durch die Hilfe von gemeinschaftlichen Wohnprojekten und dem integrativen Charakter von Wohnformen, die Geflüchtete und Einheimische zusammenbringen, wollen wir sicherstellen, dass keine Ressentiments zwischen Mehrheitsgesellschaft und geflüchteten Menschen entstehen und damit verhindern, dass sich die Gruppen feindselig gegenüberstehen.

Gesundheit & Pflege: Hervorragende Versorgung aus öffentlicher Hand

Die körperliche und psychische Unversehrtheit ist ein Menschenrecht und darf damit niemals Konzernen als Profitobjekt dienen. Wir setzen uns dafür ein, dass Krankenhäuser, Gesundheitspersonal und andere Dienstleister:innen des Gesundheitswesen ausschließlich von staatlicher Hand getragen werden. Damit verschwindet die Zweiklassengesellschaft in der Krankenversorgung, die durch eine private und gesetzliche Krankenversicherung entsteht.

Entfällt der Profitzwang, rückt der Mensch wieder in den Mittelpunkt des Gesundheitswesens. So kann jeder Mensch mit der besten Qualität der Versorgung rechnen, unabhängig vom Einkommen. Darüber hinaus können so besonders für das Pflegepersonal gute Gehälter und Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Garantieren statt Versichern
Gesundheitliche Versorgung ist kein Luxusgut, sondern ein Grundrecht für jeden Menschen. Aus diesem Grund wollen wir genau dieses Recht im Grundgesetz oder in einer künftigen europäischen Verfassung verankern. Gleichzeitig darf die Qualität der Versorgung nicht von Einkommen, Status, Nationalität, Geschlecht oder Ähnlichem abhängig sein. Deshalb wollen wir die Zweiklassengesellschaft im heutigen Gesundheits- und Pflegesystem beenden. Wir wollen alle gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen durch ein einheitliches und staatlich finanziertes Gesundheitssystem ersetzen. So verschwinden die regressiven Sozialbeiträge mit Beitragsbemessungsgrenzen, die überproportional arme Menschen belasten, sowie die ungleiche Behandlung von privat und gesetzlich versicherten Menschen. Die verschwenderische und unnötige Bürokratie der unzähligen Krankenkassen wird so ebenfalls beseitigt.

Leistungen und Qualität verbessern
Neben einer gerechten Finanzierung des Gesundheitssystems müssen auch die übernommenen Leistungen überarbeitet werden. Ein Staat, eine Behörde oder ein Gremium kann und darf keine pauschalisierten Entscheidungen darüber treffen, welche Behandlung oder Medikation Patient:innen zugänglich gemacht wird oder nicht. Diese Entscheidung müssen Ärtz:innen und Patient:innen gemeinsam treffen. Alle evidenzbasierten medizinischen Leistungen, die von beiden Parteien als notwendig angesehen werden, müssen Patient:innen kostenlos zur Verfügung stehen. Lediglich experimentelle Verfahren bzw. Medikamente oder solche, deren Wirksamkeit noch nicht durch Studien eindeutig belegt werden konnte, sollen durch zwei zusätzliche Ärtz:innen bestätigt werden müssen. Externe Kosten, die Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen sind – beispielsweise Tickets für den ÖPNV oder Dolmetscherdienste – wollen wir erstatten.

Pflegenotstand adressieren
Die COVID-19-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig das Pflegepersonal für uns alle ist. Aber auch der demografische Wandel wird Pflegekräften zunehmend mehr abverlangen. Deshalb benötigen wir mittelfristig 100.000 neue Stellen in Pflegeberufen. Pflegekräfte aus dem Ausland anzuwerben ist aber auf Dauer mit einem solidarischen Europa nicht vereinbar und führt zusätzlich zu Lohndumping im Pflegesektor. Stattdessen sollen die Pflegeberufe endlich entsprechend ihrer Leistung entlohnt und gewürdigt werden. Die Löhne und Arbeitsbedingungen sollen in bundeseinheitlichen und verpflichtenden Tarifen festgelegt werden. Finanziert werden soll der gesamte Pflegesektor durch den Bundeshaushalt. Organisiert werden soll die Pflege aber auf landes- bzw. kommunaler Ebene, um den unterschiedlichen Bedürfnissen, die vor Ort herrschen, gerecht zu werden. Zusätzlich wollen wir die Arbeitsbedingungen verbessern, indem wir medizinische Institutionen demokratisieren und entbürokratisieren.

Gesundheitssystem digitalisieren
Um die Patientenversorgung möglichst effizient und einfach zu gestalten, soll das gesamte Gesundheitssystem digitalisiert werden. Elektronische Patientenakten und elektronische Rezepte sollen Patient:innen und behandelnden Ärzt:innen den Zugriff auf alle medizinischen Daten wie Diagnosen, Behandlungen, Medikation etc. erlauben. Dabei steht neben der Patientenversorgung der Datenschutz an oberster Stelle. Der Zugriff auf die persönlichen Daten darf nur auf expliziten Wunsch der Patient:innen erfolgen, der jederzeit widerrufen werden kann. Ein zusätzliches nationales Patient:innenportal soll Bürger:innen mit allen Informationen über Krankenhäuser, Praxen, Prävention, Vorsorgeuntersuchungen etc. versorgen. Auf ein solches Portal sollen auch Apotheker:innen Zugriff haben, um unerwünschte Kreuzreaktionen von Medikamenten oder Unverträglichkeiten erkennen zu können.

Sexuelle und reproduktive Rechte ausweiten
Frauen* müssen das Recht auf eine selbstbestimmte Familienplanung haben. Deshalb wollen wir Schwangerschaftsabbrüche vollständig legalisieren und die Paragraphen 218 und 219 StGB streichen. Ferner setzen wir uns dafür ein, dass die Ausbildung zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen Teil der Facharztausbildung wird. Die Kosten einer Abtreibung sollen vollständig von Krankenkassen übernommen werden. Zusätzlich wollen wir die Ursachen von Schwangerschaftsabbrüchen verstehen und vermindern (Überlastung, finanzielle Sorgen, noch in der Ausbildung, …) indem wir gezielt mehr Unterstützung für betroffene Frauen und Familien anbieten. Verhütungsmittel sollen kostenlos erhältlich sein.

1:1 Betreuung bei Geburten garantieren
Gebärende sollen das Recht auf eine persönliche, zugewandte, liebevolle Betreuung und auf hervorragende medizinische und psychosoziale Betreuung haben. Dafür wollen wir in Kliniken zusätzliche Stellen schaffen. Mittelfristig wollen wir eine 1:1 Betreuung bei Geburten garantieren. Zusätzlich unterstützen wir die häusliche Betreuung von Schwangerschaften und Geburten durch lokale Hebammen. Teure Versicherungsleistungen, die zur Zeit von selbständigen Hebammen gezahlt werden müssen, sollen über die staatliche Gesundheitsversorgung gedeckt werden.

Weiterbildung innerhalb von Gesundheitsberufen
Um die Attraktivität der Pflegeberufe zu erhöhen, wollen wir die Ausbildung der Pflegekräfte aufwerten. Hierzu sollen die Ausbildungen für Altenpfleger:innen und Krankenpfleger:innen als Qualifikation für ein neu gestaltetes Studienfeld der Gesundheitslehre mit Bachelorstudium als Grundlage für alle weiteren Gesundheitsberufe (Master Medizin, Master Digital Health, Master Physiotherapie, …) anerkannt werden. Praktische Pflege soll ein wichtiger Teil des Bachelorstudiums sein, gesammelte Praxiserfahrung in den Ausbildungsberufen soll zu 100% anerkannt werden, so dass sich das Bachelorstudium für ausgebildete

Pflegekräfte verkürzt. Praktische Erfahrungen in der Pflege auch für angehende Ärzte erleichtern die Zusammenarbeit und Kommunikation von Ärzten und Pflegepersonal und schaffen Erleichterung im Pflegenotstand.

Recht auf psychologische Beratung und Psychotherapie
Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch das Recht auf eine kostenlose, zeitnahe psychologische Beratung oder eine Psychotherapie erhält. Um die psychologische Versorgung zu sichern und auszubauen, soll jede:r mit der Bezeichnung Psychotherapeut:in (ehemals psychologische:r Psychotherapeut:in) und ärztliche:r Psychotherapeut:in in allen anerkannten therapeutischen Verfahren Therapien für Patient:innen bereitstellen und über die gesetzliche Krankenkasse abrechnen dürfen. Analog zur medizinischen Versorgung soll die Dauer der Behandlung bzw. Therapie individuell auf den:die Patient:in abgestimmt werden. Die vorgegebene Deckelung von Therapiestunden lehnen wir ab. Für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen wollen wir spezielle Therapieangebote schaffen und entsprechende Ausbildungen fördern. Wir setzen uns ein für den Einsatz von Sozialpädagogen und psychologischen Fachkräften in Kindergärten und Schulen, da sich viele Grundlagen von psychischen Erkrankungen in dieser Zeit ausbilden. Strategien im Umgang mit Emotionen und Stress sollten gezielt geschult werden. Psychopharmaka-Abgaben an Kinder sollen strenger reguliert werden, da sie nur die Symptome unterdrücken, aber nicht die Ursachen heilen. Psychopharmaka dürfen nur in Notfällen und immer nur in Kombination mit einer Psychotherapie verschrieben werden.

Umgang mit Drogen
Die derzeitige Prohibition der Drogen ist gescheitert. Ressourcenverschwendung bei der Polizei, Kriminalisierung der Konsumenten, kein funktionierender Jugendschutz oder Prävention bei stetig wachsender Anzahl der Konsument:innen sind die Folgen der derzeitigen Drogenpolitik. Wir setzen uns für ein neues Paradigma ein, indem wir die negativen Folgen des Drogenkonsums bekämpfen und gleichzeitig jedem Menschen die Freiheit überlassen, sein Konsumverhalten selbst zu bestimmen.

Der Umgang mit Drogen, Konsument:innen und Süchtigen ist ein gesundheitspolitisches Thema und kein Fall für die Polizei. Aus diesem Grund wollen wir Drogen vollständig legalisieren. Dadurch können Abgabe und Qualität besser kontrolliert werden. Konsument:innen sollen nicht strafrechtlich belangt werden, sondern wenn nötig Unterstützung von Suchtberater:innen erhalten. Außerdem wollen wir zusätzliche Konsumräume und kostenlose Drug-Checking Angebote in Deutschland schaffen, um Süchtigen einen sicheren Konsum zu ermöglichen und ihnen dort die Unterstützung anzubieten, die sie benötigen. Der Verkauf von Drogen soll in lizenzierten Läden erfolgen, um einen sicheren Jugendschutz zu gewährleisten. Werbung für Drogenkauf und -konsum wollen wir untersagen. Des Weiteren wollen wir Präventivangebote und Aufklärung zur Vermeidung der Drogensucht finanziell und personell aufstocken.

Hohe Pflege- und Gesundheitsstandards in ganz Europa
Um Menschen in ganz Europa das Recht auf hohe Gesundheits- und Pflegestandards zu garantieren, setzen wir uns für europäische Mindeststandards der öffentlichen Gesundheitsversorgung ein. Regionen, in denen diese Standards nicht erreicht werden, wollen wir finanziell und, wenn nötig und erwünscht, mit Know-How unterstützen.

Aufbau einer autarken europäischen Gesundheitsversorgung
Um in akuten Gesundheitskrisen wie einer Pandemie nicht von globalen Lieferketten abhängig zu sein, setzen wir uns für den Aufbau einer autarken europäischen Gesundheitsversorgung ein. Wichtige Hilfsmittel und Medikamente sollen in Europa produziert werden und, gewährleistet durch eine erweiterte

Sicherstellungsverpflichtung, auch im Notfall in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Grenzübergreifende Angebote der Gesundheitsversorgung sollen gefördert werden.

Preisbindung für Medikamente
Um den Missbrauch von Monopolen und Patenten in der Pharmaindustrie zu unterbinden, wollen wir eine Preisbindung für Medikamente einführen, orientiert an Nutzen, Entwicklungs- und Produktionskosten.

Gendersensible Forschung sicherstellen
Bisher beruht die medizinische Forschung häufig auf Studien mit überwiegend cis-männlichen Personen. Mittels Vorgaben und zusätzlicher Forschung wollen wir sicherstellen, dass Medikamente und medizinische Verfahren für alle Geschlechter sicher und wirksam sind. Therapieforschung für seltene Krankheiten (Orphan drugs) soll gezielt gefördert werden, um Heilung nicht abhängig vom erwarteten Profit zu machen.

Patientenrechtegesetz reformieren
Die juristische Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen von Menschen, die einen Behandlungsfehler erlitten haben, scheitert meist, weil der:die Patient:in zwar den Fehler des:der Arztes:Ärztin nachweisen kann, nicht aber die Kausalität zwischen dem Behandlungsfehler und dem eingetretenen Gesundheitsschaden. Diese Regelung benachteiligt multimorbide Patient:innen. Deshalb wollen wir eine Beweislastumkehr einführen. Außerdem setzen wir uns für einen Haftungsfonds und eine Patientenanwaltschaft nach österreichischem Vorbild ein, für Menschen, die sich einem Rechtsstreit nicht stellen können oder wollen.

Gleichstellung: Umverteilung von Sorgearbeit

Sorgearbeit sollte gerecht verteilt sein. Wir wirken deshalb darauf hin, den sogenannten Gender Care Gap, also die ungleiche Verteilung von Sorge- und Haushaltsarbeit zwischen den Geschlechtern, zu schließen. Mittels Anreizen, erweiterten Rechten und einem Fürsorgeeinkommen für Frauen*, Eltern, Familien und Pflegende wollen wir eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Erwerbs- und Sorgearbeit ermöglichen.

Einführung eines Fürsorgeeinkommens
Die Fürsorge von Mitmenschen, etwa die Pflege älterer Menschen oder die Betreuung von Kindern, ist wertvolle Arbeit und gehört dementsprechend entlohnt. Das aktuelle Pflegegeld oder Sozialleistungen wie das Kindergeld wird dem nicht gerecht. Wir setzen uns deshalb für ein Fürsorgeeinkommen ein, welches Fürsorgetätigkeiten in Voll- und Teilzeit angemessen bezahlt – sich also mindestens am Mindestlohn orientiert. Das bedeutet bei einer Person mit höchster Pflegestufe, also einer 24-Stunden-Pflege, nach aktuellem Stand ein Einkommen von mindestens 7.200 Euro.

Flexible Sorgearbeit ermöglichen
Um Angestellten größere Flexibilität in der Sorgearbeit zu ermöglichen, wollen wir mehr Beschäftigten eine Reduzierung der Arbeitszeit mit anschließendem Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit garantieren. Dafür wollen wir das Brückenteilzeitgesetz auf alle Beschäftigten ausweiten, die nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz Anspruch auf eine Arbeitszeitreduzierung haben, sowie auf alle Menschen, die während der COVID-19-Pandemie ihre Arbeitszeit reduziert haben, etwa zur Betreuung von Kindern. Zusätzlich wollen wir die Möglichkeit einer befristeten Auszeit vom Job einführen. Pflegehilfsmittel (z.B. Rollstühle, Hygieneartikel, Pflegebetten, …) sollen schnell und unbürokratisch direkt von lokalen Anbietern gestellt werden.

Freistellung von Vätern und Co-Müttern nach Geburt

Damit auch Väter und Co-Mütter direkt nach der Geburt Zeit mit ihrem Kind verbringen können, setzen wir uns für eine zweiwöchige Freistellung (bei vollem Gehalt) von Vätern und Co-Müttern nach Geburt ein. Eine solche Freistellung ermöglicht Vätern und Co-Müttern, früh Verantwortung für die Elternschaft zu übernehmen, und stärkt damit gleichberechtigte Familien. Außerdem wollen wir das "5+5+2" Elternzeitmodell nach isländischem Vorbild einführen. Die nicht übertragbare Elternkarenz von je fünf Monaten kann gemeinsam oder unabhängig voneinander binnen 36 Monaten nach der Geburt genommen werden. Die zusätzlichen zwei Monate können flexibel aufgeteilt werden. Alleinerziehende können die gesamte Karenzzeit in Anspruch nehmen. Die maximal mögliche Elternkarenz beträgt 36 Monate pro Kind.

Gebührenfreie Kitaplätze

Derzeit fehlen in Deutschland rund 430.000 Kitaplätze. Wir wollen diese Kitaplätze schaffen und eine gebührenfreie Betreuung in kleinen Gruppen ermöglichen.

Beschäftigung: Recht auf gute Arbeit

Niemand soll unfreiwillige Arbeitslosigkeit erleben müssen. Unser Ziel ist deshalb echte Vollbeschäftigung. Sollten im Privatsektor nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, ist es die Aufgabe des Staates, das Recht auf Arbeit für jeden Menschen zu garantieren.

Produktivitätsgewinne im privaten Sektor sollen in Form von höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten an die Arbeiter:innen weitergegeben werden. Prekäre Arbeitsverhältnisse und ungerechte bzw. ungleiche Bezahlung wollen wir bekämpfen.

Automatisierung begreifen wir als Chance, unattraktive oder gesundheitsschädigende Jobs zu ersetzen. Die Vernichtung von guten Arbeitsplätzen aus reinem Profitstreben lehnen wir dagegen ab.

Eine bundesweite Jobgarantie einführen

Jeder Mensch soll das Recht auf eine sinnstiftende, gemeinwohlförderliche und gut bezahlte Beschäftigungsmöglichkeit im öffentlichen Sektor haben. Die Kommunen sollen passende Angebote bereitstellen, die auf lokale soziale und ökologische Bedürfnisse sowie die Wünsche und Fähigkeiten der Arbeiter:innen zugeschnitten sind. Die Jobgarantie ist für Bürger:innen ein freiwilliges Angebot, keine Verpflichtung. Sie soll nicht mit dem Privatsektor in Konkurrenz treten, sondern sinnstiftende Jobs in gemeinwohlorientierten Bereichen schaffen, etwa in Bildung, Pflege, Kunst, Umweltmanagement, Stadtpflege und Sicherheit. Unnötige, sinnentleerte, bürokratische Jobs (sogenannte "Bullshit-Jobs") darf es dagegen nicht geben. Weil die Jobgarantie offen für jede:n ist, setzt sie einen bundesweiten effektiven Mindestlohn und Mindestkonditionen. Die notwendigen Mittel sollen durch die monetären Möglichkeiten des Bundes bereitgestellt werden.

30-Stunden-Woche für alle

Wir wollen Unternehmen dabei unterstützen, die 30-Stunden-Woche einzuführen. Mit der Arbeitszeitverkürzung verbundene Mehrkosten, etwa durch gestiegene Personalkosten, wollen wir im ersten Jahr zu 100 %, im zweiten zu 75 % und im dritten Jahr zu 25 % subventionieren. Nach einer Übergangszeit, in der diese Subventionen allen Unternehmen offenstehen, soll die 30-StundenWoche Gesetz werden.

Einkommensgarantie für Beschäftigte in CO2-intensiven Industrien
Wir wollen die sozial-ökologische Transformation entschlossen vorantreiben und dadurch tausende gute, grüne Jobs schaffen. Aus CO2-intensiven Industrien wie der Förderung und Verbrennung von Kohle wollen wir dagegen aussteigen. Damit Arbeiter:innen keine Einbußen in Kauf nehmen müssen, wollen wir eine Einkommensgarantie für Beschäftigte aus jenen Industrien schaffen, die im Zuge des ökologischen Umbaus nicht mehr weiterbetrieben werden können.

Öffentliche Aufträge nur bei guten Löhnen
Um mehr tarifgebundene Arbeitsplätze zu schaffen, setzen wir uns für ein Bundestariftreuegesetz ein. Es soll regeln, dass der Bund Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben darf, die ihre Mitarbeitenden nach Tarif bezahlen.

Gute Löhne für ganze Branchen
Damit gute Löhne in allen Unternehmen einer Branche gezahlt werden, wollen wir es erleichtern, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Dafür wollen wir das Tarifvertragsgesetz reformieren.

Befristungen ohne Sachgrund verbieten
Befristete Arbeitsverträge werden häufig als Machtstrategie eingesetzt, um die betriebliche Interessenvertretung zu erschweren. Wir wollen deshalb Befristungen ohne Sachgrund verbieten. Die Erprobung soll kein Sachgrund sein, da diese durch die Möglichkeit, eine Probezeit zu vereinbaren, bereits abgedeckt ist.

Reguläre Arbeitsverhältnisse in der Gig-Economy Wir wollen, dass auch „freiberufliche“ Auftragnehmer:innen in Plattform-Unternehmen die gleichen Sozialleistungen wie Auftragnehmer:innen in regulären Arbeitsverhältnissen erhalten, damit sie in ihrer Position als „freiberufliche“ Auftragnehmer:innen nicht weiter ausgenutzt werden können. Außerdem sollte in diesem Rahmen ein höheres Maß an Datenschutz und Privatsphäre für die Auftragnehmer:innen gewährleistet werden, sodass z.B. Lieferanten:innen nicht dauerhaft von Plattformbetreibern überwacht werden.

4. Gemeingüter: Gesellschaftliches Eigentum demokratisieren

Worum geht es?
Darum, dass zentrale gesellschaftliche Bereiche wie das Bankensystem oder das Internet nicht einer wohlhabenden Elite, sondern uns allen gehören sollen. Wir wollen Demokratie in allen Lebensbereichen.

Außerdem geht es um Gemeingüter wie Bildung und Kultur. Wir möchten sie fördern, schützen und ihnen Raum für Entwicklung geben.

Warum ist das wichtig?
Weil das jetzige Banken- und Finanzsystem sowie die digitale Sphäre großen Einfluss auf unsere Leben haben, aber kaum demokratischer Kontrolle unterliegen. Weil Wenige über das Schicksal von Vielen entscheiden. Weil der Missbrauch, die Gier und die Verantwortungslosigkeit in diesen Bereichen außer Kontrolle geraten sind.

Bildung und Kultur dagegen verdienen unseren unbedingten Schutz. In Zeiten, in denen eine nationalistische Internationale auf der ganzen Welt unsere Freiheit angreift, verteidigen und stärken wir die Ideen einer offenen und freien Gesellschaft.

Wie soll das gehen?
Wir wollen öffentliche Alternativen zu den bestehenden Finanz- und Digitaloligopolen entwickeln. Das Finanzsystem und die Digitalwirtschaft wollen wir viel enger regulieren als es bisher der Fall ist.

Das Bildungssystem wollen wir reformieren, um die Potentiale jedes Menschen zu fördern. In Kunst und Kultur treten wir für mehr Freiräume ein.

Unsere wichtigsten Ziele:

- Eine Europäische Bedingungslose Grunddividende
- Die Europäische Volksbank etablieren
- Spekulationsgeschäfte für private Banken verbieten Internet für alle bereitstellen
- Digitale Gemeingüter schaffen
- Offene Bildung über Grenzen hinweg
- Kultureinrichtungen demokratisieren

Wohlstand: Ein fairer Anteil für alle

Kein Mensch beginnt mit nichts. Wir alle profitieren von der Arbeit und den Errungenschaften der Menschen um uns herum. Ohne Straßen kein Amazon. Ohne Schulen keine Mitarbeiter:innen für VW. Ohne Landwirtschaft kein Lieferando. Der Reichtum einzelner Unternehmen basiert zu einem großen Teil auf gesellschaftlichem Wohlstand.

Unser Ziel ist es, dass alle Menschen – universell und bedingungslos – von diesem Wohlstand profitieren.

Eine Europäische Bedingungslose Grunddividende
Wir setzen uns für die Einführung einer Europäischen Bedingungslosen Grunddividende ein. Eine solche Grunddividende ist der erste Schritt hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen. Sie wird jährlich ausgezahlt und erlaubt es allen Europäer:innen, vom Wohlstand unserer Gesellschaften zu profitieren.

Die Grunddividende wird aus einem Fonds ausgeschüttet, der sich aus Vermögenswerten, Steuern auf die Gewinne von Unternehmen sowie Einnahmen aus Patent- und anderen geistigen Schutzrechten, die auf öffentlicher Förderung basieren, zusammensetzt.

Universelles Lebenseinkommen
Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdevolles und freies Leben mit uneingeschränkter gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb wollen wir ein bedingungsloses, universell verfügbares Grund- bzw. Lebenseinkommen garantieren, das nicht an eine Gegenleistung gebunden ist und an jede:n Bürger:in ab 16 Jahren ausgezahlt wird. Ein Lebenseinkommen befreit die Menschen von der Tyrannei des Arbeitsmarktes, schafft die Erniedrigung beim Sozialamt ab und erlaubt den Menschen, eine ausbeuterische Anstellung abzulehnen. Diese Voraussetzungen sind essentiell für einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt und eine zivilisierte Gesellschaft ist. Ein universelles Lebenseinkommen sichert die soziokulturelle Teilhabe und erlaubt es Menschen, wichtigen Tätigkeiten außerhalb der Lohnarbeit nachzugehen. (Experimentieren in Kunst und

Kultur, Studium, sich um andere zu kümmern…). Das Lebenseinkommen ersetzt keine anderen Leistungen (Kindergeld, Krankenversicherung etc.), sondern ist nur eine Säule eines gerechten Sozialsystems. Die Höhe des Einkommens sollte oberhalb der nationalen Armutsrisikogrenze von 60 % des nationalen medianangemittelten Nettoäquivalenzeinkommens liegen, derzeit bei ca. 1.300 Euro.

Finanzsystem: Die Macht der Banken brechen

Statt das Gemeinwohl zu fördern, ist das heutige Finanzsystem vor allem Quelle von Instabilität und Unsicherheit für die Vielen und von Bereicherung für die Wenigen. Wir wollen es grundlegend reformieren. Im Kern steht dabei, unproduktive, spekulative Finanzprodukte zu verbieten und Banken spekulative Tätigkeiten zu untersagen. Banking muss wieder langweilig werden. Weil Banken durch die Vergabe von Krediten neues (Giral-)Geld in Umlauf bringen können, haben sie enorme wirtschaftliche Macht. Ihr Profitmotiv verhindert dabei häufig, dass sie diese Macht im Sinne des Gemeinwohls nutzen. Sie beteiligen sich an kreditgetriebenen Preisblasen und finanzieren außerdem Geschäfte und Vorhaben mit einer schlechten Gemeinwohlbilanz. Kurzfristig wollen wir deshalb die Kreditvergabe stärker an ökologische und soziale Kriterien binden. Parallel wollen wir öffentliche Banken stärken und ausbauen. Mittelfristig sollen öffentliche Banken, allen voran eine Europäische Volksbank, Kontoführung, Zahlungsabwicklung, Kreditvergabe, Immobilienfinanzierung und Möglichkeiten zum Sparen komplett übernehmen.

Die Europäische Volksbank etablieren

Um mögliche geldpolitische Maßnahmen wie etwa ein einmaliges Helikoptergeld, einen direkten Inflationsausgleich oder ein inflationsbereinigtes Sparkonto für den Ruhestand umzusetzen, ist die EZB heute auf den Umweg über Geschäftsbanken angewiesen. Wir wollen diese kostentreibenen Mittelsmänner umgehen und die demokratisch nicht legitimierte Macht großer Banken brechen, indem wir uns für die Einrichtung einer zu 100 % von den EU-Staaten getragenen Europäischen Volksbank einsetzen (praktisch implementierbar als Abzweigung der EZB). Die Volksbank erlaubt es den Bürger:innen, ihr Geldvermögen sicher sowie zins- und gebührenlos auf einem dispofreien Basiskonto zu verwahren. Als öffentlicher Wettbewerber in der Bankenbranche besitzt die Europäische Volksbank zunächst keine Berechtigung zur Kreditvergabe, sondern fungiert lediglich als Anbieter besagten Basiskontos. Das Fernziel der Europäischen Volksbank ist es wiederum, ihre Bilanz auf einen Großteil des europäischen Geldvermögens auszuweiten und den privaten Bankensektor letztendlich zu ersetzen.

Digitales Zentralbankgeld für den Privatgebrauch einführen

Während Banken und Staaten ihren Zahlungsverkehr hauptsächlich mit digitalem Zentralbankgeld – der elektronischen Form von Bargeld – abwickeln, müssen Europas Bürger:innen mit von Geschäftsbanken erzeugten Giral- bzw. Buchgeld vorlieb nehmen, wenn sie eine Überweisung tätigen oder eine digitale Zahlung empfangen. Buchgeld stellt ein bloßes Zahlungsversprechen der Bank an ihre Kundschaft dar und ist meist kaum von echtem Zentralbankgeld gedeckt. Wir möchten, dass digitales Zentralbankgeld in Form eines digitalen Euro auch für Europas Bürger:innen und Unternehmen nutzbar wird. Dies soll erreicht werden, indem die Einlagen aller natürlichen und juristischen Personen, die bei der Europäischen Volksbank ein Konto eröffnen, automatisch vom Buchgeld der Geschäftsbanken in digitale Euros der EZB konvertiert werden. In einer Übergangsphase, in der die Volksbank noch keine Kredite vergeben kann und Privatbanken deshalb noch neues Buchgeld schöpfen, darf das Zentralbankgeld, welches die Geschäftsbanken über Transaktionen mit der Europäischen Volksbank hinzugewinnen, nicht für die Ausweitung von

Buchgeld genutzt werden. Zahlungen mit digitalem Geld müssen weiterhin anonym, z.B. per Prepaid-Geldkarte, möglich sein.

Direkte Kreditvergabe durch öffentliche Förderbanken
Mittelfristig wollen wir die Vergabe von Krediten auch ohne private Banken als Mittler ermöglichen. Dafür sollen auch die Förderbanken Kapazitäten aufbauen, um Kredite intern zu prüfen und zu vergeben. Langfristig soll es auch der Europäischen Volksbank möglich sein, Kredite zu vergeben. Dadurch werden Kredite, die heute noch in der Form von Buchgeld vergeben werden, in Zukunft als digitales Zentralbankgeld gutgeschrieben.

Kriterien für Unternehmenskredite
Bankkredite für Unternehmen, die nicht vollständig durch Eigenkapital gedeckt sind, sollen mittels sozialer und ökologischer Kriterien gelenkt werden. Der Kriterienkatalog soll von einem in periodischen Abständen gelosten Bürger:innenrat erarbeitet sowie regelmäßig aktualisiert werden und verbindliche Zinsaufschläge und Ausschlusskriterien für Kredite definieren, welche die Kriterien nicht erfüllen.

Verantwortungsvolle Kreditvergabe garantieren
Um eine verantwortungsvolle Kreditvergabe zu gewährleisten, sollen vergebene Kredite nicht weiterverkauft werden dürfen, sondern in der Bilanz der Bank verbleiben müssen. Kauf und Verkauf von Kreditausfallversicherungen wollen wir untersagen. Finanzvermögenswerte wie zum Beispiel Aktien sollen aufgrund ihrer Volatilität nicht als Sicherheit akzeptiert werden dürfen.

Dispozinsen begrenzen
Die Dispozinsen sind in Deutschland zu hoch. Um Menschen vor Überschuldung zu schützen, wollen wir sie auf maximal zwei Prozentpunkte über dem Leitzins der Zentralbank deckeln.

Spekulationsgeschäfte für private Banken verbieten
Private Banken sollen sich nicht länger an spekulativen Geschäften beteiligen dürfen, sondern sich auf die Vergabe von Krediten konzentrieren. Der Handel mit Immobilien, Aktien oder Finanzprodukten wie Derivaten soll ihnen grundsätzlich untersagt werden.

Das (internationale) Bankwesen entflechten
Um Transparenz und Kontrolle zu gewährleisten, wollen wir Banken untersagen, Tochtergesellschaften oder im außereuropäischen Ausland agierende Niederlassungen zu gründen. Bestehende Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen sollen bis zu einem Stichtag in die Muttergesellschaft integriert oder vollständig abgespalten werden. Bei Zuwiderhandlungen soll der betreffenden Bank die Lizenz entzogen werden.

Eine Schuldenbremse für Banken
Um die Widerstandsfähigkeit von Banken zu verbessern und zu verhindern, dass sie systemrelevant („too big to fail“) werden, wollen wir die nicht risikogewichtete Eigenkapitalquote (Leverage Ratio) schrittweise auf mindestens 10 % erhöhen und die Aktiva der Banken begrenzen. Diese Regelung gilt vor allem für die Übergangsphase, in der die Europäische Volksbank die Kreditvergabe und Buchgeldschöpfung von Privatbanken noch nicht durch eine Kreditvergabe aus digitalem Zentralbankgeld ersetzt hat.

Schattenbanken besser regulieren
Finanzmarktakteure außerhalb des regulierten Bankensektors, sogenannte Schattenbanken, müssen besser reguliert werden. Fonds wollen wir die Vergabe und Aufnahme von Krediten untersagen. Garantierte

Rückkaufwerte für Wertpapiere wollen wir verbieten, da diese ein hohes Risiko für Anlegende, aber auch Arbeitnehmer:innen der betroffenen Firmen beinhalten. Außerdem erhöhen garantierte Rückaufwerte die Volatilität der gesamten Volkswirtschaft, ohne nennenswert das Gemeinwohl zu fördern.

Obergrenze für Blackrock & Co
Wir wollen die Marktmacht von Vermögensverwaltern wie Blackrock begrenzen, um Monopole und Interessenkonflikte zu verhindern und Wettbewerb zu ermöglichen. Deshalb wollen wir die Höhe verwalteter Vermögen pro Unternehmen begrenzen.

Vermögensverwaltern, die über dieser Grenze liegen, wollen wir den Zugang zu deutschen und europäischen Finanzmärkten untersagen.

Hochfrequenzhandel eindämmen
Zur Eindämmung von unproduktivem Hochfrequenzhandel und Spekulation an der Börse plädieren wir für die Einführung einer lückenlosen europaweiten Finanztransaktionssteuer von 0,5 % auf den Verkauf von Wertpapieren, die sich weniger als ein Jahr im Besitz des:der V erkäufer:in befinden.

Aktienmarkt zurückbauen
Da wir für eine demokratische Wirtschaft eintreten, in der die Mitarbeitenden eines Unternehmens die Entscheidungen in diesem Unternehmen treffen, wollen wir einen schrittweisen Rückbau des Aktienmarktes erreichen. Nicht Aktionäre und Spekulanten sollen die Entscheidungsmacht über die Arbeitsplätze und Leben der Menschen haben, sondern die Arbeiter:innen selbst. Langfristig soll der Aktienmarkt vollkommen abgeschafft werden.

Rohstoffspekulation verhindern
Wir wollen die Spekulation mit Rohstoffen verhindern. Um am Rohstoffhandel teilnehmen zu dürfen, soll deshalb jede:r Akteur:in nachweisen müssen, dass er:sie die notwendigen Lagerkapazitäten für die erworbenen Rohstoffe hat.

Digitale Gemeingüter: Öffentliche Angebote und offene Standards

Die Infrastruktur der digitalen Welt baut maßgeblich auf den Dienstleistungen privatwirtschaftlicher Anbieter auf und ist von ihnen abhängig. Sowohl die physische Hardware, in Form von Internetkabeln und -anschlüssen, Funkmasten, Cloud- und Rechenzentren, als auch ihre Softwarekomponenten, in Form von proprietären (herstellergebundenen), datenextrahierenden Applikationen und Programmen, sind größtenteils Werk und Eigentum von privaten IT-Unternehmen. Der Digitalmarkt mit seiner Eigenschaft, den in ihm partizipierenden Firmen hohe Fixkosten und niedrige Grenzkosten abzuverlangen, begünstigt die Herausbildung von Mono- und Oligopolen, mit negativen Auswirkungen auf Preisgestaltung und Privatsphäre.

Wir verstehen das Internet als Teil einer bedingungslosen bürgerlichen Grundversorgung. Das bedeutet, dass der Staat im Digitalmarkt aktiv sein muss. Unser Ziel ist es, allen Menschen ein konkurrenzfähiges öffentlich-rechtliches IT-Dienstleistungsangebot anzubieten.

Durch die Entwicklung offener Standards und Richtlinien für die Interoperabilität von Online-Diensten wollen wir außerdem sicherstellen, dass Bürger:innen maximale Kontrolle über ihre Daten haben und reibungslos zwischen digitalen Anbietern wechseln können.

Internet für alle bereitstellen

Deutschland ist das Land der Funklöcher. Sowohl bei der Mobilfunkabdeckung als auch bei der Datenrate schneidet Deutschland im europäischen und internationalen Vergleich miserabel ab, während Mobilfunkverträge unverhältnismäßig teuer sind. Die auf DSL-Technologie beruhenden Festnetz-Internetanschlüsse sind veraltet und überholt. Ländliche Gebiete werden oftmals nicht oder nur mangelhaft erreicht, weil sich die Lückenschließung für die privaten Netzbetreiber nicht rentieren würde.

Unser Ziel ist es deshalb, die bestehende Netzinfrastruktur in Deutschland zu vergesellschaften, um allen Bürger:innen, unabhängig von der Profitlogik der Privatwirtschaft, eine kostenfreie funkbasierte Breitband-Internet-Grundversorgung bis zu einer gewissen Datenrate zu garantieren. Wir werden ein massives staatliches Ausbauprogramm des Glasfasernetzes durchsetzen, um Haushalten und Unternehmen in Deutschland ein dem 21. Jahrhundert angemessenes Internetangebot gewährleisten zu können.

Das Ziel ist es, eine maximale Internetabdeckung in Deutschland zu erreichen. Um dieses Ziel zu erreichen, kann ein vielfältiger Ansatz verfolgt werden, bei dem die für eine bestimmte Region am besten geeignete Technologie eingesetzt wird. Der Einsatz der Technologie für eine Region kann durch eine Machbarkeitsstudie und die Prüfung der geeigneten Optionen bestimmt werden. Diese Machbarkeitsstudie sollte von der zuständigen Regierungsstelle durchgeführt und dann durch öffentliche Ausschreibung ein geeigneter europäischer Lieferant/Dienstleister für die Implementierung ausgewählt werden.

Digitale Gemeingüter schaffen

Etablierte IT-Unternehmen dominieren oftmals mit ihren Produkten den Digitalmarkt. Diese Vormachtstellung, sofern sie in einem bestimmten Bereich weitgehend konkurrenzlos bleibt, ist nicht nur aus wettbewerbstechnischen Gesichtspunkten problematisch, sondern erzeugt einen Network-Effekt, der es Nutzer:innen schwierig macht, auf einen entsprechenden Dienst zu verzichten. Dies lässt sich ändern, indem der Staat mit quelloffenen, eigenen öffentlichen Konkurrenzangeboten (Digital Commons) am Digitalmarkt als Dienstleister auftritt. Wir fordern öffentliche Alternativen im Bereich des Instant-Messaging, der Online-Shopping-Plattformen, der internetbasierten Videotelefonie, der Internet-Suchmaschinen, sowie der Cloud-Speicherung und Abrufung von Bild- und Videoinhalten.

Außerdem wollen wir auch lokale Startups aus Deutschland unterstützen, indem wir sie bei der Entwicklung und dem Angebot quelloffener digitaler Dienste finanziell fördern. Darüber hinaus werden wir einen "Digitalen Watchdog" einrichten, ein neutrales Gremium mit unter anderem Vertretern des öffentlichen Dienstes, der Wissenschaft, der Justiz, von NGOs sowie interessierten und betroffenen Bürger:innen, das die Neutralität und Unparteilichkeit dieser Startups kontrolliert.

Gemeinwohlförderliche Datenaggregation ermöglichen

Wir setzen uns dafür ein, dass allen Bürger:innen auf freiwilliger Opt-In-Basis ein kostenloses Daten-Kontingent in einem öffentlich betriebenen (und durch den im Abschnitt zuvor erwähnten neutralen Digitalen Watchdog geprüften) Cloud-Speicher (Data Commons) zur Verfügung gestellt wird. Die so gespeicherten Daten können von Lizenznehmer:innen und der öffentlichen Verwaltung in anonymisierter Form algorithmisch ausgewertet werden, um Management-Prozesse zu optimieren.

Standards für die Interaktion mit Webseiten etablieren
Wir wollen technische und rechtliche Standards etablieren, die bestimmte Qualitäten für die Interaktion mit Social Media Plattformen und anderen Webseiten garantieren. Klare Richtlinien sollen "Dark Patterns" wie das Verstecken von Kosten oder die unnötige Weitergabe von Nutzerdaten verhindern oder zumindest unattraktiv für Unternehmen machen. Nutzer müssen explizit einwilligen können, wie Daten behandelt werden dürfen. Unternehmen dürfen keinen "alles oder nichts" Ansatz verfolgen, indem sie wertvolle Leistungen nur dann verfügbar machen, wenn unattraktive, nicht essentielle Bedingungen ebenfalls akzeptiert werden.

Sichere Kommunikation zwischen Plattformen ermöglichen
Wir wollen die Interoperabilität von privaten Plattformen bzw. Online-Diensten fördern. Für eine:n Nutzer:in eines Messaging-Dienstes soll es beispielsweise möglich sein, eine Nachricht an eine:n Nutzer:in eines anderen Messaging-Dienstes zu senden, ähnlich wie das mit dem Senden einer SMS zwischen verschiedenen Telefonanbietern möglich ist. Wir werden mit den Anbietern solcher Dienste zusammenarbeiten, um technische Normen zu definieren, welche die Kommunikation zwischen Diensten verschiedener Unternehmen ermöglichen und gleichzeitig die Privatsphäre der Nutzer schützen.

Temporärer Zugriff auf persönliche Daten
Wir wollen, dass Nutzer:innen maximale Kontrolle über ihre persönlichen Daten haben. Nutzer sollen mit Online-Plattformen interagieren können, ohne ihnen ihre Daten dauerhaft zu überlassen. Das heißt, wenn ein Nutzer eine Plattform derzeit nicht oder generell nicht mehr nutzt, darf das Unternehmen die Daten nicht nutzen bzw. muss sie löschen. Die verbindliche Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist in diesem Zusammenhang elementar.

Persönliche Daten dezentral oder lokal speichern
Unternehmen dürfen Daten nur solange speichern wie nötig und müssen ansonsten eine Form von dezentraler Datenspeicherung unterstützen. Nutzer:innen soll es möglich sein, persönliche Daten lokal zu speichern, also auf ihrem Heimcomputer oder einem selbstgewählten Server. Dezentrale Speicherung kann auch mittels "Data Commons" erfolgen, also durch eine öffentlich zugängliche Datenbank. Diese Dezentralisierung wird Nutzer:innen erlauben, zwischen Plattformen zu wechseln, ohne ihre zuvor gespeicherten Daten zu verlieren.

IT-Hardware und -Software bedarfsorientiert bereitstellen
Zu Bildungszwecken und zur Ermöglichung kultureller Teilhabe und digitaler Behördengänge werden wir dafür sorgen, dass bedürftige Bürger:innen IT-bezogene Hardware wie Laptops, Bildschirme und Tablets, sowie Software wie Office-Tools, Antivirenprogramme, akademische Software und weiteres durch einfache zinslose Finanzierung und in besonderen Fällen kostenlos erhalten.

IT-Schulungen für Bürger:innen
Wir werden dafür sorgen, dass Bürger:innen Schulungen zu den wichtigen IT-Programmen erhalten, die für die Steigerung der Produktivität und das Wachstum im Beruf erforderlich sind. Dafür werden wir ein Online-Lernportal einrichten, auf dem diese Schulungen kostenlos angeboten werden und für die Bürger:innen leicht zugänglich sind.

Standard für Cybersicherheit
Wir werden dafür sorgen, dass der § 202c StGB "Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten" entsprechend novelliert wird, sodass Bürger:innen den Betreiber:innen von IT-Systemen Schwachstellen

melden können, ohne mit einer Strafverfolgung rechnen zu müssen. Dazu sollte eine zentrale Meldestelle eingerichtet werden, um diese offenen Sicherheitslücken zu dokumentieren und um andere IT-Systembetreiber:innen über diese Sicherheitsprobleme zu informieren.

Bildungspolitik: Jugend, die die Zukunft trägt

Bildung formt Menschen. Als wesentlicher Zweck dieses Prozesses werden oft Menschen verstanden, die in der Lage sind, sich im (Berufs)Leben zurechtzufinden und sich am (Arbeits-)Markt zu behaupten. Bildung kann und soll jedoch mehr erreichen: Menschen, die nicht bloß in der Welt bestehen, sondern willens wie fähig sind, sie aktiv mitzugestalten.

Menschen, die Zusammenhänge begreifen und der Wirklichkeit, deren Teil sie sind, mit intrinsischem Interesse begegnen. Bildung bedeutet die Vermittlung von Potenzial und Perspektiven sowie der Fähigkeit, diese vielfältig zu verwenden.

Dafür ist eine gerechte und diskriminierungsfreie Bildung unerlässlich. Wir wollen kontinuierlich prüfen, ob es Formen von Diskriminierung gibt, wie sich diese äußern und welche zielführenden Gegenmaßnahmen vorzuschlagen sind. Die Bedingung von Bildungserfolg durch gesellschaftliche Herkunftsfaktoren wollen wir minimieren. Entsprechend soll Bildungsgerechtigkeit in Schule, Bildungssystem und Gesellschaft proaktiv thematisiert werden. Inklusion wollen wir fördern und wo erforderlich ausbauen.

Darüber hinaus denken wir Bildung als lebenslanges Projekt, das nicht mit dem höchsten Abschluss endet. Sie sollte nicht nur auf Heranwachsende bezogen gedacht werden, sondern betrifft auch Erwachsene. Kontinuierlich muss geprüft werden, ob und warum Menschen ausgeschlossen bzw. "abgehängt" werden, wenn sie bestimmte Bildungsschwellen "verpasst" haben. Wir setzen uns deshalb ein für die Stärkung der Erwachsenenbildung und für die gesamtgesellschaftliche Förderung von Alphabetisierung und mathematisch-naturwissenschaftlicher Grundbildung.

Bildungsgrenzen und -gefälle wollen wir abbauen. Wir streben einheitliche Bildungsstandards und die flächendeckende Anerkennung von Abschlüssen an: innerhalb Deutschlands und perspektivisch europaweit. Bildung muss im globalen Austausch stattfinden, gemäß dem Leitgedanken "Lehren und Lernen voneinander lernen". Wir setzen uns dafür ein, bestehende Bildungsstrukturen unter diesen Gesichtspunkten kritisch zu evaluieren und neu zu gestalten. Anreiz und Ziel ist dabei, was die Dresdner Künstlergruppe Die Brücke wie folgt formuliert hat: Der „Glaube an die Entwicklung, an eine neue Generation der Schaffenden wie der Genießenden, (…) als Jugend, die die Zukunft trägt!"

Flächendeckendes Angebot an Ganztagsschulen

Wir wollen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsschulen (inkl. kostenfreier Verpflegung) schaffen, denn Kinder sollen die Möglichkeit haben, unabhängig von ihrer familiären Situation versorgt zu werden. Schulbildung muss allen offenstehen.

Bildungsforschung fördern

Die Bildungsforschung wollen wir aktiv vorantreiben, um innovative Ansätze und bewährte Praktiken, insbesondere aus alternativen Schulkonzepten, zu identifizieren und zu analysieren. Ziel ist es, sinnvolle Erkenntnisse aus diesen Konzepten in das Bestehende zu integrieren, um eine vielfältigere, gerechtere und inklusivere Bildung für alle zu gewährleisten.

Alternative Schulen und Lernformen
Wir unterstützen grundsätzlich die Förderung alternativer Schulformen, die innovative pädagogische Ansätze verfolgen. Dies darf jedoch nicht zur Entstehung von abgeschotteten Milieus führen, sondern muss sozial gerecht gestaltet werden. Kein Kind darf aufgrund finanzieller Hürden vom Zugang ausgeschlossen werden. Alternative Lernformen sollen in das Regelschulsystem integriert werden, damit alle Schüler:innen davon profitieren. Gleichzeitig müssen alternative Schulen angemessen reguliert werden, um den Grundsätzen einer demokratischen und inklusiven Bildung gerecht zu werden.

Kostenfreie Ausbildung
(Aus-)Bildung muss vollständig kostenfrei sein. Dies beinhaltet die Abschaffung des in manchen Ausbildungsberufen üblichen "Schulgelds". Die vorhandene öffentliche Bildungsfinanzierung und die staatlichen Unterstützungen auf Grundlage des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) wollen wir kritisch evaluieren und ggf. reformieren und/oder ausbauen, um allen Menschen Bildungschancen und die freie Wahl des Bildungsweges zu ermöglichen.

Erwachsenenbildung stärken
Vor allem im Kontext der Digitalisierung wollen wir Weiterbildungs- und Coachingprogramme für alle Altersgruppen ausbauen und einfach zugänglich machen. Als Basis des sogenannten "lebenslangen Lernens" setzen wir uns dafür ein, dass neue bzw. alternative Ansätze zur Förderung des selbstgesteuerten bzw. autonomen Lernens gefördert werden. Die Schulbildung wollen wir darauf ausrichten, neben Wissen und Kompetenzen auch die Fähigkeit zu deren späterem Erwerb zu vermitteln.

Bildungseinrichtungen europäisch vernetzen
Wir wollen die Vernetzung und den Austausch zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen und -strukturen fördern. Dies gilt innerhalb Deutschlands, auf europäischer Ebene und perspektivisch auch global. Bestehende Angebote wollen wir evaluieren und gegebenenfalls ausbauen oder neu denken.

Europäischen Austausch ausbauen
Wir setzen uns für ein universelles Erasmus-Programm ein, das nicht nur Universitäten, sondern auch Schulen, Ausbildungsstätten und andere Bildungseinrichtungen umfasst. Dies soll allen jungen Menschen den Zugang zu europäischem bzw. internationalem Austausch ermöglichen, unabhängig von ihrem Bildungsweg. Gleichzeitig streben wir eine Verbesserung des europäischen Youth Guarantee-Programms an. Mittels eines europäischen Lehrstellen-Abkommens und der Stärkung des europäischen Lehrkörpers (European Teaching Corps) wollen wir den europäischen Austausch von Lehrkräften fördern.

Ferner wollen wir den "Strukturierten Jugenddialog" (engage, connect, empower) weiterentwickeln. Im außerschulischen Kontext wollen wir regionale und überregionale Jugendverbände und Vereinsarbeit unterstützen. Ergänzend zum klassischen Schüleraustausch, der für alle unabhängig des Hintergrundes zugänglich gemacht werden muss, werden wir auch Fahrtenprogramme fördern, wie sie z.B. die Deutsch-Französische Gesellschaft und die Deutsche Kriegsgräberfürsorge anbieten.

Frühzeitige Selektion nach Leistung überdenken
Das derzeitige System frühzeitiger Selektion nach Leistung im Schulübergang wollen wir kritisch überdenken und gegebenenfalls reformieren. Die (soziale) Herkunft ist immer noch ein entscheidender Faktor dafür, welche Schulform ein Kind besucht. Insbesondere die Konzepte der (integrierten und kooperativen) Gesamtschule wollen wir daher intensiv untersuchen und fördern. Diese Konzepte ermöglichen es,

individuelle Förderung anzubieten, sodass sowohl förderbedürftige Schüler:innen als auch leistungsstarke Kinder bestmöglich begleitet werden.

Offene Bildung über Grenzen hinweg

Im 21. Jahrhundert gilt es, Bildungsföderalismus sowie nationale Präferenzen und Grenzen zu überwinden. Hierbei sollen individuelle Stärken des deutschen Bildungssystems mit Vorbildwirkung nach außen getragen werden, um parallel den Raum für eine ehrliche Fehlerkultur zu etablieren. "Nationaler Stolz" und Angst vor Veränderung sollen Innovation, Zusammenarbeit und kooperativem Lernen nicht im Wege stehen. Wir wollen eine starke, unabhängige, europäische Bildungsforschung und treten für eine Abschaffung des Kooperationsverbots ein. Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass Lehrmaterialien allen unter einer Creative Commons Lizenz zur Verfügung gestellt werden, um offene Bildung für alle unabhängig von Einkommensverhältnissen zu gewährleisten.

Anerkennung von Abschlüssen verbessern

Im Zuge der gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen setzen wir uns für eine ergebnisoffene und unvoreingenommene Untersuchung der realen Hürden ein. Diese soll nicht nur Unterschiede zwischen verschiedenen Bundesländern umfassen, sondern auch die künstliche Hierarchisierung von Abschlüssen, wie sie derzeit zwischen allgemeinbildenden und fach- bzw. berufsorientierten Bildungseinrichtungen stattfindet. Nicht zuletzt sollen so effektive Freizügigkeit und Fachkräfteaustausch vorangetrieben werden.

Bildungsinhalte globaler ausrichten

Bildung soll dazu beitragen, eine humanistische und internationalistische Perspektive zu fördern. Hierzu gehört neben der kritischen Auseinandersetzung mit historischem Wissen auch das Hinterfragen von historisch bedingten Vorurteilen und historisch gewachsenen Konzeptionen wie der Nation oder dem Geschlecht. Wir setzen uns dafür ein, im schulischen Geschichtsunterricht verstärkt kritische Perspektiven zu etablieren und beispielsweise gewachsene Machtstrukturen wie das Patriarchat, Imperialismus und Kolonialismus zu hinterfragen und historisch zu beleuchten. Es muss die Möglichkeit geben, sich mit regionaler und Familiengeschichte, gegebenenfalls auch kritisch, auseinanderzusetzen. Daneben muss auch eine globale Betrachtung der Geschichte stattfinden. Hierbei muss für die Bewertung historischer Wichtigkeit möglichst ein eurozentrisches Bias überwunden werden. So sollte beispielsweise neben der französischen Revolution auch die haitianische Revolution betrachtet werden. Besonders neuere und neueste Geschichte muss international beleuchtet werden, um Kontinuitäten in Imperialismus und Kolonialismus besser sichtbar zu machen.

Für eine lebendige Erinnerungskultur

Wir setzen uns dafür ein, dass deutsche Geschichte kritisch in Bildung, Forschung und Medien thematisiert und aufgearbeitet wird. Bildungs- und Forschungseinrichtungen sollen dementsprechend bei dieser Aufgabe, auch finanziell, unterstützt werden. Wir halten eine intensive und kritische geschichtswissenschaftliche wie auch gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung unter anderem mit den Themen des Kolonialismus, Imperialismus, dem deutschen Kaiserreich und dem Ersten Weltkrieg für notwendig. Besonderen Bedarf sehen wir bei der Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg, den Kriegsverbrechen der Wehrmacht und anderer deutscher paramilitärischer Gruppen, der Shoah, dem Samudaripen (Genozid an Rom:nja oder Sinti:zze) und der Verfolgung und Ermordung von LGBTQIA+, von politischen Gegnern, von Menschen mit Behinderung und anderen Minderheiten. Die Nachkriegsgeschichte beider deutscher Staaten muss betrachtet und kritisch hinterfragt werden, wobei der SED-Diktatur besonderes Interesse gelten muss. Gleichzeitig fordern wir allerdings auch eine kritische

Auseinandersetzung mit westdeutscher Nachkriegsgeschichte, insbesondere mit der Kontinuität des deutschen Faschismus.

Hin zu einem ganzheitlichen Bildungsverständnis

Bildung soll mehr vermitteln als nur Wissen: Lebenskompetenz. Wir wollen deshalb eine Diskussion des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Knowhow-Kanons gegenüber individualisierter Persönlichkeitsförderung vorantreiben. Wir denken, dass Schule und Bildung das breite Wissens- und Interessenspektrum Heranwachsender thematisieren, fördern und für den Unterricht bestmöglich nutzen sollte. Dabei wollen wir nicht direkt quantifizierbare Mehrwerte stärker in den Fokus rücken. Zahlreiche Studien belegen die Relevanz von Musik, Sport und dem Lesen von Belletristik auf Gesundheit, Resilienz, "Wohlbefinden", Kreativität und Medien- bzw. Nachrichtenkompetenz. Entsprechenden Faktoren wollen wir mehr Gewicht beimessen.

Im Schulsystem sollte die Förderung individueller Fähigkeiten und Ressourcen auch mit einer Abkehr von ausschließlich objektivierbaren Bewertungsmaßstäben einhergehen. Ergänzend treten wir für Praxisnähe und exploratives Lernen ein.

Entsprechende Ansätze können eine praktischere Lehrer:innenbildung und fächerübergreifendes Lernen sein. Neben arbeitsmarktorientierter Expertise, wie sie von bestehenden Schulfächern abgebildet wird, sollten hand-, und heimwerkliche Fertigkeiten oder andere Fähigkeiten zur Alltagsbewältigung als Bildungsaufgaben wahrgenommen werden und in schulischen wie außerschulischen Lernorten Berücksichtigung finden. Hinzu kommen Fähigkeiten wie kritische Selbsteinschätzung, Zeitmanagement und Sinnfindung. Themen wie Glück, Nachhaltigkeit und Medienkompetenz als Schulfächer wollen wir diskutieren und einführen.

Die sich fortwährend verändernden Lebensgefüge des 21. Jahrhunderts erfordern ein Bildungssystem, das flexibel auf diese Veränderungen reagieren kann - und flexibel anwendbare Kompetenzen vermittelt. Zur Befähigung zu Design Thinking, projektbezogenem Denken, selbständiger Zielsetzung oder weiteren noch nicht abzusehenden Anforderungen, ist eine breit gefächerte Persönlichkeitsentwicklung unerlässlich. Individuelle Flexibilität wird hier explizit nicht im liberalen Sinne steter beruflicher Neuorientierung verstanden, sondern eher wie Francisco Ferrer sein Ideal ausdrückt: "Wir wollen Menschen schaffen, deren größte Stärke ihre geistige Unabhängigkeit ist; Die sich nichts und niemandem unterwerfen und fähig sind, das Gute zu erkennen; Die danach streben, tausend Leben in einem einzigen zu leben."

Gesellschaft und Schule gemeinsam denken

Bildung ist eine zentrale Aufgabe von Gesellschaft. Schule ist eine wichtige Institution der Bildung. Wir wollen die Wechselwirkungen von Gesellschaft und Bildung insgesamt thematisieren, erforschen und stetig zeitgenössisch weiterentwickeln. Wir wollen außerschulische Lernorte etablieren und erhalten: Schwimmbäder, Bibliotheken und Vereine z.B. sind unerlässlich. (Kommunale) Infrastruktur und Bildung sind eng verflochten. Erstere auszubauen bedeutet, letztere zu fördern.

Medien sind Bildungsmittel

Gesamtgesellschaftlich haben Medien neben Schulen den größten gesellschaftlichen Einfluss auf Aneignungsprozesse von Wissen und auf die Etablierung von Haltungen und Einstellungen. Wir treten dafür ein, Forscher:innen und Pädagog:innen mehr medialen Raum zur Darstellung relevanter Inhalte einzuräumen und öffentlich-rechtliche Kanäle nicht nur journalistischen, sondern auch bildungspolitischen Standards zu

unterwerfen. Zugleich soll die Unabhängigkeit von Bildungsakteuren gestärkt werden, konkret etwa diejenige der Bundeszentrale für politische Bildung.

Vielfältige Wirtschaftstheorien in Universitäten
In den meisten Universitäten wird nur eine sehr unvollständige und in Teilen nicht korrekte Sicht auf die Wirtschaftswissenschaften gelehrt. Wir setzen uns für eine grundsätzliche Reformierung der VWL-Studiengänge ein. Studierende sollen die ganze Vielfalt der Wirtschaftstheorien kennenlernen, einschließlich Ansätzen wie der Modern Monetary Theory (MMT), und die Geschichte der Wirtschaftswissenschaft verstehen und kritisch reflektieren lernen.

Bessere Inklusion gewährleisten
Um Kindern und Menschen, die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen, eine bessere Integration in den Schulalltag zu ermöglichen, wollen wir den Zwang beenden, diese Kinder schnellstmöglich in den Lehrplan zu integrieren. Stattdessen wollen wir den Blick auf individuelle Schwierigkeiten und Fortschritte legen. Dafür wollen wir mehr Sonder- und Fachpädagog:innen ausbilden.

Kultur & Kunst: Für mehr Freiheitsräume

Kultur & Kunst bilden als selbstreflexive menschliche Praxis ein Grundbedürfnis und sind für eine offene demokratische Gesellschaft unverzichtbar. Sie bieten die Sphäre, in der die geistige Nahrung bereitet wird, die kritischem, visionärem, gegenwarts- und zukunftsbezogenem Denken einen einzigartigen Raum bieten. Wir wollen deshalb die Ausübung unterstützen und den Zugang zu Kultur und Kunst erleichtern.

Wir setzen uns ein für vielfaltskulturelle Räume, die zugleich Freiheitsräume sind, deren Ränder als ein fließender Übergang von einem zum nächsten aufgefasst werden, welche nicht bloß trennen, sondern als spannungsgeladene Zwischenräume vor allem verbinden. Sie sind komplex ineinander verwoben, erfüllt von einer Lebendigkeit, die in allen erdenklichen künstlerischen Ausdrucksformen zum Tragen kommt, welche auf diese Weise erheblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und einem friedlichen Miteinander beitragen.

Kultur für alle
Kultur und Kunst müssen für alle gesellschaftlichen Gruppen unabhängig von sozialem, ökonomischem oder geografischem Hintergrund zugänglich sein. Wir fordern die Abschaffung finanzieller Barrieren durch kostenfreie oder stark subventionierte Angebote in Museen, Theatern und Kulturzentren. Kunst soll an allen Orten der Gesellschaft zugänglich gemacht werden: auf öffentlichen Plätzen, in Schulen, Jugendzentren und digitalen Räumen.

Musische Bildung unterstützen
Wir wollen musische Bildung an allgemeinbildenden Schulen sicherstellen und verbindlich im Fächerkanon verankern. Kunst- und Musikschulen wollen wir finanziell besser ausstatten. Durch umfassende Förderprojekte wollen wir sicherstellen, dass musische Bildung allen offensteht.

Förderung ganzheitlich ausbauen
Wir treten – im Zusammenhang musischer Bildung und darüber hinaus – explizit für ein ganzheitliches Verständnis von Kunst und Kultur ein, das nicht nur objektiv bewertbare bzw. niedrigschwellig konsumier- und verwertbare Kunst- und Ausdrucksformen umfasst. Dementsprechend wollen wir Musik, Theater und

Schauspiel, Malerei, Tanz, Bildhauerei und Bildbearbeitung, Schriftstellerei, Poesie, Performance, Installation, (Video)Spieleentwicklung, Film und Fotografie in den verschiedensten Formen in stärkerem Umfang anerkennen und fördern. Die Förderung, die sich an qualitativen, keinesfalls aber an inhaltlichen Vorgaben orientiert, soll neutral und bedingungslos und in jedem Fall ohne Eingriff in die Freiheit der Künste erfolgen.

Kultureller Austausch in gegenseitigem Respekt
Eine Auswärtige Kulturpolitik oder gar einen kulturellen Imperialismus lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir einen Kulturaustausch in gegenseitigem Respekt fördern, der dem Frieden und der Freiheit aller Menschen dient. Dabei unterstützen wir insbesondere Übersetzungen kultureller Werke, um sie mehr Menschen zugänglich zu machen.

Strukturelle Diskriminierung bekämpfen
Wir wollen Gruppen, die in Kunst und Kultur strukturell benachteiligt werden, besonders fördern. Mittels einer Quote wollen wir sicherstellen, dass Führungspositionen in Kunst- und Kulturinstitutionen ausgeglichen besetzt werden. Sexueller und anderer Diskriminierung wollen wir mit Sensibilisierungsmaßnahmen begegnen.

Kultureinrichtungen demokratisieren
Wir stehen vor der riesigen Aufgabe und Herausforderung, die Demokratisierung wichtiger Lebensbereiche voranzutreiben. Kunst- und Kulturschaffende können diesen Weg vorangehen. Wir wollen Entscheidungsprozesse in Kultureinrichtungen in Bereichen wie der Kuration oder dem Budget partizipativer gestalten, um die Bürger:innen in das Tagesgeschäft dieser Einrichtungen einzubeziehen. Wir setzen uns für die Förderung von selbstorganisierten Kunstkollektiven und unabhängigen Künstler:innen ein und wollen Einrichtungen, die sich mittels kollektiver demokratischer Prinzipien organisieren, zusätzlich finanziell unterstützen.

Ausbeutung beenden
Wir wollen die (selbst-)ausbeuterischen Verhältnisse in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Gehalt beenden. Dafür wollen wir die Mittel für Kunst- und Kultur deutlich erhöhen und Arbeitsbedingungen besser kontrollieren. Allen Kunst- und Kulturschaffenden, auch ohne institutionelle Anbindung, wollen wir den Zugang zu den Sozialsystemen garantieren.

Kunst in öffentliche Bestände
Wir betrachten Kunst als Gemeingut und sehen den exklusiven Privatbesitz kritisch. Wo möglich, wollen wir Kunst deshalb in öffentliche Bestände aufnehmen, mit dem Ziel, sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Koloniale Raubgüter zurückgeben
Koloniale Raubgüter wollen wir vollständig zurückführen. Damit wollen wir die Entziehung geistigen, kulturellen, religiösen und spirituellen Eigentums, das den Ursprungsländern entnommen wurde, rückgängig machen. Es besteht ein Anspruch auf die Rückführung der geraubten Kunstobjekte, die in knapp 500 Jahren ständigem, gewaltvollen Kolonialismus entwendet wurden.

Regionale Identität und kulturelle Vielfalt global verbinden
Regionale Identität und kulturelle Vielfalt sind zentrale Bestandteile eines demokratischen Miteinanders. Wir wollen regionale Kulturen schützen und fördern, ohne in nationalistische Abschottung zu verfallen. Dazu setzen wir uns für die Stärkung regionaler Kunst- und Kulturinitiativen ein, die lokale Traditionen,

Sprachen und künstlerische Ausdrucksformen bewahren und gleichzeitig offen für den Austausch mit anderen Kulturen sind. So wird regionale Kultur zu einem aktiven Bestandteil des globalen Austausches, ohne dass nationale Grenzen als Hindernisse empfunden werden.

Europäische Kunst- und Kulturförderung ausbauen Wir wollen Grenzen überwindende Kunst- und Kulturprojekte wie das Kulturelle-Hauptstadt-Programm der EU und die nomadische Biennale Manifesta in und außerhalb von Europa fördern und ausbauen. Wir betrachten verstärkten kulturellen Austausch als einen Weg um eine globale Kultur des Friedens zu entwickeln.

Medien: Für eine demokratische und vielfältige Berichterstattung

Freie und unabhängige Medien sind eine essenzielle Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Sie tragen maßgeblich zur öffentlichen Meinungsbildung bei, schaffen Transparenz und sind entscheidend für die Kontrolle der Macht. Doch immer stärker werden Medien von wirtschaftlichen Interessen und Konzernstrukturen geprägt, was zu einer Verzerrung der Berichterstattung führt. Wir setzen uns für eine radikale Demokratisierung der Medienlandschaft ein, um Meinungsvielfalt, Unabhängigkeit und eine gerechte Berichterstattung zu gewährleisten.

Medienvielfalt und Unabhängigkeit stärken
Um eine monopolartige Konzentration von Medien in den Händen weniger Konzerne zu verhindern, fordern wir klare Regeln zur Entflechtung von Medienbesitz und für eine größere Vielfalt in der Medienlandschaft. Die bestehende Mediendatenbank der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) wollen wir weiter ausbauen. Medienkonzerne dürfen nicht die öffentliche Meinungsbildung dominieren. Stattdessen wollen wir kleinere und unabhängige Medien stärker fördern, die sich den Werten von Demokratie und sozialem Zusammenhalt verpflichtet fühlen.

Faire Arbeitsbedingungen in den Medien
Wir fordern faire und stabile Arbeitsbedingungen für alle Medienschaffenden. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Ausbeutung von freien Journalist:innen müssen ein Ende haben. Alle Beschäftigten im Medienbereich sollen Zugang zu den Sozialsystemen erhalten und angemessen entlohnt werden, um qualitativ hochwertigen und unabhängigen Journalismus zu gewährleisten.

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein zentraler Pfeiler unserer demokratischen Gesellschaft und muss unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen agieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rundfunkräte sowie die Programme und Formate des öffentlich-rechtlichen Rundfunks direkt von der Bevölkerung gewählt werden. Dadurch wird eine stärkere demokratische Teilhabe sichergestellt und die Vielfalt der Gesellschaft in den Medien besser abgebildet.

Programme, die durch Werbung, Unternehmensspenden oder erhebliche Einzelspenden finanziert werden, sowie solche, die wiederholt nachweislich Falschinformationen verbreiten und nicht richtigstellen, gewaltsame Ziele verfolgen oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit propagieren, sollen aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgeschlossen werden.

Sämtliche ausschließlich öffentlich-rechtlich finanzierten Beiträge müssen dauerhaft und ohne Geoblocking unter einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht werden, damit sie für alle zugänglich sind. Darüber hinaus wollen wir Formate schaffen, in denen alle gewählten Medien und Formate ein Mitspracherecht erhalten, insbesondere im Bereich der Nachrichtenformate. Dies sichert die Pluralität der Meinungen und stärkt die Unabhängigkeit des Rundfunks von einseitiger Beeinflussung.

Medien als Gemeingut
Wir sehen Medien als Gemeingut, das im Dienst der Gesellschaft stehen muss. Um Wissen und Informationen für alle zugänglich zu machen, wollen wir sicherstellen, dass Medieninhalte, die neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit öffentlichen Geldern finanziert werden, unter freien Lizenzen veröffentlicht werden. Damit fördern wir einen freien Zugang zu Informationen und verhindern die Privatisierung von Wissen.

Gegen Hass und Desinformation
Wir treten entschieden gegen die Verbreitung von Falschinformationen, Hass und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Medien ein. Medien, die systematisch Desinformationen verbreiten oder tendenziös und einseitig berichten, etwa durch die unverhältnismäßige Darstellung komplexer Konflikte und Geschehnisse, müssen stärker reguliert und gegebenenfalls sanktioniert werden. Gleichzeitig setzen wir auf Medienkompetenzbildung, um die kritische Bewertung von Informationen zu stärken.

5. Demokratie: Ein Mensch, eine Stimme

Worum geht es?
In diesem Kapitel geht es um Demokratie. Wir wollen, dass Menschen frei und ohne Zwänge zusammenleben können. Voraussetzung dafür ist, dass jeder Mensch über die Belange, die ihn oder sie betreffen, mitentscheiden darf. Dabei muss jede Stimme gleich viel zählen.

Warum ist das wichtig?
Weltweit gibt es eine neofeudale Entwicklung – auch in Deutschland und Europa. Wenige Menschen kontrollieren einen Großteil des Kapitals. Mit ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Macht, angetrieben durch den technologischen Fortschritt, setzen sie ihre eigenen Regeln. Wir kämpfen gegen diese Entwicklung. Unser Ziel: Ein Mensch, eine Stimme.

Wie soll das gehen?
Indem wir Unternehmen demokratisieren, extreme Ungleichheit abbauen, Selbstbestimmung auch im digitalen Raum schützen, Mono- und Oligopole verhindern und Lobbyismus bekämpfen.

Unsere wichtigsten Ziele:

- Rückgekaufte Aktien demokratisieren
- Gründung von Betriebsräten erleichtern
- Extreme Vermögen abbauen
- Dem Recht auf die eigenen Daten Verfassungsrang geben
- Das Kartellrecht stärken
- Bezahlte Nebentätigkeiten für Abgeordnete verbieten
- Sicherer Hafen für Journalist:innen und Whistleblower:innen

Eigentum & Mitbestimmung: Demokratie statt Oligarchie

Unsere Vision ist eine Welt, in der Menschen frei und ohne Zwänge zusammenleben. Um dieser Vision näher zu kommen, wollen wir Unternehmen und Konzerne langfristig demokratisieren. "Ein Mensch, eine Stimme" muss auch in der Arbeitswelt gelten.

Das gilt insbesondere für börsennotierte Unternehmen. Nicht Aktionäre schaffen Werte, sondern die Mitarbeiter:innen eines Unternehmens. Es sollten deshalb die Mitarbeiter:innen sein, die wesentliche Entscheidungen treffen, zum Beispiel die Wahl der Geschäftsführung, die Verteilung der Mittel und andere Grundsatzentscheidungen, die die Zukunft der Mitarbeiter:innen und des Unternehmens betreffen.

Das sogenannte Verantwortungseigentum betrachten wir als einen Schritt in die richtige Richtung, welcher aber mit einer internen Demokratisierung des Unternehmens einhergehen muss. Stimmrechte und Entscheidungsmacht dürfen nicht bei einer einzelnen Person liegen, sondern müssen gleich unter allen Mitarbeiter:innen verteilt sein.

Kleine und mittelständische Unternehmen wollen wir zur demokratischen Transformation ermutigen, sie dabei begleiten und unterstützen. Langfristig sollen demokratische Unternehmen zum verbindlichen Standard werden.

Rückgekaufte Aktien demokratisieren
Große Unternehmen und Konzerne kaufen ihre eigenen Aktien zurück, um Kurse und Managementboni nach oben zu treiben. Wir wollen gemeinsam mit Gewerkschaften daran arbeiten, dass Aktien, die rückgekauft werden, an einen demokratisch verwalteten Eigentumsfonds für Mitarbeiter:innen übertragen werden. Bereits rückgekaufte eigene Aktien (Non-retired treasury shares) sollen ebenfalls an den Eigentumsfonds gehen.

Aktienvorkaufsrecht für Eigentumsfonds
Um die Demokratisierung von Unternehmen voranzutreiben, wollen wir ein Aktienvorkaufsrecht für durch Mitarbeiter:innen demokratisch verwaltete Eigentumsfonds einführen. Wird eine Aktie unter Dritten gehandelt, so soll der Fonds das Recht erhalten, die Aktie zum gleichen Preis bevorzugt zu erwerben. Wir setzen uns dafür ein, dass derartige Initiativen mit Fördermitteln und Krediten unterstützt werden. Zusätzlich wollen wir gesetzliche Voraussetzungen für die Enteignung von Aktionären zum Zwecke der Demokratisierung von Unternehmen schaffen.

Staatliche Förderung an Bedingungen knüpfen
Wir wollen die staatliche Förderung großer Unternehmen und Konzerne, etwa durch günstige Kredite, Subventionen oder Direktinvestitionen, an Bedingungen knüpfen. Unternehmen, die gefördert werden wollen, sollen im Gegenzug Unternehmensanteile beziehungsweise Aktien an einen demokratisch verwalteten Eigentumsfonds aller Mitarbeiter:innen übertragen müssen.

Gründung von Betriebsräten erleichtern
Wir wollen die Gründung von Betriebsräten erleichtern und Initiator:innen besser vor Kündigungen schützen. Deshalb wollen wir den Kündigungsschutz für Beschäftigte, die einen Betriebsrat gründen wollen oder kandidieren, stärken. Die Be- oder Verhinderung von Gründungen soll ein Straftatbestand werden, der von Schwerpunktstaatsanwaltschaften von Amts wegen verfolgt werden muss (Offizialdelikt). Dies schließt auch die Praxis sogenannter von der Geschäftsführung einberufener "Captive Audience Meetings"

(Zwangsversammlungen) ein. Unternehmen ohne Betriebsrat wollen wir verpflichten, jährlich ihre Beschäftigten geheim und in Abwesenheit des Arbeitgebers über die Gründung eines Betriebsrates abstimmen zu lassen.

Übernahmerecht für Mitarbeiter:innen bei Werksschließungen
Wenn ein Werk geschlossen wird, werden immer wieder Werksgelände, Gebäude und Maschinen verkauft und die Mitarbeiter:innen entlassen. Wir wollen Beschäftigten die Option bieten, die Produktionsmittel des Betriebs zu übernehmen und genossenschaftlich weiter zu betreiben. Voraussetzung soll ein tragfähiger Geschäftsplan sein. Über die KfW und die Landesbanken wollen wir diese mutigen Neuanfänge mit günstigen Krediten unterstützen.

Die Plattformökonomie kommunalisieren
Mittels eines Förderfonds und einer Agentur für Kommunale Plattformökonomie wollen wir Kommunen befähigen, Kopien von Plattformen wie Uber, AirBNB oder Deliveroo zu entwickeln und zu betreiben. Die Vorstände solcher Plattformen sollen aus gewählten Vertreter:innen der Kommune sowie gewählten Vertreter:innen der Menschen bestehen, die über die Plattform ihre Dienstleistung anbieten. Internationale, profitgetriebene Plattformen lehnen wir ab und unterstützen kommunale Regulierungen und Verbote.

Daseinsvorsorge und wichtige Infrastruktur in öffentlicher Hand
Bereiche, die zur Entstehung von natürlichen Monopolen neigen (das heißt Unternehmen mit hohen Fixkosten und niedrigen Grenzkosten) sowie Bereiche, die für die Gewährleistung eines würdigen und partizipativen Lebens essentiell sind, sollten grundsätzlich in staatlicher, kommunaler oder im Einzelfall genossenschaftlicher Hand liegen, um gleichen und gerechten Zugang sowie demokratische Kontrolle zu garantieren. Insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Verkehr, Wasser, Entsorgung, Energie und Kommunikation unterstützen wir Kommunalisierungen beziehungsweise Vergesellschaftungen.

Steuern: Extreme Vermögenskonzentration bekämpfen

Steuern sind wichtig, um Konsum zu lenken, extreme Ungleichheit abzubauen und Inflation zu bekämpfen. Für die Finanzierung von Staatsausgaben in Staaten mit Währungssouveränität werden sie, wie im Kapitel zu Staatsausgaben beschrieben, nicht benötigt.

Die konsumlenkende Wirkung von Steuern wollen wir insbesondere nutzen, um das Klima, Ökosysteme und die Gesundheit zu schützen. Haushalte mit niedrigem Einkommen dürfen dabei nicht disproportional getroffen werden.

Darüber hinaus wollen wir Steuern nutzen, um die extreme Vermögensungleichheit in Deutschland stark zu begrenzen und abzubauen. Jede:r Milliardär:in ist ein Politikversagen. Milliardär:innen und Multimillionär:innen spiegeln ein System, indem die Leistung und Produktivität der Vielen nicht gerecht entlohnt und verteilt wird, sondern in die Taschen von Wenigen fließt. Faktisch entstehen damit Machtgefälle und Abhängigkeitsverhältnisse, die wir ablehnen.

Die extreme Konzentration von Vermögen halten wir für undemokratisch und demokratiegefährdend, weil mit der Größe eines Vermögens die Möglichkeiten politischer und öffentlicher Einflussnahme massiv steigen, etwa durch Spenden an Parteien, Kommunen oder Universitäten, Medienbesitz, bezahlte Verbands-, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, oder finanziellen Möglichkeiten beim Beschreiten des

Rechtsweges zur Durchsetzung von Eigeninteressen. Vermögende haben einen ungleich größeren Einfluss auf die öffentliche Meinung als Nichtvermögende und wirken in Teilen ideologiebestimmend. Wir wollen die Demokratie schützen, indem wir Vermögensungleichheit stark begrenzen und abbauen.

Wachsende Vermögensungleichheit stoppen

Sehr große Vermögen dürfen nicht weiter wachsen. Wir befürworten deshalb einen Steuersatz von 100 % auf jegliches Einkommen ab einem privaten Vermögen von zehn Millionen Euro. Betriebsvermögen und bis zu drei privat genutzte Immobilien (oder alternativ bei weniger als drei Immobilien weitere Vermögenswerte von einer Million Euro pro nicht vorhandener Immobilie) sollen nicht in die Vermögensberechnung mit einbezogen werden, Bankguthaben und Bargeld, Wertpapiere, zusätzliche Immobilien sowie wertvolle Fahrzeuge, Grundstücke, Luxus- und Kunstgegenstände ab einem Verkehrswert von 50.000 Euro dagegen schon. Bei gemeinsam verwalteten Vermögen von Lebensgemeinschaften soll die doppelte Obergrenze, also zwanzig Millionen Euro, gelten. Es soll nicht als gemeinsames Vermögen betrachtet werden, sondern so berechnet werden, wie es nach einer Scheidung zwischen beiden verteilt wäre.

Extreme Vermögen abbauen

Die extreme Vermögensungleichheit muss abgebaut werden. Sehr große Vermögen wollen wir deshalb progressiv besteuern: Mit 1 % pro Jahr bei Vermögen über 10 Millionen Euro, 3 % ab 50 Millionen, 5 % ab 200 Millionen und 10 % ab 500 Millionen Euro Vermögen. Betriebsvermögen und bis zu zwei privat genutzte Immobilien (oder alternativ bei weniger als drei Immobilien weitere Vermögenswerte von einer Million Euro pro nicht vorhandener Immobilie) sollen nicht in die Vermögensberechnung mit einbezogen werden, darüber hinausgehendes Bankguthaben und Bargeld, Wertpapiere, zusätzliche Immobilien sowie Sachgüter wie Fahrzeuge, Luxus- und Kunstgegenstände ab einem Verkehrswert von 50.000 Euro dagegen schon.

Keine Steuern auf Erbschaften unter 500.000 Euro & Erbschaftsobergrenze

Erbschaften, die unter 500.000 Euro pro Erb:in liegen, wollen wir vollständig von der Erbschaftssteuer befreien; gleichzeitig stellen diese 500.000 Euro eine Erbschaftsobergrenze dar, die jedoch großzügige Ausnahmen beinhaltet. So soll für Verwitwete das Vermögen der verstorbenen Partner:in vollständig und steuerfrei erbbar sein. Außerdem sind Sachgüter wie Immobilien, Fahrzeuge, Grundstücke, sowie Luxus- und Kunstgegenstände, die durch die:den Erb:in nicht verkauft werden, steuerfrei und werden bei der Vermögensberechnung nur mit 5 % ihres Wertes beachtet. Werden sie jedoch verkauft, soll, nachdem die Erbschaftsobergrenze von 500.000 Euro pro Erb:in erreicht wurde, eine Abgabe von 95 % des Verkaufspreises fällig werden. Über die Obergrenze hinausgehendes Bankguthaben, Bargeld oder Wertpapiere sollen nicht vererbbar sein. Betriebsvermögen des Toten soll demokratisiert, das heißt in die Hand der Mitarbeitenden des Betriebs gelegt werden. Veröffentlichtes geistiges Eigentum soll gemeinfrei werden. Damit die Erbschaftsobergrenze nicht durch mehrere Erbschaften oder Schenkungen aufgeweicht wird, wollen wir die Gesamtsumme betrachten, das heißt, auch frühere Erbschaften und Schenkungen einbeziehen.

Konsumsteuern sind kein Alleinzweck

Die Steuerungswirkung von Konsumsteuern als Einzelmaßnahme ist nicht effektiv. Konsumsteuern müssen immer als Teil eines Maßnahmenpakets aus Verboten, Regulierungen, Subventionierung von Alternativen und Aufklärungskampagnen gedacht werden. Antiquierte Konsumsteuern, deren Lenkungswirkung eindeutig verfehlt wird, wie die Kaffeesteuer oder die (Eintritts-)Kartensteuer, sollen restlos gestrichen werden. Unternehmen müssen rechtsverbindlich und mithilfe öffentlicher Informationskampagnen dazu gebracht werden, die Kosteneinsparung in Voll an die Verbraucher:innen weiterzugeben. Falls dies nicht

geschieht, müssen strafrechtliche Maßnahmen ergriffen werden können. Der Bund muss Ländern und Kommunen Einnahmen, die aus diesen Steuern anderweitig zu erwarten wären, vollumfänglich erstatten.

Grunderwerbsteuer auf Eigenbedarf abschaffen
Die Grunderwerbsteuer erschwert den Bau von neuem, dringend benötigtem Wohnraum. Für gemeinnützigen sowie genossenschaftlichen Wohnungsbau oder anderweitigen Wohnungsbau zur nicht-profitorientierten Nutzung muss die Steuer deshalb gestrichen werden. Auch Käufer:innen eines Hauses zur Eigennutzung sollen in Teilen von der Steuer befreit werden, insofern es sich nicht um einen Ballungsraum handelt.

Die Länder müssen für den Wegfall der Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer vom Bund voll kompensiert werden.

Das Gemeinnützigkeitsrecht reformieren
Um die politische Macht von einzelnen Großspender:innen einzuschränken und die Philanthropie zu demokratisieren, wollen wir das Gemeinnützigkeitsrecht grundsätzlich reformieren. Jede:r Bürger:in soll ein jährliches Spendenbudget von 200 Euro erhalten, welches ausschließlich an nicht gewinnorientierte Organisationen gespendet werden kann. Für die empfangenden Organisationen sind diese Spenden steuerfrei. Alle weiteren Spenden wollen wir in Höhe der normalen Unternehmenssteuersätzen besteuern. Für Spender:innen sollen Spenden oberhalb des jährlichen Spendenbudgets nicht länger von der Steuer absetzbar sein.

Finanzmarktaktivitäten gerecht besteuern
Zinsen, Dividenden und andere Kapitalerträge, sowie Gewinnmargen beim Verkauf von Aktien und sonstigen Wertpapieren, sollen mit dem restlichen monatlichen Einkommen einer Person verrechnet werden und der normalen Einkommensbesteuerung unterliegen. Eine separate (niedrigere) Besteuerung von Kapitalerträgen, wie mit der Kapitalertragssteuer der Fall, lehnen wir ab.

Lobbyismus: Offenlegen und bekämpfen

Jede Demokratie muss auf dem Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme“ basieren. Die ausufernde Einflussnahme der deutschen, europäischen und globalen Oligarchie und ihrer Lobbyist:innen wollen wir offenlegen und bekämpfen. Wir verlangen eine strikte und effiziente Korruptionsbekämpfung in den EU-Institutionen. Lobbyisten von Konzernen gehören aus den Parlamentsvorhallen und den Abgeordnetenbüros verbannt. Sie müssen aus Brüssel vertrieben werden.

Bezahlte Nebentätigkeiten verbieten
Abgeordnete:r zu sein ist ein Vollzeitjob. Deswegen wollen wir jegliche bezahlten Nebentätigkeiten wie Vorträge oder Beratungsmandate für Parlamentarier:innen in Vollzeitparlamenten verbieten. Einkünfte aus anderen Quellen (zum Beispiel aus Mietverträgen) sollen unmittelbar und vollständig dem entsprechenden Parlament gemeldet und veröffentlicht werden müssen.

Privilegien für Parlamentarier:innen abbauen
Ausufernde Privilegien für Parlamentarier:innen führen dazu, dass Abgeordnete den Bezug zur durchschnittlichen Bevölkerung verlieren und Machterhalt wichtiger wird als die politische Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit. Wir wollen deshalb die Privilegien für Abgeordnete stark abbauen. Diäten müssen sich

an Durchschnittsgehältern orientieren. Das Übergangsgeld sollte auf drei Monate begrenzt werden. Sozialversicherungsbeiträge sollen wie in einem normalen Arbeitsverhältnis fällig werden. Zudem wollen wir die Parlamentarier:innen dazu verpflichten, ihre Einkommens- und Vermögenssituation einmal pro Jahr offenzulegen, so wie es beispielsweise in Griechenland der Fall ist.

Obergrenze für Parteispenden
Um sicherzustellen, dass vermögende Menschen nicht mittels Parteispenden Einfluss kaufen können, wollen wir Spenden an Parteien auf maximal 10.000 Euro pro Person und Jahr deckeln. Alle Spenden ab 1.000 Euro sollen unmittelbar veröffentlichungspflichtig sein. Unternehmensspenden und Parteisponsoring wollen wir verbieten.

Lücken im Lobbyregister schließen
Wir wollen die Lücken im Lobbyregister schließen. Dazu gehört, dass alle Lobbyist:innen finanziellen Aufwand und Ziele angeben müssen. Ausnahmen für einzelne Interessenvertretungsgruppen darf es nicht geben. Ferner wollen wir das Lobbyregister um einen legislativen und exekutiven Fußabdruck ergänzen. Es muss dokumentiert werden, wer an der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs beteiligt war.

Das Wirtschaftsprüfungswesen umgestalten
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften unterliegen gegenwärtig einer Anreizstruktur, die sie dazu tendieren lässt, bei der Überprüfung des Jahresabschlusses von Kapitalgesellschaften so manchen Buchhaltungs- oder Bilanzierungsfehler nicht auszuweisen, da ihr Auftraggeber das zu prüfende Unternehmen selbst ist. Wir wollen diesen Moral Hazard (moralisches Risiko) abstellen, indem wir fordern, dass künftig die staatliche Finanzverwaltung Wirtschaftsprüfungen von Kapitalgesellschaften in Auftrag gibt und bezahlt. Überdies werden wir die strikte Trennung von Wirtschaftsprüfungs- und Unternehmensberatungsgesellschaften mandatieren, damit dieselben Leute, die die Bücher einer Firma überprüfen, nicht anderen Firmen Hinweise geben, wie sich Ungenauigkeiten in Bilanzen effektiv verschleiern lassen. Eine solche Aufspaltung der Tätigkeitsbereiche sorgt außerdem für mehr Wettbewerb und Unternehmensvielfalt auf einem Markt, der bisher von einem Oligopol aus lediglich vier großen Konzernen dominiert wird.

Datenschutz & KI: Selbstbestimmung und klare Richtlinien

Dass Einzelne selbst darüber bestimmen können, welche Daten preisgegeben werden und wie sie verwendet werden können, ist ein Grundrecht. Wir wollen dieses Recht auf informationelle Selbstbestimmung weiter stärken und für zukünftige Innovationen wappnen. Zudem werden wir praktische Richtlinien und moderne Bildungsprogramme entwickeln, um die Medien- und Datenkompetenz von Unternehmen und Bürger:innen zu fördern.

Künstliche Intelligenz und andere Systeme automatisierter Entscheidungsfindung werden unsere Welt grundsätzlich verändern. Wir glauben, dass automatisierte Entscheidungsfindung viele positive Eigenschaften hat und dabei helfen kann, Probleme zu lösen und gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, sie aber auch gravierende Fragen technischer, ethischer und sozioökonomischer Natur mit sich bringt. Deshalb brauchen wir klare Regeln und Richtlinien sowohl auf einzelstaatlicher als auch überstaatlicher Ebene, wie wir zukünftig mit automatisierter Entscheidungsfindung umgehen.

Dem Recht auf die eigenen Daten Verfassungsrang geben
Wir setzen uns dafür ein, dass die exklusive Verfügung über die eigenen personenbezogenen Daten im Kontext der elektronischen Kommunikation explizit genannt und als unveräußerliches Grundrecht in das Grundgesetz der Bundesrepublik, sowie die Grundrechtecharta der Europäischen Union, aufgenommen wird.

Labels für digitale Produkte einführen
Wir wollen nutzerfreundliche Labels einführen, die potentielle Nutzer:innen eines Online-Dienstes oder Käufer:innen eines digitalen Produktes über kritische Faktoren informieren, ähnlich wie Nährwerte auf Nahrungsmittel-Packungen gelistet werden. Diese Digital-Labels sollen standardisiert sein und wichtige Merkmale in einem kompakten, leicht verständlichen Format zusammenfassen. Beispiele für Merkmale können sein, wie und wo die Daten gespeichert werden und in welchem Land das Unternehmen Steuern zahlt. Die Labels sollen auch für solche Online-Dienste gelten, die von Nutzerdaten profitieren, selbst wenn die Registrierung des Nutzers keine bewusste Zahlung z.B. in Form eines Mitgliedsbeitrags erfordert.

Kritische digitale Aspekte in Wirtschaftsprüfungen integrieren
Wir wollen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften verpflichten, parallel zum Jahresabschluss bei Digital-Unternehmen Informationen zur Qualität und Sicherheit der technischen Infrastruktur einzuholen, z.B. durch Prüfung der ISO-Zertifizierung zur Informationssicherheit, sofern vorhanden. Bei Unternehmen, die Daten zu mindestens 1 Million Personen besitzen, sollen in diesem Rahmen verpflichtend Penetrationstests ihrer Server/Webseiten/Apps durchgeführt werden, um Datenleaks und schädlichen Fehlfunktionen vorzubeugen. Ebenso soll bei diesen sichergestellt werden, dass nicht nur die IT-Abteilung, sondern auch alle übergeordneten Personen ein Seminar zum Datenschutz besucht haben. Kleinen und mittelständischen Unternehmen, deren jährliches Einkommen das Fünfzigfache der neuen Kosten unterschreitet, wollen wir bei der Implementierung der Vorschriften mit Fördermitteln unbürokratisch unter die Arme greifen.

Cybersecurity und KI In Anbetracht der Tatsache, dass die generative KI in der Lage ist, viele menschliche Eigenschaften zu imitieren, wie z. B. eine falsche Stimme, ein falsches Video (Deep Fake) und einen falschen Schreibstil, ist es wichtig, dass die Cybersicherheitsstandards angepasst werden, um die damit verbundenen Angriffe abzuwehren.

Nichtpersonalisierte Nutzung ermöglichen
Wir wollen Nutzer:innen das Recht geben, eine nichtpersonalisierte Nutzung von Plattformen und anderen digitalen Diensten in Anspruch zu nehmen, sodass ihre Daten nicht für Zwecke erhoben und genutzt werden, die für den eigentlichen Dienst nicht notwendig sind – zum Beispiel für die Personalisierung von Werbeanzeigen.

Die Kontrolle soll von eigens dafür geschaffenen oder bestehenden Institutionen durchgeführt werden, anstatt dass sich wie aktuell auf die Selbstregulierung der Unternehmen und die sogenannten „Marktkräfte“ verlassen wird.

Einheitliche, verbindliche Standards für automatisierte Entscheidungsfindung
Grundlegend setzen wir uns für die Ausarbeitung und Umsetzung technischer Mindestanforderungen und Standards ein, welche Transparenz, Zuverlässigkeit und Sicherheit garantieren. Hierzu zählt auch die verpflichtende Verwendung von geprüften und diskriminierungsfreien Datengrundlagen. Des Weiteren wollen wir ethische Standards einführen, die jegliche Art der Diskriminierung und Ausgrenzung durch

automatisierte Entscheidungsfindung unterbinden. Diese Standards sollen ebenfalls dazu dienen, dass die Privatsphäre und der Datenschutz aller Stakeholder gewährleistet werden kann.

Anwendungsbereiche für automatisierte Entscheidungsfindung definieren
Da automatisierte Entscheidungsfindung in nahezu allen Sektoren angewendet werden kann, sprechen wir uns für eine klare Definition der Anwendungsbereiche aus sowie für das Verbot von automatisierter Entscheidungsfindung in gewissen Sektoren. Klare Verbote sollen im Falle von militärischen Einsätzen, polizeilicher Ermittlung, Geheimdienstarbeit, biometrischer Gesichtserkennung, Zugang zu staatlichen Dienstleistungen und der Bewertung sozialen Verhaltens gelten.

Außerdem müssen in anderen Bereichen wie zum Beispiel der Medizin und dem Gesundheitswesen klare Grenzen gelten, wie weit Algorithmen verwendet werden dürfen und in welcher Form die teils hoch sensiblen Daten diesen zur Verfügung stehen. Für von automatisierten Entscheidungen Betroffenen wollen wir ein Recht auf menschliche Intervention einführen.

Transparenz schaffen
Immer häufiger kommt es vor, dass Nutzer:innen nicht wirklich wissen, ob sie mit einer Maschine oder einer realen Person interagieren. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass künftig klar ausgewiesen sein muss, ob man mit einer Maschine interagiert, um mehr Transparenz zu schaffen. Außerdem soll es für Nutzer:innen klarer erkenntlich sein, welche Daten wie verarbeitet werden. Dabei soll jeder das Recht auf die Option eines „Opt-out“ haben, wenn man es vorzieht, ein Standardergebnis eines Algorithmus zu bekommen, statt dass persönliche Daten für das Ergebnis verwendet werden.

Die Grundlage der künstlichen Intelligenz sind die Daten. Die modernen generativen KI-Giganten haben sich darauf spezialisiert, auf der Grundlage von Nutzereingaben Antworten zu erstellen, die sprachlich dem Menschen ähnlich sind. Diese KI-Giganten behaupten, dass sie ihre KI-Modelle im gesamten Internet trainiert haben und daher realistische Ergebnisse liefern. Der Kritikpunkt dabei ist, wie sichergestellt wird, dass die Daten, die für das Training der Modelle verwendet werden, auf ihre Korrektheit hin überprüft wurden. Und dass diese Daten keine Vorurteile enthalten, die die Ergebnisse beeinflussen können. Wir empfehlen daher die Einrichtung einer Abteilung, die die Qualität der für das Training verwendeten Daten überprüft und eine bestimmte Bewertung vornimmt. Dies soll den Menschen Informationen zur Entstehung der von der KI generierten Ergebnisse geben, die bisher von vielen Menschen genutzt und akzeptiert werden.

KI im Arbeitsalltag
Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, dass mit der Einführung generativer KI viele Standardaufgaben automatisiert werden könnten. In vielen Fällen ist dies nützlich, da einige kleine Standardaufgaben viel Zeit in Anspruch nehmen und man potenziell KI-basierte Vorlagen und Lösungen nutzen könnte, um die Produktivität zu steigern. Gleichzeitig ist es jedoch wichtig, die Art der Arbeitsplätze in Bereiche zu kategorisieren, in denen der menschliche Faktor benötigt wird, auch wenn er durch eine Maschine ersetzt werden könnte, da diese Automatisierung negative Auswirkungen auf die Gesellschaft haben kann. Diese Kategorie von Arbeitsplätzen könnte das Gesundheitswesen oder die Altenpflege sein, um nur einige zu nennen, bei denen der Eingriff der KI begrenzt sein sollte.

Eine andere Kategorie von Arbeitsplätzen ist die, bei der menschliches Eingreifen vermieden werden kann, um zuverlässige Ergebnisse zu erzielen. Dies könnte bei einigen technischen Ingenieurberufen der Fall sein.

Hier sollte die Strategie in der Umschulung der Arbeitskräfte bestehen, damit sie ihre Fähigkeiten verbessern und produktiver sein können.

Moratorium für KI-Hyperscaling verordnen
Angesichts der rasanten Fortschritte in der privatwirtschaftlichen Entwicklung von hochleistungsfähigen KI-Modellen und des damit verbundenen, vom Privatsektor energisch vorangetriebenen, energie- und ressourcenintensiven Ausbaus der Recheninfrastruktur darf der Frage nach dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen dieser neuen Technologien nicht ausgewichen werden. Unter Rücksichtnahme auf Klimaziele und künftige Generationen werden wir – unabhängig vom Anwendungszweck – keinen Neubau von Rechenzentren genehmigen, die nicht CO2-neutral betrieben werden können oder deren Umweltauswirkungen, etwa auf die Grundwasserspiegel, unzumutbar sind. Unter Berufung auf DiEM25s Agenda für Technologische Souveränität lehnen wir es ab, die kollektive Gestaltungsmacht über die Zukunft der Menschheit an profitmaximierende multinationale Tech-Konzerne und ihrer oligarchischen Eigentümer:innen abzugeben. Um die sozioökonomischen und potenziell existenziellen Risiken der Entwicklung sogenannter "Künstlicher Superintelligenz" (ASI) bestmöglich einzugrenzen, werden wir den Bau und Betrieb großer KI-Rechenzentren (AI hyperscale computing clusters) so lange untersagen, bis die notwendigen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen für die erwartbare wirtschaftliche Transformation geschaffen sind sowie in einem vertretbaren Maß sichergestellt ist, dass diese Entwicklung durch den Menschen steuer- und kontrollierbar bleibt. Um diese Sicherheit zu gewährleisten, werden wir öffentliche Forschungsgelder im Bereich des "alignment research" bereitstellen und ein internationales Abkommen auf Ebene der Vereinten Nationen anregen, welches vergleichbare Beschränkungen für alle Länder weltweit festlegt und den globalen Wettlauf zu ASI in eine gemeinsame Kraftanstrengung für den sicheren, sozialverträglichen und ökologisch nachhaltigen Übergang zu einer postkapitalistischen Wirtschaftsordnung ummünzt. Die daraus resultierenden technologischen und wissenschaftlichen Errungenschaften sollen verbindlich Teil der Public Domain werden und allen Ländern und ihren Bevölkerungen gleichermaßen zugutekommen.

Verlässlicher Datenschutz für die Bevölkerung
Datenkraken wie Google pflegen umfangreiche Sammlungen unserer Daten, zu denen in- und ausländische Geheimdienste ungehindert Zugang erhalten können. Der Schutz der Bevölkerung ist damit nicht gewährleistet. Wir wollen den Austausch von Daten mittels Ende-zu-Ende Datenverschlüsselung (end-to-end encryption) verlässlich schützen und damit die anlasslose Massenüberwachung bekämpfen.

Sollten private Daten gelesen werden, muss es gesetzlich vorgeschrieben sein, dass die betroffene Person umgehend darüber informiert wird. Zudem wollen wir eine Regelung einführen, die es vorschreibt, entdeckte IT-Sicherheitslücken (Zero-Day-Exploits) direkt an den Hersteller und nicht an besser zahlende Dritte zu melden, damit diese Lücken direkt beseitigt werden können und Datensysteme unberührt bleiben.

Wettbewerb & Innovation: Monopolbildung verhindern

Vor allem in der digitalen Wirtschaft sehen wir eine zunehmende Marktkonzentration, welche zur Bildung von Monopolen führt. Diese Unternehmen kommen vor allem aus den USA oder China und lassen in vielen Bereichen durch ihre Marktmacht kaum noch Wettbewerb zu. Daher brauchen wir weitreichenden Maßnahmen, mit denen wir eine unabhängige und global integrierte europäische digitale Wirtschaft schaffen können.

Kartellrecht stärken
Aufgrund der immer stärker werdenden Marktmacht und Monopolbildung großer Unternehmen, insbesondere in strategischen Sektoren wie Energie, Kommunikation und Technologie, wollen wir das Kartellrecht verschärfen. Unternehmen dürfen nicht länger ihre Marktmacht ausnutzen, wie sie es z.B. durch den Transfer von Daten und die Integration innerhalb ihrer verschiedenen Dienstleistungen, Lock-In-Effekte oder durch die Ausnutzung von Netzwerkeffekten praktizieren. Vor allem wollen wir das Kartellrecht in Deutschland und Europa stringenter durchsetzen, was sowohl Geldstrafen als auch die Zerschlagung von Unternehmen als Folge nach sich ziehen kann. Außerdem wollen wir strengere Fusionskontrollen durchsetzen, um zu verhindern, dass große Unternehmen durch Fusionen und Übernahmen weiter wachsen und den Wettbewerb untergraben.

Steuerflucht unterbinden
Unter den aktuellen Regularien können digitale Unternehmen in der EU ihre Gewinne und Vermögenswerte in Steueroasen verschieben. Wir wollen die Steuerflucht von Unternehmen unterbinden. Dafür bedarf es einer stärkeren europaweiten Zusammenarbeit, um eine effektive globale Mindeststeuer für Unternehmen durchsetzen zu können. Bis dahin soll die nationale Gesetzgebung dahingehend reformiert werden, dass Schlupflöcher im Steuerrecht geschlossen werden. Besonders große Unternehmen und Wohlhabende sollen entsprechend ihrer realwirtschaftlichen Leistung besteuert werden.

Innovation fördern
Um unser Ziel einer unabhängigen und global integrierten digitalen Wirtschaft zu erreichen, bedarf es umfangreicher Maßnahmen zur Innovationsförderung. Ein wichtiger Aspekt sind Investitionen in staatliche Grundlagenforschung. In diesem Rahmen möchten wir eine höhere Attraktivität von universitärer Forschungsarbeit schaffen. Fördergelder für private Unternehmen wollen wir an klare soziale und datenschutzrechtliche Bedingungen knüpfen.

Innovation als Gemeingut
Innovation soll als Gemeingut verstanden werden und sich nicht nur auf das wirtschaftliche Wachstum privater Unternehmen beschränken, sondern vielmehr in einem inklusiven System stattfinden, in dem alle Stakeholder wie z.B. Nutzer:innen, Angestellte und Bürger:innen gleichbedeutend sind und zum Gemeinwohl beitragen. Dies bedeutet auch, dass Innovationen, die auf öffentlicher Grundlagenforschung basieren, gemeinfrei bleiben und nicht patentiert werden dürfen, um den Wissensfluss zu maximieren und private Patentmonopole zu reduzieren. Damit einhergehend wollen wir das Urheberrecht einschränken und die Beweislast so umkehren, dass etwas solange digitales Allgemeingut bleibt, bis auf verhältnismäßige Art und Weise der Nachweis erbracht ist, dass es geschützt ist. Außerdem wollen wir Urheberrechtsrichtlinien so reformieren, dass die Rechte von Nutzer:innen, Autor:innen und Innovator:innen angemessen ausbalanciert sind. Die staatliche Förderung von Innovation und öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung, insbesondere in Bereichen, die für das Gemeinwohl von Bedeutung sind, wie Umwelttechnologien, Gesundheit und Digitalisierung, sollen verstärkt werden.

Netzneutralität und freies Internet
Freies und neutrales Internet muss ein Grundrecht sein. Wir wollen die Netzneutralität für alle Nutzer:innen gewährleisten, egal, ob es sich hierbei um mobile Daten oder die Übertragung per Kabel oder DSL handelt.

Internetprovider dürfen nicht in die Inhalte der Nutzer:innen eingreifen, indem sie z.B. die Geschwindigkeit der Datenübertragung gewisser Inhalte drosseln oder andere Inhalte bevorzugen, die bei mobilen

Tarifen nicht in das Datenvolumen mit einberechnet werden. Um ein neutrales und chancengleiches Internet zu gewährleisten, müssen daher alle Inhalte unter den gleichen Bedingungen übertragen werden. Plattformmonopole sollen stärker reguliert werden, um sicherzustellen, dass sie fair mit Nutzerdaten umgehen. Darüber hinaus wollen wir es Providern und privaten Unternehmen untersagen, Inhalte oder Webseiten selbstorganisiert und außergerichtlich zu zensieren, massenhaft zu überwachen oder zu sperren. Hierzu zählt ebenfalls der Einsatz von Uploadfiltern, um urheberrechtlich geschützte Inhalte zu entfernen. Falls Konten oder Inhalte gesperrt werden, müssen die Gründe hierfür transparent an die betroffenen Nutzer:innen kommuniziert werden und die Möglichkeit vorhanden sein, eine Entsperrung dieser Inhalte in einem ebenfalls einfachen und transparenten Weg zu beantragen.

Förderung der lokalen Wirtschaft
Zwar können digitale Dienste und Plattformen positive Effekte auf Teile der lokalen Wirtschaft haben, jedoch bringen diese oftmals weitreichende negative Effekte mit sich. Zum Ausgleich gegen die immer stärker werdende Marktmacht und Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft wollen wir letztere sowie Plattform-Genossenschaften stärker fördern.

Pressefreiheit: Journalist:innen & Whistleblower:innen schützen

Die Pressefreiheit ist das Rückgrat einer demokratischen Gesellschaft. Journalist:innen und Whistleblower:innen kontrollieren die Mächtigen und decken Fehlverhalten und Machtmissbrauch auf. Wir wollen sie und ihre Arbeit schützen – in Deutschland, Europa und weltweit.

Wir bekennen uns zu einer vielfältigen Medienlandschaft und wollen der zunehmenden Oligopolisierung von Medien entgegentreten. Den Zugang zu vielfältigen Medien wollen wir so niedrigschwellig wie möglich gestalten. Dazu gehört auch, dass wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bewahren und entwickeln möchten.

Sicherer Hafen für Journalist:innen und Whistleblower:innen
Deutschland und die EU sollen zum sicheren Hafen für Journalist:innen und Whistleblower werden. Um sie dauerhaft vor politischer Verfolgung zu schützen, wollen wir unbürokratisch humanitäre Visa ausstellen und ihnen ein Asylangebot machen. Die Sicherheitsbehörden müssen sicherstellen, dass sie hier sicher leben und ihre Arbeit fortsetzen können.

Schutz für Whistleblower:innen
Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Whistleblower-Richtlinie schnell umgesetzt wird. Der Schutz muss auf nationales Recht und jegliche Bereiche, die im öffentlichen Interesse liegen, ausgeweitet werden. Größere Unternehmen wollen wir verpflichten, intern anonyme Meldestellen zu schaffen.

Journalist:innen vor Geheimdiensten schützen
Journalist:innen dürfen nicht von Geheimdiensten ausgespäht werden. Wir wollen deshalb erreichen, dass Journalist:innen vor jeglichem Zugriff durch Geheimdienste, etwa im Rahmen des BND-Gesetzes, durch Staatstrojaner oder durch Software wie Pegasus, geschützt sind.

Anti-SLAPP-Richtlinie einführen

Um Journalist:innen vor missbräuchlichen Klagen zu schützen, unterstützen wir das Einführen einer EU-weiten Richtlinie gegen sogenannte SLAPPs (Strategic Lawsuits Against Public Participation – strategische Klagen gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit). Offensichtliche SLAPPs sollen frühzeitig zurückgewiesen werden können und ihr Missbrauch unter Strafe stehen. Die Opfer von SLAPPs wollen wir finanziell bei der juristischen Verteidigung unterstützen.

Weltweit für Pressefreiheit einsetzen

In der Außenpolitik wollen wir uns entschlossen für die Pressefreiheit einsetzen. Mit Ländern, in denen Journalist:innen unter Verfolgung leiden und in denen keine Besserung in Sicht ist, wollen wir wirtschaftliche Beziehungen abbauen. Handels- und Investitionsabkommen wollen wir an den Schutz einer freien Presse knüpfen.

Mediengutscheine

Um mehr Menschen Zugang zu einem vielfältigen Angebot an Qualitätsmedien zu ermöglichen, wollen wir jede:m Bürger:in Mediengutscheine zur Verfügung stellen, die genutzt werden können, um Abonnements abzuschließen.

Sicherheit unter Wahrung der Menschenrechte

Die Bundesrepublik Deutschland ist noch kein Land, in dem sich alle Menschen sicher fühlen können. Wir betonen und unterstützen das Bedürfnis aller Menschen nach einem Leben in Sicherheit unter Wahrung der Menschenrechte. Offenheit und Hilfsbereitschaft gegenüber Schutzsuchenden verstehen sich mit Blick auf die Geschichte Deutschlands von selbst.

Ein friedliches und vertrauensvolles Zusammenleben aller Menschen ist Grundlage für Wohlstand und unser oberstes Ziel. Fundamentalistischen und faschistischen Bestrebungen oder Menschenfeindlichkeit treten wir dabei entschieden entgegen.

Innere Sicherheit für alle Bewohner:innen

Wir setzen uns dafür ein, dass einzig einem als offen gedachten Staat ein eng umrissenes Gewaltmonopol zukommt. Alles Militärische wollen wir nur für eine Zeit des Übergangs dulden, bis dessen Notwendigkeit nicht mehr gegeben ist. Die Sicherheitskräfte, die dem Frieden im Alltag der Menschen dienen, wollen wir maximal so ausrüsten, dass ihnen das zur Ausübung dieser Friedensmacht Erforderliche zur Verfügung steht. Die Bewaffnung darf keinesfalls einen Drohcharakter haben (z. B. auf Demonstrationen). Durch unabhängige parlamentarische Kontrollgremien wollen wir ihre Arbeit eng überwachen.

Polizeiliche Arbeit halten wir für den Schutz von Grundrechten und Verfassung, der Bevölkerung insgesamt und den demokratischen Institutionen vor terroristischen Angriffen für sinnvoll. Diese wichtige Arbeit darf in keinem Fall privatisiert werden.

Friedliche Bürger:innen ohne Waffen

Friedliche Bürger:innen sind grundsätzlich nicht bewaffnet. Wir wollen privaten Waffenbesitz stark reglementieren. Auch im Sport sowie im Jagdbereich muss der Waffenbesitz restriktiv behandelt werden.

Abschaffung der Inlandsgeheimdienste
Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Inlandsgeheimdienste ihre Aufgaben nicht erfüllen und es an demokratischer Kontrolle mangelt. Der militärische Abschirmdienst (MAD) ist nicht in der Lage, die Bundeswehr vor Extremismus, insbesondere dem Rechtsextremismus, zu schützen. Der Bundesnachrichtendienst (BND) arbeitete wiederholt mit repressiven Diktaturen zusammen und bedient sich illiberaler Praktiken. Wir werden eine enge parlamentarische Kontrolle des BND und des MAD einführen.

Der Verfassungsschutz ist nicht in der Lage, die Verfassung zu schützen, wie im NSU-Komplex zu beobachten war. Deswegen wollen wir die Inlandsgeheimdienste (Landesämter für Verfassungsschutz und Bundesamt für Verfassungsschutz) abschaffen und ihre Aufgaben den zivilen Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden (Polizei und Staatsanwaltschaft) übergeben, damit diese dies in grundgesetzkonformer Weise rechenschaftspflichtig bearbeiten können.

Die Bundeswehr im öffentlichen Leben
Wie jedes Militär steht auch die Bundeswehr grundsätzlich gegensätzlich zur freien, liberalen und damit friedlichen Gesellschaft. Aus diesem Grund muss die die visuelle Präsenz der Bundeswehr (z.B. durch Werbung oder das Tragen einer Uniform) aus dem öffentlichen Raum verschwinden. Des Weiteren wollen wir, dass die Bundeswehr nicht mehr an Schulen, Universitäten und dem Arbeitsamt werben darf.

Rechtsschutz für alle Menschen
Wir wollen, dass die Inanspruchnahme der Gerichtsbarkeit jeder/jedem ohne finanzielle Hürden offensteht. Staatsanwaltschaften sollen genauso wie Richter:innen frei in ihren Entscheidungen sein. Die interne, vor allem externe Weisungsbindung der Staatsanwält:innen ist in Deutschland im Gerichtsverfassungsgesetz verankert, verstößt jedoch gegen europäisches Recht. Politisch motiviertem und sonstigem Missbrauch sind so Tür und Tor geöffnet. Wir wollen stattdessen ein unabhängiges demokratisches Kontrollgremium einführen, um Fehlentwicklungen vorzubeugen.

Resozialisierung statt Strafe
Wir wollen das Gefängnissystem neu denken. Ins Zentrum muss Resozialisierung, nicht Strafe rücken. Als Vorbild kann hier der Strafvollzug in Norwegen dienen: Nach der Verurteilung und geschlossenem Vollzug folgt nach guter Führung der Wechsel in den liberalen offenen Vollzug. Der letzte Schritt sind dann die sogenannten „Halfway Houses“, die auf Eigenständigkeit setzen und die Insassen auf ihre Rückkehr in die Freiheit vorbereiten sollen. Die Rückfallquote liegt in Norwegen bei 20%, in Deutschland bei ca. 50 %.

Arbeit im Gefängnis muss freiwillig sein und mit mindestens dem Mindestlohn entlohnt werden. Häftlinge sollen nicht für die Kosten ihrer Unterkunft aufkommen müssen.

6. Internationales: Für eine neue Friedensbewegung

Worum geht es?
Wir wollen, dass Deutschland ein friedliches, offenes, sicheres Land für alle wird. Wir betrachten Europa als einen Raum für Frieden und Fortschritt. Globale Gerechtigkeit und Internationalismus sind für uns die Grundlage für unser Überleben.

Warum ist das wichtig?
Weil in Deutschland immer noch zahlreiche Menschen in großer Unsicherheit leben. Weil an den Ost- und Südgrenzen Europas zahlreiche Konflikte den Frieden gefährden. Und weil weltweit Millionen Menschen unter Krieg, Verfolgung, Hunger oder Unterdrückung leiden – oft ermöglicht, befördert oder bewusst in Kauf genommen von den Regierenden.

Wir wollen alles in unserer Macht Stehende tun, um Gewalt und Unrecht zu beenden und Frieden zu fördern.

Wie soll das gehen?
Indem wir die Macht von Rüstungsindustrie sowie von Militär- und Sicherheitsbehörden beschränken und die Rechte von Migrant:innen stärken. Indem wir die europäische Außenpolitik in eine Friedenspolitik umwandeln. Und indem wir endlich die Ausbeutung und Unterdrückung des Globalen Südens beenden.

Unsere wichtigsten Ziele:

- Ein blockfreies Europa ohne NATO
- Weltweite nukleare und militärische Abrüstung
- Entkriminalisierung von Migration (Frontex abschaffen und durch Such- und Rettungsmission ersetzen)
- Stopp der Verlagerung der Außengrenzen
- Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit und Verankerung in Wirtschafts- und Entwicklungspolitik
- Umfassende Reform und Demokratisierung der Vereinten Nationen
- Unabhängigkeit der internationalen Gerichtsbarkeit
- Anpassung der Israel-Palästinapolitik an internationales Völkerrecht

Europa: Ein Raum für Frieden und Fortschritt

Die humanitäre Krise und das Sterben im Mittelmeer, die dauerhafte wirtschaftliche Krise für große Teile der Bevölkerung, die anhaltenden Konflikte vor allem in der Peripherie und eine beginnende Klimakatastrophe zeigen, dass Europa nicht der Kontinent von Menschenrechten und Frieden ist, als der es gerne portraitiert wird.

Unser Ziel ist es, Europa durch einen neuen gelebten Humanismus, Abrüstung und den Green New Deal zu einem Raum des Friedens und des Fortschritts zu machen.

Wir setzen uns dafür ein, das Sterben im Mittelmeer endlich zu beenden und die EU zurück zu ihren Werten zu führen. Wir wollen, dass in Europa und im Mittelmeerraum keine fossilen Brennstoffe mehr gefördert werden, dass also weder neue Bohrungen stattfinden noch neue Gaspipelines gebaut werden. Stattdessen setzen wir auf eine gemeinsame nachhaltige Energieunion der europäischen Länder und der Nachbarländer im Süden und Osten.

Ein Staat für alle
Wir wollen einen Staat, der nicht zwingend territorial verankert ist, sondern ein Verwaltungsgebilde darstellt, das über durchlässige Grenzen verfügt und die Menschen im Blick hat, die dort in Frieden zusammenleben oder leben wollen. Ein Innen und Außen "zerfließt" in einem durchlässigen Raum, in dem jede:r willkommen ist. Jede staatliche Aktivität soll einzig den Menschen dienen und nicht abstrakten staatlichen Zielen, denen sich der:die Bürger:in zu unterwerfen hat.

Grenzregionen als Begegnungsräume
Wir nehmen Frieden und Freundschaft fördernde und pflegende Aktivitäten in den Fokus. In Grenzregionen entfalten sich die Beziehungen zwischen den Menschen durch freundschaftliche Beziehungen zueinander, die auch oft kulturell begründet sind. Katalonien, das Baskenland, Moldau, Deutschland/Belgien, Deutschland/Luxemburg, Deutschland/Frankreich, Griechenland/Türkei, Rumänien/Ungarn, Österreich/Tschechien sind nur einige europäische Beispiele für diese Tatsache. Wir wollen den kulturellen und sportlichen Austausch in solchen Grenzregionen fördern.

Einstehen für Humanismus und Demokratie
Wir stehen für Humanismus und Demokratie. Wie die Bevölkerung 2015 während der "Migrationskrise" und immer wieder gezeigt hat, ist eine humanistische Gesellschaft möglich. Das bedeutet, Menschen in Not zu helfen, ihnen Sicherheit und das Recht auf Leben zu geben. Unsere Politik basiert auf den Genfer Konventionen, der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und auf der EU-Charta der Grundrechte eines jeden Menschen. Die juristische Schreibweise "eines jeden Menschen" verstehen wir wortwörtlich und nicht als "eines jeden Menschen geboren innerhalb der EU".

Einheitliche Behandlung von Migrant:innen
Wir setzen uns dafür ein, dass keine Unterscheidung zwischen den sogenannten "politischen" und "wirtschaftlichen" Migrant:innen oder Geflüchteten vorgenommen wird. Es ist eine fiktive Unterscheidung, die zu einer diskriminierenden Politik und einer diskriminierenden Gesellschaft führt, die den angekommenen Menschen die Handlungsfähigkeit nimmt und sie letztlich in die Unterbeschäftigung, Ausbeutung und an den Rand der Gesellschaft drängt. Wir erkennen an, dass Migration ein extremer Umstand ist und selten freiwillig und leichtfertig geschieht.

Schnelle, faire und abschließende Asylverfahren
Wir wollen schnelle und faire Asylverfahren ohne Aushöhlung der Rechtsgarantien der Asylsuchenden umsetzen. Dafür wollen wir die bürokratische Trennung von Asylanspruch und Asylantrag aufheben und die Verfahren beschleunigen. Zudem sollen Verfahren abgeschlossen werden, sodass dem ständigen Verlängern von Aufenthaltsduldungen ein Ende gesetzt wird, welches den Menschen ein würdiges Leben verwehrt. Außerdem muss der Zugang zu rechtlicher Unterstützung ab dem Tag der Einreise in die EU gewährt werden.

Gemeinsames Europäisches Asylverfahren
Das Dublin-Verfahren wollen wir abschaffen und durch ein gemeinsames europäisches Asylverfahren (Common European Asylum System, CEAS) ersetzen, welches internationales und europäisches Recht respektiert und die Grundrechte der migrierten Menschen garantiert. Das Recht auf Nichtzurückweisung muss sichergestellt werden – wir dürfen Menschen nicht an Orte zurückschicken, an denen ihnen Verfolgung, Folter und andere Menschenrechtsverletzungen drohen.

Einhaltung bestehender Verpflichtungen
Wir wollen die bestehenden Verträge und Verpflichtungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu humanitären Maßnahmen umsetzen und einhalten. Wir stehen für die Achtung des international geschützten Grundrechts auf Nichtzurückweisung durch die Mitgliedstaaten der EU sowie von Ländern, die mit der EU partnerschaftlich zusammenarbeiten (z.B. im Fall von Libyen). Asylanträge dürfen nicht unter Berufung auf das Konzept des "sicheren Drittstaates" oder des "ersten Asylstaates" abgelehnt werden, da dies das faktische Ende des Asylrechts in der EU bedeutet.

Abschiebungen stoppen
Es gibt keine sicheren Herkunftsländer für Menschen, die von Rassismus, Queerfeindlichkeit, oder anderen Diskriminierungsformen betroffen sind. Wir wollen deshalb Abschiebungen stoppen und Angebote für Schutz und Unterstützung ausbauen.

Familienzusammenführungen ermöglichen
Staaten sind nach internationalem und europäischem Recht verpflichtet, die Familie zu schützen. Auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung müssen Personen, die subsidiären Schutz genießen (nicht anerkannte Geflüchtete) Zugang zu denselben Rechten haben wie anerkannte Geflüchtete. Ein weiteres großes Hindernis für Personen mit internationalem Schutzstatus beim Zugang zur Familienzusammenführung ist der hohe Dokumentationsaufwand, den die Mitgliedstaaten bei der Einreichung eines Antrags verlangen können. Wir wollen, dass der UNHCR bei der Beschaffung der erforderlichen Dokumente hilft. Ferner wollen wir das Recht auf Familienzusammenführung respektieren und eine breitere Definition von Familienmitgliedern anwenden, um Menschen, die nicht nur zur Kernfamilie gehören, mit einzubeziehen.

Verbesserung der Aufnahmeeinrichtungen
In der derzeitigen Situation wird versucht, die Aufnahmeeinrichtungen flexibler zu gestalten, indem die Standards in der gesamten EU gesenkt werden. Anstatt die europäischen Aufnahmeeinrichtungen zu vereinheitlichen und auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu bringen, wollen wir Mindestqualitätsstandards einführen, die direkt in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Fluchtgründe wie Geschlecht oder Geschlechtsidentität müssen in der Unterbringung berücksichtigt werden.

Lager auf griechischen Inseln evakuieren
Wir setzen uns dafür ein, dass alle Lager auf den griechischen Inseln, aber auch entlang der Balkanroute und anderswo evakuiert werden. Die Menschen wollen wir in aufnahmebereite Kommunen in Europa verteilen. Das sogenannte „Hotspot-System“ zur Migrationskontrolle wollen wir beenden und die Lebensbedingungen von Migrant:innen schnell verbessern. Das Festhalten immigrierter Menschen in geschlossenen Auffanglagern muss beendet werden, insbesondere die Internierung von Kindern.

Humanitäre Arbeit unterstützen
Wir wollen die Kriminalisierung der humanitären Hilfe sofort einstellen. Fischer:innen, Feuerwehrleuten oder anderen Menschen, die Migrant:innen retten, wollen wir danken, statt sie zu bestrafen. Schiffe von

privaten Such- und Rettungs-NGOs sollen sofort freigegeben werden, damit mehr Leben gerettet werden können. Die Zivilgesellschaft zeigt bereits jetzt durch Engagement seitens Gruppierungen und Bewegungen wie Seebrücke oder Seawatch, dass ein gesellschaftliches Interesse daran besteht, Europa zu einem Ort für alle zu machen. Wir wollen diese Organisationen finanziell, institutionell und operationell unterstützen. Wir wollen zudem spezifische EU-Visa für Menschenrechtsverteidiger:innen, verfolgte Oppositionelle und andere Aktivist:innen einführen, um schnelle Evakuierungen, aber auch Konferenzteilnahmen und eine internationale Vernetzung zu ermöglichen.

Frontex abschaffen und durch Such- und Rettungsmission ersetzen

Tausende Menschen ertrinken jedes Jahr im Mittelmeer. Nichtregierungsorganisationen füllen seit Jahren die Lücke der SAR-Einsätze (Search and Rescue) und werden für ihre lebensrettenden Einsätze mit harter Kriminalisierung und Einschränkungen der Missionen bestraft. Nur die EU kann das Retten von Menschenleben im Mittelmeer umfassend koordinieren, dafür muss die Rettung der Menschen aber zur obersten Priorität werden. Jegliche Intervention des Militärs oder der Küstenwache im Mittelmeer, die darauf abzielt, die Boote von Schmugglern zu bekämpfen, muss gestoppt werden, denn der beste Kampf gegen Schleuser ist die Öffnung von sicheren Wegen. Das Beispiel der griechisch-türkischen Grenze zeigt, dass die verstärkte Grenzüberwachung mit Unterstützung von Frontex Migrant:innen dazu gebracht hat, gefährlichere Routen zu wählen.

Frontex ist dabei Teil des Problems und nicht der Lösung. Wir wollen Frontex deshalb abschaffen und die Ressourcen der Agentur für den Start einer europäischen Such- und Rettungsmission im Mittelmeer verwenden, die den Umfang der italienischen Mare-Nostrum-Operation übertrifft. Unser Ziel ist die volle Verantwortung und das Engagement der staatlichen Akteure, um ihren Auftrag zur Rettung von Menschenleben auf See zu erfüllen.

Stopp der Verlagerung der Außengrenzen

Wir wollen die Externalisierung der EU-Grenzen und der Migrationskontrollen stoppen. Staaten außerhalb der EU werden derzeit ermutigt, Migrant:innen an der Weiterreise zu hindern oder sie aufzufangen und zurückzuschicken (z.B. EU-Türkei-Abkommen, EU-Sudan-Abkommen oder EU-Libyen-Zusammenarbeit). Ziel ist hier, die Migrant:innen, einschließlich Asylsuchenden, außerhalb des eigenen Staatsgebietes daran zu hindern, in die Rechtsprechung oder das Hoheitsgebiet einzureisen, ohne die Begründetheit ihrer Schutzansprüche individuell zu prüfen.

Wir wollen daher die sofortige Aussetzung jeglicher Externalisierung von EU-Grenzen und Migrationskontrollen, die Ablehnung des Gesamtansatzes für Migration und Mobilität (GAMM) und der Verantwortung der EU gerecht werden, indem wir Menschen erlauben, auf europäischem Territorium um Schutz zu bitten. Wir wollen zudem eine nachhaltige, auf den Menschenrechten basierende Langzeitstrategie in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Expert:innen entwickeln.

Abbau jeglicher Grenzbefestigungen

Jeder Mensch muss das Recht haben, sich auf diesem Planeten frei zu bewegen, Länder zu verlassen und Länder zu betreten. Abschottung erfüllt weder ihren Zweck noch lässt sie sich mit einer friedlichen Welt vereinbaren. Es handelt sich um einen menschenfeindlichen Gedanken, der schon zu lange unsere Welt prägt. Geschlossene Grenzen führen zu Ungleichheit und Tod, deshalb ist es unser Ziel, Grenzen offen zu halten und bestehende Mauern, Stacheldrahtzäune und andere Grenzbefestigungen konsequent abzubauen.

Friedliches Zusammenleben
Entstehende und andauernde Konflikte wollen wir proaktiv und gewaltfrei durch Mediation angehen und durch zivil ausgerichtete friedenserhaltende Maßnahmen mit neutralem Mandat bewältigen. In Gesellschaften, die einen Konflikt durchlebt haben, wollen wir aktiv an der Aufarbeitung des Geschehenen und der Wiederherstellung von Gerechtigkeit arbeiten. Wir wollen die Hegemonie der Gewalt in unserer Kultur durchbrechen und durch gelebte Werte einer friedlichen globalen Menschheit ersetzen.

Stärkung der Kommunen
Wir wollen den Kommunen mehr Kapazitäten und Ressourcen zur Verfügung stellen. Wir wollen sie personell und finanziell so aufstellen, dass sie Migrant:innen besonders in der Ankunftszeit helfen können.

Für ein blockfreies Europa ohne NATO

Wir stehen für eine friedensorientierte Neuausrichtung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik hin zu regionaler Unabhängigkeit und gegen den globalen Bedeutungsverlust.

Europa verfolgt bis heute – und in den letzten Jahren weiter zunehmend – eine militarisierte und interventionistische Außenpolitik. Darüber hinaus ordnet es sich allzu oft den machtpolitischen Interessen der USA unter, die sich nicht mit hiesigen Bedürfnissen decken. Andauernde Kriege in unserer unmittelbaren Nachbarschaft stellen eine existentielle Bedrohung für unsere gemeinsame Sicherheit dar. Diese können wir nur gewährleisten, wenn Deutschland und Europa sich der gegenwärtigen militärischen Eskalation entziehen und Konflikte nicht mehr weiter schüren, sondern sich auf ihre diplomatischen Stärken besinnen.

Es ist falsch, dass Europa seine Sicherheitspolitik und Militärinvestitionen auf die NATO ausrichtet. Das westliche Militärbündnis hat gezeigt, dass es nur eine Richtung kennt: zurück zu Blockkonfrontation und Aufrüstungsspirale. In einer Welt, die fundamental anders aussieht als zu Zeiten des Kalten Krieges im letzten Jahrhundert, ignoriert man so die Gefahr eines nuklearen Konflikts sowie permanenter Kriegszustände und Flucht.

Um unser gemeinsames Überleben zu sichern, müssen friedensorientierte internationale Beziehungen an die Stelle eines militärisch geprägten Blockbewusstseins treten. Ohne eigenes Profil droht unsere Region weiter an Bedeutung zu verlieren und damit sich selbst und andere zu gefährden. Es gilt, sowohl die Beziehungen zu Washington auf eine neue Ebene zu heben als auch unsere gemeinsame europäische Identität mit Moskau neu zu verhandeln. Europa sollte China selbstbewusst als globalen Partner anerkennen und gegenüber allen, insbesondere postkolonialen Staaten, eine historisch verantwortungsbewusste Rolle einnehmen.

Bildung einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur
Bestehende Konflikte, wie beispielsweise in der Ukraine, können nur durch eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur unter Einschluss aller europäischen Länder entschärft und beseitigt werden. Wir wollen diese gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur aufbauen und damit die NATO überflüssig machen. Kernziele dieser Sicherheitsarchitektur sollen die gemeinsame Abrüstung, die friedliche Lösung von Konflikten und das Leben einer friedlichen Kultur auf dem gesamten Kontinent sein. Die militärischen Kräfte, auf die in einer Übergangszeit für eine Verteidigung nicht verzichtet werden kann, wollen wir derart ausstatten, dass sie weder nach innen noch nach außen als Bedrohung wahrgenommen werden und nach dem

letzten Stand der Technik auf Verteidigung ausgerichtet sind. Dies setzt natürlich eine laufende Abrüstung auf allen Seiten voraus.

Beendigung der Drohpolitik
Drohpolitik in jeglicher Form, ob als Strafziel, in der internationalen Politik oder als militärisches Mittel, halten wir für überkommen und nicht zukunftsfähig. Drohpolitik funktioniert nur durch die künstliche Konstruktion eines Feindbildes. Das Beharren auf sicherheitspolitischen Interessen und dementsprechendes Handeln (zum Beispiel Aufrüstung, um Abschreckung zu erreichen) führt letztendlich zu politischer Instabilität und ist dem Frieden diametral entgegengesetzt. Um das Zeitalter der Drohpolitik und Aufrüstung zu beenden, soll sich Europa für eine Zusammenarbeit aller Länder einsetzen, mit dem Ziel der Vernichtung aller militärischen Mittel.

Exportstopp für alle Rüstungsgüter
Die Macht der Rüstungskonzerne über Entscheidungen in Berlin und Brüssel muss gebrochen werden, um einen Wandel in der Außen- und Verteidigungspolitik hin zu diplomatischer Konfliktlösung als oberstem Gebot zu erreichen. Hier kann Deutschland aufgrund seiner historischen Verantwortung für die großen Kriege des 20. Jahrhunderts verspätet immer noch eine richtungsweisende Rolle einnehmen. Wir wollen, dass Deutschland seine Industrie für die Zukunft so ausrichtet, dass keine Waffen und Rüstungsgüter mehr exportiert werden. Das bedeutet nicht nur ein Exportverbot in Krisengebiete, da dies unmöglich gesichert überprüft werden kann, sondern ein komplettes Ausscheiden der Waffenindustrie aus der deutschen Exportwirtschaft.

In ihren politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern (2019) bekräftigt die Bundesregierung ihr Bestreben, „durch eine Begrenzung und Kontrolle der deutschen Rüstungsexporte einen Beitrag zur Sicherung des Friedens und der Menschenrechte, zur Gewaltprävention sowie einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt zu leisten." Außerdem hält sie fest: „Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen." Will meinen, nicht Rüstungsexporte, sondern ihre Begrenzung sichert Frieden, und Erpressung mit Arbeitsstellenabbau seitens der Waffenkonzerne darf nicht nachgegeben werden. Unsere Forderung ist also nicht aus der Luft gegriffen, sondern eine konsequente Weiterentwicklung dieser Prinzipien.

Exporte der deutschen Rüstungsindustrie wollen wir deshalb sofort verbieten, mit dem Ziel, die Rüstungsproduktion ganz abzuschaffen. Ebenfalls wollen wir den Haushalt für Rüstung sowie die Erforschung und Entwicklung neuer Formen der Kriegsführung wie Robotik und Cyber-Kriegsführung drastisch kürzen. International müssen eine gemeinsame militärische Abrüstung und entsprechende Verträge durchgesetzt werden.

Ende der nuklearen Teilhabe und Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag
In der heutigen Situation würde der Einsatz von Atomwaffen ohne Zweifel das Ende der uns bekannten Welt bedeuten. Eine Politik, die weiterhin auf die sogenannte nukleare Abschreckung setzt, ist demnach irrational und verantwortungslos. Deutschland kann Mut und Verantwortung beweisen, indem es die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO aufkündigt und (Stand September 2024) als viertes EU-Mitglied nach Österreich, Irland und Malta dem Atomwaffenverbotsvertrag beitritt, der 2021 in Kraft trat.

Keine von außen kontrollierten Militärbasen und Waffensysteme
Die Existenz von Militärstützpunkten in Europa, die nicht unter europäischem Kommando stehen, ist einer selbstbestimmten Verteidigungspolitik nicht zuträglich und birgt ein Sicherheitsrisiko. Zusammenarbeit

braucht keine von außen kontrollierten militärischen Einrichtungen. Deutschland sollte sich in Abstimmung mit seinen europäischen Nachbarn dafür entscheiden, sämtliche langfristig stationierte, außereuropäische (d.h., US-amerikanische) Militärpräsenz abzuwickeln oder in eine europäische Kommandostruktur einzugliedern. Vor allem werden wir nicht hinnehmen, dass drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges wieder atomwaffenfähige Marschflugkörper und Hyperschallraketen unter US-Kontrolle in Deutschland stationiert werden sollen.

Ausrüstung und Ausbildung der Bundeswehr als reine Verteidigungskraft

Da eine Abschaffung der Bundeswehr in der heutigen Situation nicht realistisch ist, sollte eine adäquate Ausrüstung ausschließlich für Verteidigungszwecke sowie die kontinuierliche Aus- und Weiterbildung des gesamten Personals, einschließlich in Grund- und Völkerrecht, gewährleistet sein. Haushaltsausgaben für die Unterhaltung der Streitkräfte dürfen dabei nicht auf Kosten des inneren gesellschaftlichen Zusammenhalts, also ziviler Infrastruktur, Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, genehmigt werden.

Im Besonderen müssen sogenannte „anerkannte Missionen“ innerhalb des NATO-Bündnisses umgehend beendet werden. Anders als Auslandseinsätze unter UNO- oder EU-Leitung bedürfen sie keiner Zustimmung durch den Bundestag. Dadurch entzieht sich die Bundeswehr in einem Bereich, der für die regionale Sicherheit von fundamentaler Bedeutung ist – aktuell (Stand September 2024) maßgeblich die Teilnahme an militärischen Aktivitäten in Osteuropa – der demokratischen Kontrolle.

Unterstützung der Ukraine durch Verhandlungswillen und Solidarität beim Wiederaufbau Unterstützung für die Ukraine, und vor allem für die Menschen dort, darf nicht länger auf militärische Konfrontation und unklare Bekenntnisse zur Aufnahme in die NATO oder die EU ausgelegt sein. Da vor dem Angriff Russlands eine EU-Mitgliedschaft unter anderem aufgrund von mangelnder Rechtsstaatlichkeit nicht unmittelbar bevorstand, ist es nicht im Sinne der Ukraine, diese Möglichkeit in der jetzigen Situation trotz Beitrittsverhandlungen als gegeben anzunehmen. Die Ukraine braucht eine weitestgehend selbstbestimmte Verhandlungsposition mit Russland, während parallel Vermittlungsgespräche über überregionale Sicherheitsgarantien stattfinden. Dabei müssen die EU-Länder eine wichtige und konstruktive Rolle spielen. Das bedeutet, dass wir von der Überzeugung abweichen, nur ein militärischer Sieg könne zu einem akzeptablen Ergebnis führen. Diese Vorstellung zeugt von Skepsis gegenüber internationaler Diplomatie und Gerichtsbarkeit. Solidarität mit der Ukraine können wir vor allem durch Unterstützung beim Wiederaufbau zeigen, indem ein Ausverkauf an Oligarchen und andere Wirtschaftsprofiteur:innen verhindert wird.

Auflösung der NATO

Der Gipfel zu ihrem 75-jährigen Bestehen im Juli 2024 hat gezeigt, dass die NATO keine nachhaltigen Visionen für die Zukunft anzubieten hat. Sie setzt auf territorialen Expansionismus in einer Zeit, in der sich die globale politische Ordnung im Umbruch befindet. Nicht nur wurde die nukleare Abschreckung als Eckpfeiler der Bündnispolitik bestätigt; es wurde auch eine schleichende Erweiterung des Mandats – die Verteidigung des euro-atlantischen Raums – in die indopazifische Region vorgenommen, die unweigerlich zu einer Konfrontation mit China führt. Die NATO ist somit eine Bedrohung für den Frieden und mit ihrem hegemonialen Machtanspruch aus der Zeit gefallen. Trotz der neuen Mitglieder Finnland und Schweden hat die NATO mittelfristig keinen Platz in einer europäischen Sicherheitsarchitektur.

Globale Gerechtigkeit: Internationalismus oder Aussterben

Wir erkennen unsere geschichtliche Verantwortung an und wissen, dass unsere Handlungen die Klimakrise und Umweltzerstörung begünstigt haben.

Es sind die Folgen eines Systems im Interesse der Finanz- und Agrarindustrie, das maßgeblich für das aktuelle Massenaussterben allen nicht menschlichen Lebens auf unserer Erde, die Erderwärmung, die Bodenerosion, die Wasserknappheit, die agrochemische Verschmutzung und die Verstetigung der imperialistischen Unterdrückung und Ausrottung von indigenen Mitmenschen und Kleinbäuer:innen im Globalen Süden verantwortlich ist. Dieses ausbeuterische System zeigt sich auch zunehmend in Bezug auf die hiesige Agrarwirtschaft.

Die Zerstörung der Umwelt und des Klimas betrachten wir als einen Angriff auf die Menschheit. Die Zerstörung muss als Unrecht und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrachtet werden, wenn sie von Staaten oder Unternehmen begangen oder toleriert wird.

Wir wollen den Klimawandel gemeinsam und entschlossen bekämpfen und eine Welt schaffen, welche die Menschheit in Harmonie mit der Umwelt leben lässt. Denn wenn wir nicht endlich internationalistisch denken, werden wir aussterben.

Internationale Zusammenarbeit ausbauen
Wir wollen die Zusammenarbeit in jeglichen Bereichen, vor allem aber in der Wissenschaft, der Kultur und der Wirtschaft, ausbauen. Diese Zusammenarbeit muss gleichberechtigt stattfinden, und die Verteilung jeglicher Form von Kapital muss fair gestaltet werden. Wir setzen uns ein für ein strengeres Vertragswerk über die internationalen Gewässer und die Antarktis sowie für die Schaffung eines Vertragswerks über die gemeinsame Nutzung des Weltraums.

Als Teil von DiEM25 und der Progressive International (PI) wollen wir gemeinsam mit unseren verbündeten Organisationen und Freund:innen für eine friedliche Welt und globale Gerechtigkeit streiten.

Selbstverständliche internationale Solidarität in der Gesundheitsförderung
In Zeiten globaler Krisen wird Solidarität zur Pflicht. In Deutschland hat öffentlich finanzierte Forschung zur Entwicklung eines mRNA-Impfstoffs gegen COVID-19 beigetragen. Das ist eine enorme Leistung. Jedoch ist die Wirksamkeit von Impfstoffen und anderen Gesundheitstechnologien für diejenigen, die keinen Zugang zu ihnen haben, gleich null. Die Tatsache, dass eine kleine Anzahl von Impfstoffhersteller:innen monopolartig steuert, wie viel Impfstoff wo produziert wird, hat während der COVID-19-Pandemie zu einem gravierenden Mangel an Impfdosen geführt. Milliarden von Menschen sind ohne Zugang zu Impfstoffen.

Überschüssige Impfstoffe an Entwicklungsländer zu spenden, ist zwar wichtig, aber keine nachhaltige Lösung – das Problem der Impfstoffknappheit betrifft sowohl die Verteilung als auch das Angebot. Es gibt auf der ganzen Welt qualifizierte Hersteller:innen, die bei einer Aussetzung der geistigen Eigentumsrechte und mit dem notwendigen Wissens- und Technologietransfer weitere Milliarden sicherer und wirksamer Impfdosen und lebensrettender Medikamente produzieren könnten, die zur Bekämpfung der Pandemie

benötigt werden. Es ist unerlässlich, dass Länder des Globalen Südens ihre eigenen Produkte herstellen und ihr Angebot drastisch erhöhen können.

Wir brauchen Impfstoffe für alle Menschen – und das mehr denn je.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass deutsche und europäische Pharmaunternehmen lebensrettende Technologien schnell und transparent mit qualifizierten Herstellern auf der ganzen Welt teilen. Hierzu gehört auch die ständige Zusammenarbeit mit dem COVID-19 Technology Access Pool der Weltgesundheitsorganisation und dem mRNA-Hub in Südafrika. Wir befürworten die Aussetzung der Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) für geistiges Eigentum für alle Impfstoffe und lebensnotwendigen Gesundheitstechnologien.

Internationale Schuldengerechtigkeit

Niemand verdient es, sein Leben lang Zinsen für Kredite zu zahlen, die er oder sie aufgenommen hat, um das Leben eines Familienmitglieds zu retten, um eine Ausbildung zu absolvieren oder um Kinder zu ernähren. Wir wollen eine wahrhaft internationalistische Solidaritätsbewegung, welche die Zusammenhänge zwischen Schulden und (rassistisch geprägtem) Kapitalismus deutlich macht und die auf Gerechtigkeit und nicht nur auf kurzzeitige Entlastung abzielt.

Wir leben in einer Welt der Schulden. Das Ausmaß der globalen "Verschuldung" kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Unterschiedliche Dynamiken – Hedge-Fonds, die in einer Pandemie Gewinne einfahren, Student:innen, die um ihre Ausbildung kämpfen, Kleinstkreditnehmer:innen am Rande des Bankrotts – sind unterschiedliche Erscheinungsformen desselben grundlegenden strukturellen Mechanismus im Herzen des globalen Finanzsystems: des endlosen Kreislaufs von privatisierten Gewinnen und sozialisierten Verlusten. Einfach ausgedrückt: Die Reichen werden immer reicher, während die Armen – beabsichtigt – arm bleiben.

Wir wollen, zusammen mit solidarischen Bewegungen auf der ganzen Welt und als Teil von DiEM25 und der Progressive International (PI), diesen Kreislauf beenden und einen Plan für eine neue gerechte internationale Finanzarchitektur errichten.

Eine neue Entwicklungspolitik

Das tägliche Leben von Milliarden Menschen auf diesem Planeten wird durch postkoloniale Strukturen der Ausbeutung bestimmt. Diese Realität reicht von internationalen militärischen Angelegenheiten und gewaltsamer Grenzsicherung bis hin zu globalen Handels- und Gesundheitsabkommen. Als Grundlage der Entwicklungspolitik wollen wir eine ernsthafte Reflexion über den Kolonialismus und sein fortdauerndes Erbe von Seiten der ehemaligen Kolonialmächte, zu denen auch Deutschland zählt.

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit, der die rassistische Erzählung von Geber- und Nehmer-Staaten hinter sich lässt. Internationale Gelder sind stattdessen als Reparationen für koloniale Verbrechen und das maßgebliche Verschulden der Klimakrise von Industriestaaten wie Deutschland zu verstehen. Da besonders die Länder unter den Folgen der Klimakrise leiden, die historisch gesehen kaum etwas zu den Treibhausgasemissionen beigetragen haben, müssen Deutschland und Europa einen entsprechenden Ausgleich leisten und zu einer Dekarbonisierung der Volkswirtschaften sowie zur Renaturierung der Gesellschaften im Globalen Süden beitragen.

Die eurozentrische Vorstellung von der Überlegenheit westlicher Entwicklung wollen wir überwinden und sozial-ökologische Strukturen von Indigenen aufwerten und unterstützen. Das ist nicht zuletzt notwendig,

da 80% der verbleibenden Wälder auf dem Planeten von 370 Millionen indigenen Mitmenschen geschützt werden.

Schutz für regionale Selbstversorgung

Oft kommt es in unserem Wirtschaftssystem zu einem internationalen Unterbietungswettbewerb von sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Standards. Das führt auch dazu, dass die Reallöhne in Deutschland in den letzten Jahren kaum gestiegen sind.

Die staatliche Souveränität wird dabei durch die Verrechtlichung von Konzerninteressen im Rahmen von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen immer weiter begrenzt. Abkommen wie TTIP, CETA und Mercosur werden hinter verschlossenen Türen unter starkem Einfluss der Wirtschaftslobby verhandelt. Handlungsspielräume des Staates, Gesetze für das Gemeinwohl zu erlassen, werden immer kleiner, denn Unternehmen und Investor:innen können in undemokratischen internationalen Schiedsgerichten gegen Staaten klagen, wenn solche Gesetze zu Profitverlusten führen.

Weniger industrialisierte Länder wollen wir deshalb aktiv dabei unterstützen, die eigene Wirtschaft effektiv zu schützen, um lokale und regionale Strukturen aufzubauen und unabhängiger von Importen aus reicheren Ländern zu werden. Zudem wollen wir undemokratische internationale Schiedsgerichte aus allen internationalen Abkommen streichen.

Transparente und gerechte Lieferketten

Weltweite Wertschöpfungsketten üben Druck auf die Arbeitsbedingungen aus. Das gilt besonders für Länder, die auf gering qualifizierte und geringwertige Exportsektoren (z.B. Getreide, Textilien, Bekleidung) angewiesen sind, oder in Ländern, die stark vom Abbau von Rohstoffen abhängig sind. Dadurch, dass Wertschöpfungsketten immer flexibler organisiert werden und stets der profitabelste Standort gewählt wird, stehen die produzierenden Länder in einem harten Wettbewerb zueinander. Um ausländische Investor:innen anzuziehen, sind sie gezwungen, Anreize in Form von Steuererleichterungen, niedrigen Arbeits- und Umweltstandards oder sogenannten Sonderwirtschaftszonen (Enklaven, die besonderen wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Vorschriften unterliegen) zu schaffen. Infolgedessen befinden sich schätzungsweise mehr als drei Viertel der Arbeitnehmer:innen in Ländern mit niedrigem Einkommen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Wir wollen deutsche und europäische Unternehmen für ihre gesamten Wertschöpfungsketten durch unternehmerische Sorgfaltspflichten zu menschenrechtlichen und ökologischen Standards verpflichten. Betroffene entlang der Wertschöpfungskette sollen im Land des Firmensitzes klagen können, um ihre Rechte einzufordern.

Wir begrüßen grundsätzlich das nationale Lieferkettengesetz (Lieferkettensorgfaltsgesetz), das 2023 in Deutschland offiziell in Kraft trat, sowie das EU-Lieferkettengesetz, das 2024 durch das Europaparlament auf den Weg gebracht wurde. Sie bergen allerdings nach wie vor viele Schlupflöcher, und vor allem sind wir empört, dass insbesondere die deutsche Politik einer sinngemäßen Umsetzung sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene im Weg steht. Die Erzählung, dass diese gesetzlichen Vorgaben kleinere Unternehmen in den Ruin treiben und größere Unternehmen aus Europa vertreiben - oder dass es im Moment nicht die richtige Zeit dafür ist - kommt aus der Überzeugung, dass solche menschenrechtsbasierten Regelungen im Grunde genommen abzulehnen sind.

Wir stehen für ein fundamentales Umdenken ein, in dem die Ausbeutung entlang der globalen Lieferketten (in alle Richtungen) rechtlich und gesellschaftlich geächtet wird. Eine menschen- und

arbeiterrechtskonforme Unternehmenspolitik muss im derzeitigen kapitalistischen Wirtschaftssystem zu einem Wettbewerbsvorteil führen, ohne dass insbesondere kleinere Unternehmen unter der Berichtslast und zusätzlichen Kosten zusammenbrechen.

Wertschöpfung gerecht verteilen

Es gibt zwingende Gründe für eine Umstrukturierung der bestehenden internationalen Arbeitsteilung, um die Handelsbeziehungen zu regionalisieren und zu lokalisieren und kürzere Wertschöpfungsketten zu fördern. Die bisher von Unternehmen ausgelagerten sozialen und ökologischen Kosten müssen sich im Preis eines Rohstoffs oder (Vor-)Produkts widerspiegeln.

Um das Volumen des Gehandelten zu minimieren, wollen wir Kreislaufwirtschaft und Suffizienz staatlich fördern. Kürzere Wertschöpfungsketten sind zudem widerstandsfähiger gegen Schocks wie die Folgen der COVID-19-Pandemie. Darüber hinaus bedeutet regionaler Handel einen geringeren ökologischen Fußabdruck.

Internationale Steuergerechtigkeit

Die internationale Besteuerung muss die Wertschöpfung genauer widerspiegeln. Derzeit werden die in globalen Wertschöpfungsketten erwirtschafteten steuerpflichtigen Gewinne auf die beteiligten Länder entsprechend der Wertschöpfung in den einzelnen Ländern aufgeteilt. Die Wertschöpfung wird dabei in Geldwerten gemessen. Dies führt zu Ungerechtigkeit, da niedrige Preise für Arbeit und Waren aus ärmeren Ländern Machtunterschiede widerspiegeln. Die Digitalisierung verschärft diese Trends noch, da sie die Wertschöpfung noch weiter in Richtung anspruchsvoller Dienstleistungen verlagert. Außerdem ermöglicht sie verschiedene Formen der Steuerhinterziehung.

Um diesen Effekten entgegenzuwirken, wollen wir auf eine neue Form der progressiven Besteuerung in einem globalen System hinarbeiten. Länder, in denen aufgrund von billigen Arbeitskräften und Rohstoffen nur ein geringer monetärer Mehrwert geschaffen wurde, müssen einen verhältnismäßig höheren Anteil an der Gesamtsumme der gezahlten Steuern erhalten.

Einseitige und schädliche Sanktionen beenden

Internationale Sanktionen sind zu einem Instrument der Nötigung und kollektiven Bestrafung geworden. Wir wollen dieses Instrument nur noch als letztes Mittel und in begrenzten Bereichen einsetzen und dabei Sanktionen auf lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen komplett ausschließen. Nur der Handel mit Werkzeugen der zivilen Unterdrückung und Rüstungsgütern kann im Ausnahmefall mit Sanktionen belegt werden. Wir wollen zudem ein definitives Ende der Verhängung einseitiger Sanktionen und der europäischen Komplizenschaft bei deren Unterstützung.

Fairer Handel statt Freihandel

Mit dem Freihandel werden Wohlstand und Völkerverständigung versprochen. Geworben wird mit einer globalen Arbeitsteilung, die Vorteile für alle bringen soll. Doch Machtverhältnisse, das Fortbestehen kolonialer Strukturen und Profitinteressen multinationaler Konzerne bleiben dabei meist unerwähnt. Weniger industrialisierte Länder werden hinter stärkeren Volkswirtschaften zurückgelassen, die sich im Laufe der letzten Jahrhunderte einen Wettbewerbsvorteil verschafft haben. Sie werden daher auf den Export von Rohstoffen und Billigprodukten reduziert, während Volkswirtschaften wie Deutschland von hochpreisigen Exporten (Maschinen, Fahrzeuge, Dienstleistungen usw.) profitieren. Dadurch wird die globale Ungleichheit immer weiter verstärkt. Hinzu kommt, dass der Freihandel durch lange Transportwege und die Abholzung des Regenwaldes für Agrarnutzflächen die Klimakrise befeuert.

Wir wollen den Welthandel umstrukturieren, beginnend mit dem EU-Handel. Regionale Produktion soll gefördert werden, um Transportwege zu verkürzen. Bestehende Abkommen wollen wir aufkündigen und mit dem Ziel besserer Arbeitsbedingungen und Umweltstandards neu verhandeln. Dabei sollen Machtasymmetrien und koloniale Ungerechtigkeiten anerkannt und aufgearbeitet werden.

Weltweit geteilter Wohlstand

Die Bekämpfung von Fluchtursachen darf nicht die Bekämpfung von Flüchtenden bedeuten. Stattdessen müssen Handel, Industrie und Landwirtschaft in den Dienst der Beschäftigung und des ökologischen Gleichgewichts gestellt werden. Entwicklungspolitische Ziele können nur erreicht werden, wenn Agrar-, Industrie- und Handelspolitik nicht – wie aktuell – kontraproduktiv wirken.

Mehr Produktion im Globalen Süden wird zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand beitragen. Wir wollen gemeinsam und solidarisch für weltweit geteilten Wohlstand für alle Menschen kämpfen.

Hunger bekämpfen und Ernährungssouveränität umsetzen

Obwohl Bäuer:innen genug Nahrungsmittel produzieren, um das 1,5-fache der Weltbevölkerung zu ernähren, gehen etwa eine Milliarde Menschen jede Nacht hungrig schlafen. Dazu kommen fast zwei Milliarden Leidende des "Verborgenen Hungers" (chronische Unterversorgung mit Mikronährstoffen).

Die Profitgier einiger weniger zerstört alle Vielfalt des Lebens auf unserem Planeten. Nur 1 % der landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaftet mehr als 70 % der weltweiten Anbauflächen. Und trotzdem ernähren kleinräumige Nahrungsnetze 70 % der Weltbevölkerung. Kleinbauern arbeiten weltweit mit schätzungsweise 7000 Arten. Und obwohl traditionelle indigene Territorien nur noch 22 % der weltweiten Landfläche ausmachen, bewahren sie 80 % der uns noch verbliebenen terrestrischen Biodiversität.

Diese groteske Schieflage wollen wir korrigieren und die globale Wertstoffkette in regionale Kreisläufe umformen. Deshalb steht für uns die Ernährungssouveränität an erster Stelle als entwicklungspolitisches Ziel. Darüber hinaus muss der Aufbau resilienter Strukturen in den Bereichen Gewerbe, Bildung und Gesundheit gefördert werden. Entwicklungspolitische Projekte sollen nicht nach westlichen Vorstellungen der Profitmaximierung ausgewählt und umgesetzt werden, sondern müssen dem Aufbau und der Stärkung lokaler Strukturen dienen. In autoritären Staaten muss eine stärkere Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen angestrebt werden. Entwicklungsgelder dürfen nicht als Anschubfinanzierung für die eigene Privatwirtschaft eingesetzt werden, wie das momentan häufig der Fall ist.

Weltweite nukleare und militärische Abrüstung

Wir wollen in einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen leben, damit Menschen keine Angst vor Vernichtung haben müssen. Den Besitz von Massenvernichtungswaffen (nuklear, atomar, biologisch und chemisch) wollen wir deshalb verbieten. Es gibt für uns auch keine "Welt-Polizei", die auf sogenannte Friedensmissionen entsandt wird. Derartige Kräfte stellen jederzeit eine Friedensbedrohung dar. Wir wissen, dass deutsche und europäische Waffenexporte die Geflüchtetenbewegungen auf dem gesamten Planeten mitverursachen. Wir erkennen an, dass die Ursachen dieser erzwungenen Migration im europäischen Handeln in der Weltgeschichte und der Gegenwart liegen.

Export digitaler Überwachungstechnologie verbieten

Wir wollen den Export digitaler Überwachungstechnologie, die zur Überwachung und Verfolgung von Journalist:innen, Whistleblower:innen, Oppositionellen und Aktivist:innen genutzt werden soll, verbieten. Für Technologie, die Überwachung und Verfolgung zumindest ermöglicht (Dual Use), wollen wir strenge Exportkontrollen einführen, die an die Einhaltung von Menschenrechten und Pressefreiheit gebunden sind.

Koloniale Vergangenheit aufarbeiten
Deutschland hat sich bis heute nicht mit gebührendem Ernst seiner Verantwortung für Kolonialverbrechen, einschließlich Völkermord, gestellt. Initiativen wie der Dialog mit Namibia oder die Rückgabe von menschlichen Gebeinen und Kulturgütern bleiben hinter den Erwartungen für eine echte Aufarbeitung zurück. Die politische Debatte ist nach wie vor geprägt von fehlendem Unrechtsbewusstsein, indem geltendes Recht der Kolonialzeit als Maßstab für heute akzeptiert wird. Entschuldigungen sind ein wichtiger Schritt, bleiben aber deklarativ und ohne konkrete Auswirkungen. Finanzielle Zuwendungen im Rahmen einer Entwicklungszusammenarbeit bergen das Risiko, alte koloniale Muster fortzuführen. Stattdessen sollten Reparationen und ein Schuldenerlass als teilweiser Ausgleich für koloniale Ausbeutung die Grundlage für die Vergangenheitsbewältigung bilden. Formen von Restitution und Erinnerungskultur sowie die Einbeziehung Betroffener müssen durch sensiblen Austausch auf Augenhöhe mit den postkolonialen Staaten und Betroffenengruppen verhandelt werden.

Neuausrichtung der Israel-Palästina-Politik
Eine Neuausrichtung der Israel-Palästina-Politik ist lang überfällig. Als Mindestanspruch muss Deutschland seine Außenpolitik umgehend völkerrechtlichen Standards anpassen, wie unter anderem durch den Internationalen Gerichtshof bestätigt: keine Waffenlieferungen, und eine Diplomatie, die einen möglichen Völkermord, Kriegsverbrechen und die illegale Besatzung Palästinas nicht nur nicht unterstützt, sondern aktiv unterbindet. Des Weiteren sollte Deutschland sich den bisher (Stand Oktober 2024) 146 UNO-Mitgliedsstaaten anschließen und Palästina als Staat anerkennen. Die politische Anerkennung ist ein Ausgangspunkt für zukünftige Verhandlungen hin zu einem gerechten Frieden in Israel-Palästina.

Unsere politische Vision basiert auf dem Respekt für die universellen Menschenrechte einschließlich des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Das Selbstbestimmungsrecht schließt die Wahl des politischen Systems ein. Dieses Recht kann allerdings nicht die Unterhaltung völkerrechtswidriger Regime wie Apartheid oder permanente Besatzung rechtfertigen. Eine menschenwürdige Zukunft für alle Bewohner:innen der Gegend des historischen Palästina sowie der seit der Nakba 1948 Geflüchteten ist nur ohne Apartheid und illegale Besatzung möglich. Dies sind absolute Mindeststandards, nach denen Deutschland seine Politik ausrichten muss. Somit brauchen wir auch eine Auseinandersetzung über die Bedeutung der sogenannten Staatsräson. Die Sicherheit des Staates Israel darf – nicht zuletzt zum Schutz von Jüdinnen und Juden – nicht als Widerspruch zum Völkerrecht oder zu einem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden verstanden werden.

Deutschland kommt aufgrund seiner historischen Verantwortung für die Verbrechen der Nazizeit einschließlich des Holocaust eine besondere Rolle in der internationalen Gemeinschaft zu. Ein wichtiger Teil des modernen Völkerrechts, wie die Charta der Vereinten Nationen, die Völkermord- und Flüchtlingskonventionen und auch die Genfer Konventionen entstanden unter dem Eindruck der unvorstellbaren Grausamkeit des Zweiten Weltkriegs. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Verantwortung immer eng auf die bedingungslose Unterstützung des Staates Israel ausgelegt. Dieser Ansatz stößt aber schon seit Langem an seine Grenzen. Andere Opfergruppen bleiben bis heute unsichtbar. Die deutsche Politik verschließt ihre Augen vor Israels Apartheidsystem und dem Völkermord an den Palästinenser:innen und ist durch politische, diplomatische und militärische Unterstützung mitverantwortlich für Verbrechen.

Internationale Gerichtsbarkeit
Wir wollen auf eine unabhängige internationale Gerichtsbarkeit ohne Doppelstandards hinarbeiten. Kriegsverbrechen müssen bestraft werden, gleich, wer sie begeht, wo sie begangen werden und zu

welchem Zweck. Die einzige Ausnahme hiervon kann eine verhandelte Amnestie sein, wenn das für den Friedensprozess sinnvoll ist.

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) und das Weltrechtsprinzip (universal jurisdiction) sind wichtige komplementäre Säulen des globalen Rechtssystems, die Einzelpersonen für Völkerrechtsverbrechen zur Verantwortung ziehen und für Leidtragende ein Mittel der Ermächtigung sein können. Dabei erkennen wir an, dass Verfahren und Verurteilungen bislang unausgewogen auf Angeklagte aus afrikanischen und/oder arabischen Staaten konzentriert sind. Auch der langfristige Nutzen individueller Bestrafung als Teil von gesellschaftlicher Konfliktbewältigung bedarf noch tiefgehender Untersuchungen. Wir sind überzeugt, dass eine internationale Strafgerichtsbarkeit sich nur nachhaltig etablieren kann, wenn sie sich auf die Bedürfnisse und Rechte von Opfern und von Zeug:innen konzentriert und gleichzeitig den Mut aufbringt, sich die Mächtigen vorzunehmen.

Wir wollen als Teil einer globalen Bewegung dafür einstehen, die durch politische Einflussnahme andauernde Straflosigkeit von Staaten und ihrer Verantwortlichen sowie nicht-staatlicher Akteure, wie zum Beispiel Wirtschaftskonzernen, bei Menschenrechts- und Kriegsverbrechen zu beenden. Das gilt für das gesamte internationale Rechtssystem einschließlich nicht-gerichtlicher Foren wie der UN-Menschenrechtsgremien. Anerkennung von internationaler Gerichtsbarkeit der UN und des IStGH sowie die Umsetzung ihrer Urteile und Entscheidungen soll in Zukunft ein Zeichen von politischem Status sein, so dass eine gegenteilige Politik unattraktiv wird. Andere internationale Schiedsgerichte, die sich einer globalen demokratischen Kontrolle entziehen und potenziell Menschenrechtsstandards unterlaufen, müssen dem UN-System unterstellt werden.

Zudem wollen wir das internationale Recht dahingehend neu gestalten, dass es die Ideen von Gerechtigkeit und Gleichheit unterstützt – es muss dann auch Wiedergutmachung gewähren. Solche Reparationen könnten in Form von Schadensersatzzahlungen an Einzelpersonen, Gruppen und Länder für die Verletzung grundlegender Normen der Menschlichkeit erfolgen, die dem Völkerrecht seit den Anfängen zugrunde liegen.

Reform der Vereinten Nationen

Auf Grund eines enormen Ungleichgewichts an Macht und Ressourcen in ihrer Substanz und in ihren Strukturen sind die Vereinten Nationen außerstande, ihre ursprüngliche Funktion zu erfüllen: Frieden zu schaffen. Jede Reform der Vereinten Nationen muss dafür sorgen, ein Gleichgewicht unter den Nationen herzustellen. Dies beginnt mit einer gerechten Verteilung an Ressourcen und einer konsequenten atomaren und konventionellen Abrüstung.

Die multilaterale Zusammenarbeit der Nationen ist für die Bewältigung der globalen Herausforderungen fundamental. Ohne gleichberechtigt aufgestellte Staaten ist jedoch eine effektive und effiziente multilaterale Kooperation nicht möglich. Folglich ist unser Ziel die Demokratisierung der Vereinten Nationen. Dies bedeutet konkret:

Die Allmacht der fünf Atommächte mit permanentem Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die Konfliktlösungen in zentralen Krisenherden der Welt blockieren, muss gebrochen werden. Sie müssen zur Abrüstung und Abgabe ihres Vetorechts gebracht werden. Das endgültige Ziel ist die Auflösung des Sicherheitsrats.

Die genaue Funktion des Sicherheitsrats ist bisher nicht definiert. Dort sitzen Atommächte, Staaten, die vorwiegend gleichzeitig Erben kolonialer Geschichte sind und heute über das Schicksal der ganzen Welt

bestimmen. Der Sicherheitsrat hatte auch nie demokratische Ambitionen. Er hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg als ein Machtzirkel der Siegermächte konstituiert, infolgedessen diese sich die Welt in zwei Lager aufgeteilt haben. Kriege hat der Sicherheitsrat nicht verhindert, Konflikte nicht lösen können und wollen. Er hat die exekutive, legislative und judikative Gewalt von den Vereinten Nationen gekapert und verhindert eine unabhängige internationale Gerichtsbarkeit.

Es stellt sich für uns die Frage, wie reformfähig solch eine Institution sein kann. Für eine demokratische Weltordnung ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht zu begründen. Er hat aus dieser Warte keine Existenzberechtigung und gehört abgeschafft. Eine Erweiterung der ständigen Mitgliedschaft auf andere Länder, wie in dem neu von der Generalversammlung im Zukunftsgipfel am 23. September 2024 verabschiedeten "Zukunftspakt", wird an der Untauglichkeit des Sicherheitsrats für die Zukunft unserer Welt nichts ändern. Mit der Abschaffung des Sicherheitsrates haben Abstimmungen in der Generalversammlung (ein Land : eine Stimme) mehr Gewicht – ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung der Vereinten Nationen.

Die Legislatur- und Entscheidungsgewalt (Resolutionen) soll der Generalversammlung und einem neu zu gründenden Weltparlament gemeinsam übertragen werden. Es soll aus direkt gewählten Volksvertreter:innen bestehen. Kandidat:innen aus allen Mitgliedsländern der Vereinten Nationen können sich zur Wahl stellen. Alle Stimmberechtigten der Welt entscheiden sich für einen oder mehrere Kandidat:innen, die nicht aus demselben Land oder Kontinent stammen müssen wie die Wählenden.

Als autorisierende Gewalt schlagen wir anstatt des Sicherheitsrates ein demokratisch gewähltes Gremium aus Vertreter:innen der Weltregionen oder Kontinente vor, in dem sich auch das demographische Gewicht mancher Länder und Regionen widerspiegelt. Es soll sich in ständigem Austausch mit der Generalversammlung, dem Weltparlament und den Organisationen der Vereinten Nationen befinden. Dieses Gremium hat kein Vetorecht und fasst keine Beschlüsse über die Generalversammlung oder das Weltparlament hinweg.

Die Vereinten Nationen können und sollen sich in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitglieder einmischen, wenn diese internationales Recht und Menschenrechte brechen. Dies erwartet die internationale Gemeinschaft von ihnen, die sich in ihr organisiert hat. Die Grenzen der nationalstaatlichen Souveränität enden dort, wo das Völkerrecht missachtet wird.

Alle Mitgliedsstaaten unterwerfen sich bedingungslos der Jurisdiktion des Internationalen Gerichtshofs (IGH), der unabhängig von allen anderen Institutionen der Vereinten Nationen urteilt.

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) soll nach der Abschaffung des Sicherheitsrats in die unabhängige Rechtshoheit des Internationalen Gerichtshofs integriert werden. Zur Zeit versucht der IStGH, seine Unabhängigkeit durch die Distanz zur UN und zum Sicherheitsrat möglichst zu wahren, während der IGH in die Vereinten Nationen integriert ist.

7. Vielfältige Gesellschaft: Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit bekämpfen

Worum geht es?
Es geht darum, wie wir eine offene, vielfältige Gesellschaft erreichen und erhalten können, die inklusiv für alle gestaltet ist. Und es geht darum, wie wir mit Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit umgehen wollen. Wir betrachten Diversität als Chance, die sich in vielfältiger Weise, vor allem auch in öffentlichen Räumen, entfalten soll. Um sie zu gewährleisten, wollen wir allen Menschen die Teilhabe an allen Bereichen des Lebens garantieren.

Warum ist das wichtig?
Die Bekämpfung und der Abbau von Diskriminierungsformen in Deutschland sind von zentraler Bedeutung für eine gerechte und inklusive Gesellschaft. weil noch immer sehr viele Menschen hier unterdrückt und diskriminiert werden. Das ist mit einer demokratischen Gesellschaft nicht vereinbar. Um jedem Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, müssen wir vor allem für strukturelle Diskriminierungen sensibilisieren und sie wirksam bekämpfen. Alle Menschen sollten gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft sein.

Mehr Rechte für eine Gruppe bedeuten nicht, dass dies auf Kosten einer anderen Gruppe geschieht. Die Zunahme von rassistischen Haltungen und Übergriffen in den letzten Jahren betrachten wir mit großer Sorge. Wir wollen sie mit allen Mitteln bekämpfen. Dabei verzichten wir auf einfache Schuldzuweisungen, vor allem an Arbeiter:innen, sondern betrachten strukturelle Ursachen wie die historisch tief verwurzelte Verbindung zwischen Kapitalismus und Rassismus sowie intersektionale Ausprägungen. Wir müssen erkennen, dass das scheinbare Problem, dass Migrant:innen mit einheimischen Arbeitnehmer:innen um Arbeitsplätze konkurrieren, indem sie deren Löhne unterbieten, nicht durch die Migration selbst verursacht wird, sondern durch das Fehlen einer staatlichen Arbeitsregulierung in Verbindung mit rassistischen Vorurteilen, die die Arbeit von Migrant:innen als weniger wertvoll und als ausbeutbar ansehen. Die Schuld für das Leiden der Arbeiter:innen sollte den Ausbeuter:innen und ihren Förderern zugewiesen werden.

Ein historisches Beispiel, das die dringende Notwendigkeit einer solchen Aufarbeitung unterstreicht, ist der Völkermord an den OvaHerero und Nama im heutigen Namibia, der zwischen 1904 und 1908 durch das Deutsche Kaiserreich verübt wurde. Diese Verbrechen markieren nicht nur ein dunkles Kapitel der deutschen Kolonialgeschichte, sondern sie stellen auch den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts dar. In diesem Kontext entstanden die ersten Konzentrationslager, in denen Tausende OvaHerero und Nama unter grausamsten Bedingungen inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden. Hinzu kommen medizinische Experimente, die an den Gefangenen durchgeführt wurden und später zur Entstehung nationalsozialistischen Gedankengutes beitrugen und im nationalsozialistischen Deutschland in noch erschreckenderem Ausmaß fortgeführt wurden. Die Anerkennung dieser Geschichte und die Auseinandersetzung mit den Folgen des Genozids an den OvaHerero und Nama sind ein notwendiger Schritt im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung. Die systematische Diskriminierung indigener Völker und koloniale Machtstrukturen wirken bis heute nach und fordern eine kritische Reflexion und ein Gegenlenken durch Maßnahmen zur Förderung von mehr Gerechtigkeit. Der Umgang Deutschlands mit diesem Teil der Geschichte kann

als ein wichtiger Ausgangspunkt für die Schaffung einer Gesellschaft dienen, die sich nicht nur den Verbrechen der Vergangenheit stellt, sondern auch die verschiedenen aktuellen Formen von Ungleichheit und Diskriminierung, wie sie im Folgenden dargelegt werden, bekämpft.

Zu diskriminierten Gruppen gehören unter anderem und nicht erschöpfend: Black, Indigenous and Persons of Color (BIPoC), Roma, Sinti, Fahrende, Jenische, Pavee, Wohnwagenbewohner:innen, Forains, Geflüchtete, Russland-Deutsche, Kontingentsflüchtlinge, Migrant:innen und Sans-Papiers (undokumentierte Migrant:innen) und Staatenlose.

Wie soll das gehen - auf gesellschaftlicher Ebene?
Wir erkennen an, dass wir alle rassistisch sozialisiert wurden und sind. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass wir alle dafür sensibilisiert werden, wie in uns verwurzelte stereotype Gedanken und unsere Sprache verletzend sein können. Wir engagieren uns dafür, dass wir alle unsere Denkmuster und Sprache mehr reflektieren und aus diesen Erkenntnissen Konsequenzen ziehen. Benachteiligungen und Diskriminierungen dürfen nicht als „Einzelfall" und nicht nur als individuelles Handeln gesehen werden, sondern vielmehr auf grundlegenden Normen, Werten und rechtlichen Regelungen unserer Gesellschaft bzw. unseres Systems beruhen.

Unsere wichtigsten Ziele:

- Strukturelle Benachteiligungen verhindern
- Teilhabe und Mitbestimmung für alle garantieren
- Verwirklichung der vollständigen Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens
- Aufhebung von rassistischen sozialen Strukturen
- Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede Form der Diskriminierung aufgrund der Religion bekämpfen
- Selbstbestimmung für LGBTQIA+
- Barrierefreiheit und Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Verbreitete Diskriminierungsformen und ihre Problematiken

Antisemitismus: Kontinuierliche Aufklärung
Wir verurteilen Antisemitismus, basierend auf der Jerusalemer Erklärung zu Antisemitismus in all seinen Formen. Wir sind uns der besonderen historischen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für das Verbrechen der Shoah bewusst. Die industrielle Ermordung von sechs Millionen Jüd:innen ist ein unvorstellbares Verbrechen wider die Menschheit, das uns vor Augen führt, wozu Antisemitismus in seiner schlimmsten Ausprägung geführt hat.

Die Annahme, die Erinnerungskultur und die Aufarbeitung des Holocaust mit einer vereinfachten Schuldzuweisung als abgeschlossen anzusehen, kristallisiert sich als Irrglaube heraus. Es war nicht förderlich, dass die deutsche Gesellschaft sich durchgehend in einem Zustand des kollektiven Schuld- und Angstgefühls befand, sondern es hätte daraus ein positiver Lerneffekt gewonnen werden müssen, um in der Gesellschaft positive Assoziationen von Vielfalt und Diversität entstehen zu lassen.

Umso wichtiger ist heute der entschlossene Kampf gegen alle Formen des Antisemitismus. Die Zunahme an antisemitisch motivierten Verbrechen in ganz Europa, aber auch speziell in Deutschland, zeigt uns, dass Antisemitismus ein Problem ist, welches wir auch heute noch bekämpfen müssen. Hierbei handelt es sich keineswegs um ein, wie es Rechte und Konservative gerne behaupten, "importiertes" Problem. Vielmehr ist Antisemitismus ein tiefsitzendes, strukturelles Problem in der deutschen Gesellschaft, dass sich aus dem Antijudaismus des Mittelalters über den Hexenwahn der frühen Neuzeit, die antisemitische Hetze Martin Luthers und die antisemitischen Schriften politischer Denker von z.B. Martin Heidegger wie ein roter Faden durch die europäische Geistes- und Kulturgeschichte zieht. Angesichts der langen Geschichte des Antisemitismus in Europa kann es uns leider nicht überraschen, wenn auch heute wieder antisemitische Stereotype und Verschwörungstheorien um sich greifen. Insbesondere Verschwörungstheorien greifen fast immer auf alte antisemitische Erklärungsmuster zurück. Sie rekurrieren auf "Juden" als "Strippenzieher", "Brunnenvergifter" und "Kindermörder", um vermeintlich einfache Antworten für die komplexen Fragen unserer Zeit zu finden. Wir betrachten das Othering und die stereotype Abwertung als tiefsitzende kulturell vermittelte Verarbeitungsmechanismen für Krisen. Wir begrüßen hierzu die Jerusalemer Erklärung, da sie eine klare, wenn auch nicht erschöpfende Definition des Antisemitismus bietet.

Eine differenzierte Unterscheidung zwischen Antizionismus und Antijudaismus ist seit dem 07. Oktober 2023 und den darauf fußenden Geschehnissen vor allem im deutschen Diskurs wichtig. Die Darstellung von Juden und Jüdinnen als homogene Gruppe ist antisemitisch. Folglich sehen wir auch die Diffamierung von antizionistischen Juden und Jüdinnen durch Nicht-Juden als Antisemit:innen als höchst problematisch an.

Die tiefen und strukturellen Wurzeln des Antisemitismus können nicht im luftleeren Raum betrachtet werden, sondern müssen im breiteren Kontext von Othering und Diskriminierung gesehen werden, der tief im deutschen Kulturgut verankert ist. Es gibt keine einfachen Patentlösungen, um Diskriminierung in unserer Gesellschaft abzuschaffen, sondern nur systemische und strukturelle Veränderungen, die eine kontinuierliche, kritische und sensible Aufarbeitung, Information und Empowerment beinhalten. Diese sehen wir als Kernelemente, um einen positiven, integrativen Ansatz zur Wertschätzung von Diversität und zur Überwindung von Diskriminierung und Rassismus verfolgen zu können.

Rassismus: Für eine Gesellschaft ohne Diskriminierung!

Wir wollen vor allem auf den Kulturessentialismus aufmerksam machen und ihn anprangern, nämlich die Vorstellung, dass nicht-weiße Menschen aufgrund ihrer „Kultur" aus unseren Gesellschaften ausgeschlossen werden sollen, weil ihre „Kultur" es ihnen angeblich unmöglich macht, sich zu integrieren und „westlichen Werten" zu folgen. Ein solcher Denkansatz ist eine direkte Fortsetzung des traditionellen biologischen Rassismus und ist insofern besonders gefährlich, als er in liberalen und bürgerlichen Kreisen außerhalb der extremen Rechten, einschließlich der Mainstream-Parteien und Medien, zunehmend unhinterfragt bleibt.

Antimuslimischer Rassismus: Schutz für Muslim*innen

Wir verurteilen jeden antimuslimischen Rassismus, also die pauschalisierende Ablehnung und Stereotypisierung von Muslim:innen. In Europa im Allgemeinen und speziell Deutschland werden der Islam in seiner Vielfältigkeit und Muslime:innen oft homogen und monolithisch dargestellt, besonders indem "der" Islam als "gefährlich" oder wenigstens als "fremd" inszeniert wird. Die Konstruktion "des" Islams als Feindbild hat mit der Realität allerdings nichts zu tun. Es gibt genauso wenig "den" Islam wie "das" Christentum. Wie jede andere gruppenbezogene Menschenfeidlichkeit ist auch der antimuslimischer Rassismus nicht "nur" eine unfreundliche Behandlung für Muslim:innen oder die, die für muslimisch gehalten werden,

sondern führt dazu, dass Muslim:innen zuerst nach dem 11. September 2001 und vor allem seit dem 7. Oktober 2023 öfter zum Opfer von Hasskriminalität und Gewalt werden, als Importe des Antisemitismus nach Deutschland diffamiert werden und strukturell und institutionell diskriminiert werden. Wir unterstützen deshalb Programme und Initiativen, die sensibilisieren und antimuslimischen Rassismus bekämpfen.

Sinti:zze und Rom:nja: Vor Diskriminierung und Verfolgung schützen
Wie der Bericht der Kommission „Antiziganismus" gezeigt hat, hegen immer noch bis zu 60 % der Menschen in Deutschland von Stereotypen, Abneigung und/oder Feindschaft geprägte Einstellungskomplexe gegenüber Roma, Sinti, Fahrenden, Jenischen und anderen Personen und Gruppen. Die durch die Mehrheitsgesellschaft stigmatisierten Gruppen erfahren gesellschaftliche und staatliche Ausgrenzung und Diskriminierung. Wir stellen uns gegen jede Form von Rassismus gegen Sinti:zze und Rom:nja.

Sexismus: Diskriminierung von Frauen* stoppen
Wir verurteilen alle Formen von Gynophobie, Misogynie, Frauenfeindlichkeit, Sexismus und Antifeminismus. Ihnen liegt die fundamentale Ablehnung der Emanzipation der Frauen* zugrunde. Für uns ist Emanzipation ein unverzichtbarer Schritt zur Erreichung einer demokratischen Gesellschaft – ein Prozess, der bei Weitem noch nicht abgeschlossen ist. Die Gleichstellung von Frauen* ist Voraussetzung für jede andere Teilhabe und Gleichstellung, denn 50,8 % der Bevölkerung sind Frauen*. Sie zu diskriminieren bedeutet, weniger als die halbe Gesellschaft einzubeziehen.

Inklusion und Teilhabe: Gegen Ableismus und Disablismus
Ableismus und Disablismus, also die Pauschalisierung oder abwertende Haltung gegenüber Menschen mit Behinderungen, chronischen Krankheiten oder Neurodiversitäten, lehnen wir in allen Formen ab. Deswegen fordern wir zum Perspektivwechsel auf. "Normalität" darf nicht der Maßstab sein. Alle Menschen sind vielfältig mit unterschiedlichen Fähigkeiten. Der Ausschluss von Menschen ist das Problem, nicht die Unterschiedlichkeit der Menschen. Menschen sind nicht behindert, sie werden von der Gesellschaft behindert. Nicht der Rollstuhl ist das Problem, sondern die Treppe. Wir lehnen es ab, Menschen mit unterschiedlichen körperlichen oder geistigen Befähigungen zu behandeln, als würde etwas mit ihnen nicht stimmen. Solche Behandlungen sind Ausdruck einer abwertenden Haltung. Deutschland hat deshalb die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. In ihr wird auch Bezug auf weitere Konventionen genommen, die aufgestellt wurden, um u.a. die Teilhabe entlang andere Dimensionen der Diskriminierung (Intersektionalität) zu ermöglichen.

Geschlechtergleichstellung & Sexuelle Vielfalt: Selbstbestimmung für alle
Heteronormativität und die Vorstellung, dass es nur zwei Geschlechter gibt, werden stillschweigend als politisch und gesellschaftlich "Normal" akzeptiert. Menschen, die aus dieser Norm fallen, werden als "Andere" markiert und nach wie vor ausgeschlossen. Wir unterstützen deshalb das Recht auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Gesellschaft und auf Selbstbestimmung. Um allen Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir Diskriminierungen im Recht und in allen Lebensbereichen stoppen.

Staatenlose Menschen: Mehr Rechte
Ende 2022 wurden in Deutschland über 126.000 von Staatenlosigkeit betroffene Menschen registriert. Hiervon werden 29.455 Personen als staatenlos geführt, 97.150 als Menschen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Sie haben faktisch nur eingeschränkten Zugang zu ihren Grundrechten und können vielen Anforderungen im Einbürgerungsprozess nicht gerecht werden. Diese Lebensrealität der besonders schutzbedürftigen staatenlosen Bevölkerung wollen wir verbessern.

Mehr Teilhabe, Inklusion und Selbstbestimmung – auf rechtlicher Ebene

Gleichbehandlungsgesetz erweitern

Wir begrüßen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ebenso wie die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, halten sie aber für nicht ausreichend, um Rassismus zu überwinden. Um die EU-Gleichheitsrichtlinien, die UN-Resolution 2142 (XXI), die zur „Elimination of all forms of racial discrimination" aufruft und darüber hinaus gehende Mindeststandards umzusetzen versucht, wollen wir gemeinsam mit Betroffenen und Betroffenenverbänden das Gleichbehandlungsgesetz erweitern.

Streichung des "Rasse"-Begriffs

Wir wollen den Begriff „Rasse" durch Diskriminierung aus "rassistischen Gründen" ersetzen. Wir unterstützen die Ersetzung des längst überholten "Rasse"-Begriffs aus dem Grundgesetz und in allen anderen geltenden Gesetzen und Vorschriften, da die Verwendung des Wortes „Rasse" suggeriert, dass es tatsächlich unterschiedliche Menschenrassen gäbe. Ferner schließen wir uns der „Jenaer Erklärung" der Deutschen Zoologischen Gesellschaft an, die das Konzept der Rasse als "das Ergebnis von Rassismus und nicht [als] deren Voraussetzung" begreift.

Entschädigung für den Genozid an den OvaHerero und Nama

Wir setzen uns dafür ein, den Völkermord an den OvaHerero und Nama in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika (im heutigen Namibia) während der Jahre 1904 bis 1908 als Genozid anzuerkennen. Die Nachfahr:innen der Opfer müssen entschädigt werden.

Gender Pay Gap wirksam schließen

Frauen* verdienen noch immer deutlich weniger als Männer. Wir wollen den sogenannten Gender Pay Gap schließen, indem wir das Entgeldtransparenzgesetz verschärfen. Alle Unternehmen sollen verpflichtet werden, ihre Gehaltstrukturen mit anerkannten Verfahren zu überprüfen und ihre Mitarbeiter:innen darüber zu informieren. Sanktionen von Missachtungen sollen durchgesetzt werden, wie es die Richtlinie zur Lohntransparenz (Pay Transparency Directive) der EU vorsieht. Um Betroffene wirksam zu unterstützen, möchten wir zusätzlich ein Verbandsklagerecht einführen. Außerdem wollen wir Pflege- und Dienstleistungsberufe, in denen mehrheitlich Frauen* arbeiten, gezielt aufwerten, indem wir das Lohnniveau in diesen Berufen an das von eher männerdominierten Berufsfeldern angleichen.

Quote für Führungspositionen

Wir setzen uns für eine Quote für Führungspositionen ein. Mindestens 50 % aller Positionen in Gremien börsennotierter Unternehmen und öffentlicher Unternehmen sollen von Frauen* besetzt werden müssen.

Femizide als Straftat anerkennen und Prävention stärken

Wir fordern eine strengere Justizethik bei geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung, indem Geschlechterstereotype oder die Annahme einer Vergewaltigungskultur nicht mehr als Verteidigungsstrategien genutzt werden dürfen. Zudem wollen wir den Begriff „Frauenmord" oder „Femizid" für die geschlechtsspezifische Ermordung von Frauen* im Strafgesetzbuch verankern und verpflichten Behörden, Maßnahmen zur Prävention von Femiziden zu entwickeln. Der Opferschutz muss hierbei im Mittelpunkt stehen, und ein Bund-Länder-Ausschuss soll den Austausch von Best-Practices sowie die Analyse von Problemen fördern. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Catcalling/verbale sexuelle Belästigung zur Straftat zu erklären.

Freiwillige Sexarbeit destigmatisieren
Wir unterstützen die körperliche Selbstbestimmung von Frauen*. Deshalb wollen wir freiwillige Sexarbeit und das Anbieten sexueller Dienstleistungen destigmatisieren, indem wir das Prostitutionsschutzgesetz reformieren. Gewalt, Zwangsprostitution und Menschenhandel wollen wir stärker bekämpfen. Opfern von Menschenhandel wollen wir grundsätzlich ein uneingeschränktes Bleiberecht einräumen, sowie den Zugang zu Kronzeugenregelung und Zeugenschutz ausbauen.

Keine finanzielle Benachteiligungen für Teilhabe
Die Gewährung von Teilhabeleistungen darf nicht zur finanziellen Benachteiligung ihrer Empfänger:innen führen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bedürftige und ihre Angehörigen zur Teilhabe notwendige Güter, Dienstleistungen oder medizinische Therapien nicht länger aus eigenen Mitteln zahlen müssen.

Beschäftigung behinderter Menschen sicherstellen
Die gesetzliche Beschäftigungsquote von 5 % behinderter Menschen wird bei privaten Arbeitgeber:innen nur zu 4,1 % erfüllt. Wir wollen Arbeitgeber:innen, welche die Vorgaben auch in Zukunft nicht erfüllen, mit Bußgeldern belegen. Ausgleichsabgaben wollen wir erhöhen, so dass es für Unternehmen lohnender ist, die Beschäftigungspflicht einzuhalten. Unternehmen wollen wir finanziell unterstützen, die für einen barrierefreien und inklusiven Arbeitsplatz notwendigen Veränderungen und Anschaffungen zu tätigen, etwa von Rampen oder dem Umbau von Sanitäranlagen.

Mindestlohn und Arbeitsrechte in Werkstätten
Werkstätten für behinderte Menschen verstärken Exklusionstendenzen. Deshalb sind wir entschlossen, Menschen mit einer Behinderung in die Arbeitswelt zu integrieren. Solange es Werkstätten für Menschen mit Behinderung gibt, setzen wir uns dafür ein, dass der Mindestlohn und alle weiteren Regelungen des Arbeits- und Mitbestimmungsrechts auch dort gelten. Mittelfristig sehen wir die Transformation der WfbM (Werkstätten für behinderte Menschen) zu gemeinnützigen Betrieben in gleichberechtigtes Eigentum und unter Verwaltung aller in ihnen Beschäftigten als Ziel an.

Sexuelle Selbstbestimmung
Die Geschlechtsidentität einer Person muss selbstbestimmt sein. Jegliche Änderung von Geschlechtsangaben in öffentlichen Dokumenten wollen wir unkompliziert und kostenlos ermöglichen. Hierbei halten wir es ausdrücklich für nicht ausreichend, nur die Optionen männlich, weiblich und divers zur Verfügung zu stellen, sondern setzen uns für die freie Wahl des Geschlechtseintrags ein, mindestens aber für die Ausweitung der Wahlmöglichkeiten, in Abstimmung mit Selbstvertretungen der Betroffenen.

Namensänderung möglich machen
Auch der Name einer Person ist Teil ihres Rechts auf freie Entfaltung. Die richterliche Anhörung und Genehmigung der Namensänderung für trans* und inter*geschlechtliche Menschen lehnen wir als eine überflüssige zusätzliche Hürde ab. Stattdessen wollen wir das Namensrecht nach dem Vorbild des englischen Rechts reformieren: Jede:r soll einen oder mehrere beliebige Namen annehmen dürfen, ohne richterliche Genehmigung.

Gleichstellung im Recht
Wir wollen die rechtliche Gleichstellung in allen Rechtsbereichen und Anerkennung von Lesben, Gay, Bi*, Trans*, Inter*, A* und Queeren Menschen. Hate Crime Gesetze wollen wir um antisexistische, anti-transphobe und antihomophobe Bestimmungen erweitern.

Keine Diskriminierung für LGBTQIA+ Elternteile
Wir wollen die Diskriminierung von LGBTQIA+ Elternteilen bei der gemeinsamen Ausübung des Sorgerechts für Kinder beenden und die Elternschaft gleichgeschlechtlicher Paare anerkennen. Ferner wollen wir einen juristischen und sozialen Rahmen mit sozialen und psychologischen Strukturen entwickeln, in dem Co-Elternschaft erprobt werden kann, wobei auch mehr als zwei Personen die Elternschaft und das Sorgerecht ausüben können, dürfen und sollen (z.B. ein lesbisches und ein schwules Paar, die die Elternschaft für die gemeinsamen Kinder gemeinsam ausüben).

Gesetze zur Verbesserung der Rechte von Staatenlosen
Wir wollen die Umsetzung internationaler Übereinkommen zu Staatenlosigkeit in Deutschland vorantreiben. Hierzu zählen die Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen von 1954, zur Verminderung der Staatenlosigkeit von 1961 sowie der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR), das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (KRK) und das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit (EÜStA) mit Blick auf Staatenlosigkeit. Außerdem machen wir uns für die Einsetzung eines expliziten, bundesgesetzlich geregelten Verwaltungsverfahrens zur Feststellung von Staatenlosigkeit stark. Darüber hinaus setzen wir uns für die explizite Nennung von Staatenlosigkeit im Staatsangehörigkeitsgesetz sowie für den erleichterten Staatsangehörigkeitserwerb durch staatenlose Kinder ein.

Obligatorische Konsultation und Quoten für Gruppen mit Diskriminierungserfahrungen
Um eine antirassistische, anti-diskriminatorische und demokratische Politik und Gesellschaft zu schaffen, wollen wir Gruppen mit Diskriminierungserfahrungen besser in demokratische Verfahren einbeziehen. Um sicherzustellen, dass diese Stimmen und Perspektiven in Bundestag und Parlamenten Gehör finden, setzen wir uns für eine obligatorische Konsultation mit Organisationen, die Gruppen mit Diskriminierungserfahrungen repräsentieren, bei allen Entscheidungen im parlamentarischen Kontext ein. Ferner unterstützen wir die Schaffung einer Diversitätsquote für öffentliche Institutionen und Unternehmen und wollen Unternehmen dazu verpflichten regelmäßig ihren Diversitätsindex zu veröffentlichen. Die Diversitätsquote soll so gestaltet sein, dass sie verschiedene Dimensionen der Vielfalt berücksichtigt, etwa Geschlecht, ethnische Herkunft, Alter, sexuelle Orientierung, Behinderung und sozioökonomischen Hintergrund.

Flächendeckende Einsetzung von Gleichstellungsbeauftragten
Wir wollen die flächendeckende Einsetzung von Gleichstellungsbeauftragten auf Bundesebene, Landesebene und kommunaler Ebene erreichen. Sie sollen verpflichtend in alle relevanten Gesetzgebungsverfahren eingebunden werden und den Stand der Umsetzung von Konventionen wie z.B. der Istanbul-Konvention prüfen.

Bundesbeauftrage*r für antimuslimischen Rassismus
Um die Abwertung von Muslim:innen zu stoppen, wollen wir eine:n Bundesbeauftragte:n für antimuslimischen Rassismus schaffen.

Bildungsreformen zur Abschaffung von Diskriminierungsformen

Mehr rassismuskritische Bildung & Sensibilisierung für Diskriminierungsformen in Schulen und Erziehung

Wir setzen uns dafür ein, den Völkermord an den OvaHerero und Nama in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika (im heutigen Namibia) während der Jahre 1904 bis 1908 als Genozid anzuerkennen. Dieses Verbrechen sowie alle weiteren Verbrechen, die während der deutschen Kolonialzeit begangen wurden, sollen als solche in den Lehrplänen und in der Gedenkkultur verankert werden. Dabei soll der Zusammenhang zu heutigen Rassismen auch im Kontext neokolonialistischer Praktiken hergestellt werden. Wir wissen außerdem, dass auf Schulhöfen das Wort "Jude" als Schimpfwort verwendet wird. Ursache dafür ist eine offensichtlich unzureichende Sensibilisierung und Bildungsstrategie sowie mangelhafte digitale Bildungskonzepte, gepaart mit tiefsitzendem Antisemitismus. Wenn Jugendliche in Schulen problematische Aussagen reproduzieren oder machen, ist es die Aufgabe der Lehrpersonen, dies aufzugreifen und im Kontext der gesamten Klasse zu reflektieren. Solche Vorfälle müssen als Chancen gesehen werden, um das Bewusstsein für Vorurteile und Stereotype zu schärfen und zu überwinden. Es sollten pädagogische Konzepte für die Schulen von Expert:innen entwickelt werden, die eine inklusive Diskussionskultur fördern und die Themen Rassismus und Diskriminierung regelmäßig im Unterricht behandeln. Wir wollen ebenso den Ausbau der bestehenden Erinnerungskultur, aber auch die gezielte Sensibilisierung von Schüler:innen für Antisemitismus sowie die systematische Aufarbeitung etwaiger Fälle von Antisemitismus in Schulen durch Sozialarbeiter:innen und Psycholog:innen gemeinsam mit der weiteren Sensibilisierung des Lehrerkollegiums vorantreiben. Wir sehen die Erziehung hin zu freien und demokratischen Individuen als entscheidendes Mittel gegen jede Form von Diskriminierung.

Gegen Rassismus an Orten des Lernens: Mehr Sensibilisierung von Lehrkräften

In Bildungseinrichtungen, in denen Menschen arbeiten, die sich selbst als weltoffen bezeichnen, kommt es dennoch oft zur Reproduktion rassistischer und diskriminierender Narrative. Dies geschieht meist unbewusst, da viele der Auffassung sind, dass sie nicht rassistisch sein könnten. Besonders problematisch wird es, wenn die Akteur:innen Lehrpersonen selbst sind. Lehrkräfte, die von Rassismus nicht betroffen sind, versuchen häufig, migrantisierte, von Rassismus betroffene Jugendliche zu „zivilisieren". Es wird oft angenommen, dass Jugendliche aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder Kultur per se respektlos, intolerant oder sexistisch seien. Solche pauschalen Vorurteile führen dazu, dass durch Vorverurteilung Lehrpersonen und ihre Kolleg:innen nicht mehr in der Lage sind, einen konstruktiven und respektvollen Dialog mit den betroffenen Kindern und Jugendlichen zu führen. Rassistische und sexistische Erfahrungen, die diese Jugendlichen oder ihre Familien machen, werden hierdurch negiert, was zu einer tiefen Entfremdung führen kann. Bildungseinrichtungen müssen gezielt Schulungen für Lehrkräfte einführen, damit sie in der Lage sind, diskriminierende Sprache und Handlungen zu identifizieren, aufzuarbeiten und zu verhindern. Sie müssen fähig sein, ihre eigene Position und ihr Verhalten kritisch zu hinterfragen.

Förderung von Mehrsprachigkeit

Eine der größten Herausforderungen im deutschen Bildungssystem ist die Diskriminierung aufgr- und von Mehrsprachigkeit. Diese Praxis steht in Verbindung mit historischen Diskursen, wie dem rassistischen „Heidelberger Manifest" von 1981, das vor einer „Überfremdung der deutschen Sprache" warnte. Solche Einstellungen prägen weiterhin die Sprachpolitik in Bildungseinrichtungen und tragen zur Marginalisierung bestimmter Gruppen bei. Pädagogische und medizinische Fachkräfte raten Eltern oft, zu Hause bestimmte

Sprachen nicht zu sprechen, was eine Form von Linguizismus (Sprachrassismus) darstellt. Dies führt zur Fortsetzung der Geschichte der Bildungssegregation, mit der Kinder von Gastarbeiter seit Jahrzehnten konfrontiert sind. Entsprechend der Forschung muss Mehrsprachigkeit als Kinder- und Menschenrecht anerkannt werden. Mehrsprachigkeit muss als wertvolle Ressource betrachtet und gefördert werden. Das Bildungssystem soll Sprachen wie Türkisch, Arabisch, Farsi und Kurdisch fördern und gezielt Programme entwickeln, um den Gebrauch und die Wertschätzung dieser Sprachen zu unterstützen. Wir brauchen kritische Sensibilisierungsarbeit im Bereich Mehrsprachigkeit und Rassismus in Kindergärten und Schulen. Logopäd:innen, Ärzt:innen und Lehrkräfte sollten Eltern nicht anraten, zuhause auf bestimmte (in der Regel marginalisierte) Sprachen zu verzichten. Es widerspricht auch der neurologischen und pädagogischen Forschung, die beide belegen, dass Kinder eine starke und solide Basis in ihrer Muttersprache entwickeln müssen, um in einer zweiten Sprache, in diesem Fall Deutsch, gute Leistungen zu erbringen.

Rassismuskritische Jugendarbeit ausbauen

Wir möchten die rassismuskritische Jugendarbeit weiter ausbauen. Diese zielt darauf ab, junge Menschen in ihrem Bewusstsein für Rassismus zu sensibilisieren, sie zu befähigen, sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu wehren, und eine inklusive und gerechte Gesellschaft zu fördern. Solche Jugendarbeit würde auf mehreren Ebenen stattfinden und unterschiedliche Ansätze verfolgen, um Jugendlichen ein kritisches Verständnis von Rassismus, Vielfalt und sozialen Gerechtigkeitsfragen zu vermitteln. Dazu gehören Workshops, Projekte und Seminare, die Begriffe wie „Rassismus“, „Diskriminierung“, „Othering“ oder „Intersektionalität“ erklären und so den Jugendlichen helfen, ihre Erfahrungen zu verstehen und in diese Phänomene zu verorten. Es geht darum, die Jugendlichen darin zu unterstützen, Mechanismen von Rassismus und gesellschaftlichen Ungleichheiten zu erkennen. Hierzu sollten Jugendliche, die schon Diskriminierung oder Rassismus erlebt haben, die Gelegenheit bekommen, darüber zu sprechen. Die geschulte Lehrkraft sollte in der Lage sein, den Jugendlichen die Sicherheit geben zu können, sich ohne Angst oder Befangenheit ausdrücken zu können.

Inklusive Pädagogik

Öffentliche Schulen und Hochschulen/Universitäten sollen Orte der größtmöglichen Chancengleichheit sein. Um das zu fördern, wollen wir Forschung und Pilotprojekte für inklusiv-pädagogische Konzepte wie das sogenannte Universal Design for Learning (UDL) unterstützen. Bildungsstätten wollen wir mit barrierefreier Infrastruktur und ergänzenden Angeboten wie Fernunterricht ausstatten. Explizit stellen wir uns darunter vor, dass Blindenleitsysteme, Hörschleifen und der Gebrauch von Gebärdensprache in allen Bildungsstätten inkludiert sein sollen. Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeitenden wollen wir die regelmäßige und kostenlose Teilnahme an Fortbildungen zu inklusiver Pädagogik ermöglichen. Künftig muss für angehende Lehrkräfte und Pädagog:innen Inklusion ein fester Bestandteil der Lehrpläne während ihrer Aus- und Weiterbildung sein.

Genderkritische Bildung und sexuelle Vielfalt in die Lehrpläne aufnehmen

Sexistische Einstellungen werden bereits in der Kindheit vermittelt. Deswegen setzen wir uns für eine genderkritische Bildung ein – das heißt, Kindern früh zu vermitteln, dass Mädchen und Jungen die Freiheit haben, sich nicht “typisch” zu verhalten. Wir wollen außerdem, dass Kindern keine Klischees über “Männer/Jungen” oder “Frauen/Mädchen” darüber vermittelt werden, was sie können müssen, wie sie fühlen sollen und wen sie lieben dürfen. Geschlechterdiversität und sexuelle Orientierung sollen in Fächern wie Sozialkunde, Ethik oder Biologie thematisiert werden. Themen wie Geschlechtsidentität, Gender-Theorien und die Geschichte der LGBTQIA+ Bewegungen sollen altersgerecht vermittelt werden. Wir befürworten pädagogische Maßnahmen, die zur Akzeptanz der Vielfalt von sexuellen Identitäten,

Regenbogenfamilien und ethnischen und kulturellen Identitäten beitragen, damit die Kultur von Geschlechterungleichheit, Stereotypen und Diskriminierung von klein auf abgebaut werden kann.

Verfolgung marginalisierter Menschen im Nationalsozialismus in Lehrpläne aufnehmen
Wir setzen uns dafür ein, dass die Verfolgung bis hin zu Vertreibung, Pogromen, Internierung, Zwangssterilisierung und dem staatlich organisierten Völkermord der Nazis an Roma, Sinti und weiteren Personen und Gruppen wie z.B.: Menschen mit Behinderungen in eine Bildungsstrategie sowie digitale Bildungskonzepte einfließt. Dies soll eine Aufnahme in die Lehrpläne beinhalten.

Medien- und Social-Media-Kompetenz
Da viele Jugendliche heute ihre Informationen aus den sozialen Medien beziehen, ist es wichtig, ihnen eine kritische Medienkompetenz zu vermitteln. Sie sollten lernen, rassistische Inhalte und Propaganda zu erkennen und sich gegen Hassreden und Fake News im Internet zu wehren. Wir fordern daher mehr medienpädagogische Projekte, die sich zusammen mit Jugendlichen der Analyse von rassistischen Inhalten in sozialen Medien widmen und mehr Schulungen im Umgang Cybermobbing und Hate Speech.

Reformen der Medien und des öffentlichen Sektors

Rassistische Stereotypisierung in Medien abbauen und mehr Einbindung in Rundfunkräte Wir sehen einen ausgesprochenen Mangel an Repräsentation von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen in den Medien. Deshalb setzen wir uns für die Einbindung von diversen Menschen in die Rundfunkräte sowie eine Anpassung der Förderrichtlinien der deutschen Filmförderung ein. Um Stereotypisierung in den Medien abzubauen, wollen wir in den Rundfunkräten Vertreter:innen der Interessenverbände von Diskrimiernung Betroffener stärker einbinden und Leitlinien überarbeiten.

Behörden sensibilisieren
Um die Mitarbeiter:innen in Behörden und öffentlichen Institutionen für Rassismus, "Antiziganismus" und andere Diskriminierungsformen zu sensibilisieren, setzen wir uns für die flächendeckende Schulung durch Fortbildungen allen Personals und die bessere Einbindung von Betroffenen ein.

Reformierung der Ausländerbehörde
Für eine erfolgreiche Integration sehen wir es als notwendig an, die Situation in der Ausländerbehörde zu verbessern. Es müssen unnötige Verfahren abgebaut, die Belastung der Beamt:innen verringert und ein angenehmeres Klima geschaffen werden. Die in der Ausländerbehörde beschäftigten Beamt:innen müssen mindestens Englisch und vorzugsweise auch andere Sprachen wie Französisch, Arabisch, Farsi oder Kurdisch sprechen, um auf die Bedürfnisse der Migrant:innen eingehen und sie umfassend informieren zu können. Darüber hinaus sollten Flyer mit grundlegenden Informationen über den Aufenthaltstitel und das Asylverfahren in so vielen Sprachen wie möglich zur Verfügung stehen, und jedes Ausländerbüro sollte eine Liste von Übersetzer:innen in verschiedenen Sprachen erstellen und zur Verfügung stellen, an die sich die antragstellenden Migrant:innen wenden können, falls ihre Muttersprache von den Beamt:innen nicht gesprochen wird. Außerdem sollten die verschiedenen Ausländerbüros untereinander in Kontakt bleiben, um sicherzustellen, dass sich die antragstellenden Migrant:innen auf der Suche nach Arbeit an verschiedenen Orten im Land bewegen können, zumal die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung weit über ein Jahr dauern kann und die meisten Migranten in dieser Zeit auf jeden Fall Arbeit finden müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Inklusive und geschlechtsneutrale Sprache im öffentlichen Sektor

Wir setzen uns für die Anwendung einer inklusiven, geschlechtsneutralen Sprache im öffentlichen Sektor sowie, mittels des Vergaberechts, bei öffentlich finanzierten Stellen ein.

Sexismus und sexualisierte Gewalt in öffentlichen Einrichtungen bekämpfen

Wir wollen geschlechtsspezifische Gewalt und sexuelle Belästigung und Missbrauch in allen öffentlichen Einrichtungen bekämpfen. Deshalb wollen wir Gleichstellungsbeauftragte und Vertrauensstellen einrichten, die Beschwerden von Bürger:innen über queerfeindliche und sexistische Übergriffe entgegennehmen.

Polizeireform

Polizeigewalt: Sensibilisierung, Prävention und konsequente Verfolgung

Die Aufgabe der Sicherheitsbehörden wie Polizei, Zoll, Verfassungsschutz oder Feuerwehr soll der Schutz unserer demokratischen Gesellschaft und die Garantie der Grundrechte aller Menschen sein. Viele Menschen machen leider ganz andere Erfahrungen im Umgang mit diesen staatlichen Stellen – z.B. sexistisch, homophob, behindertenfeindlich und rassistisch geprägte. Jeder einzelne rassistische, sexistische, homophobe, antisemitische, islamophobische/antimuslimische oder anderweitig diskriminierende und menschenrechtsfeindliche Vorfall ist nicht nur ein Angriff auf die betroffene Person oder auf eine einzelne Gruppe, sondern ein Angriff auf eine freie, vielfältige Gesellschaft im Ganzen. Deshalb setzen wir uns entschieden für Maßnahmen der Prävention und Sensibilisierung ein, aber auch für die konsequente und kompromisslose Verfolgung und rechtliche Prävention von Gewalt und Diskriminierung durch Sicherheitsbehörden.

Waffennutzung von Polizeibeamt:innen

Wir hinterfragen, ob patrouillierende Polizisten direkten, unmittelbaren und ständigen Zugang zu Feuerwaffen haben sollten. Wenn tatsächlich eine lebensbedrohliche Situation eintritt, in der Zivilist:innen und Beamt:innen selbst akut in Gefahr sind, ist eine Nutzung von Waffen notwendig. Jedoch ist dies in den meisten Fällen nicht erforderlich. Gerade auf Demonstrationen, beim Schutz von Minderheiten oder in sonstigen Einsätzen, wo eine Deeskalierung gefordert ist, sehen wir keinen Grund, dass sie als Machtdemonstration Schusswaffen mit sich tragen müssen. Insbesondere aufgrund von Fällen des offensichtlichen Missbrauchs von Gewalt durch Polizisten, wie im Fall des 16-jährigen Mouhamed Lamine Dramé, der 2022 erschossen wurde, und des 26-jährigen Ibrahima Barry, der 2023 durch Tasern getötet wurde, möchten wir die Diskussion über die Entwaffnung der Polizei beginnen. Durch eine Kombination aus unabhängigen Stellen, verpflichtenden Schulungen, transparenter Berichterstattung und der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure sollen Vertrauen und Fairness in der Polizeiarbeit gefördert werden. Dies hilft nicht nur, strukturellen Rassismus abzubauen, sondern stärkt auch die Legitimität der Polizei in einer multikulturellen Gesellschaft.

Unabhängige Ermittlungsstelle für Polizeigewalt

Jedes Jahr werden Tausende von Fällen unverhältnismäßiger Polizeigewalt angezeigt. Trotzdem kommt es kaum zu Verurteilungen, was auf ein strukturelles Problem schließen lässt. Wir fordern die Etablierung einer unabhängigen, von der Exekutive getrennten Prüf- und Ermittlungsstelle. Diese Stelle soll für die Untersuchung von Vorwürfen schwerer Polizeigewalt und anderer Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei (z.B. Folterpraktiken) zuständig sein. Auch rassistische Diskriminierung und institutionelles Fehlverhalten müssen geprüft werden. Sie müssen wie in Schottland mit umfangreichen strafrechtlichen Ermittlungsbefugnissen ausgestattet und heterogen zusammengesetzt sein, d.h. auch mit Mitarbeiter:innen ohne

polizeiliche Ausbildung und Bindung. Die Zusammensetzung der Stelle muss diverse Hintergründe berücksichtigen, um strukturelle Ungerechtigkeiten aufzubrechen. Durch eine unabhängige Stelle, die auch Mitarbeiter ohne Polizeihintergrund einbezieht, werden vielfältige Perspektiven in den Ermittlungen gewährleistet und das Vertrauen in die Prozesse gestärkt.

Verpflichtende Schulung und Sensibilisierung für Polizist:innen

Die Sensibilisierung von Mitarbeiter:innen in allen Ermittlungsbehörden, um rechtsextrem und rassistisch motivierte Straftaten besser und früher erkennen zu können, soll verstärkt werden. Wir fordern verpflichtende, kontinuierliche Schulungen für alle Polizist:innen, die interkulturelle Kompetenzen, deeskalierende Kommunikationstechniken und menschenrechtliche Standards umfassen. Diese Schulungen müssen regelmäßig evaluiert und aktualisiert werden, um sich an gesellschaftliche Entwicklungen anzupassen. Sensibilisierung muss ein kontinuierlicher Prozess sein und darf nicht nur bei Neueinstellungen stattfinden. Es ist wichtig, dass diese Schulungen verpflichtend und umfassend sind, um Diskriminierung vorzubeugen und interkulturelles Verständnis zu fördern. Dies beinhaltet auch bessere Schulungen zur angemessenen Opferhilfe und Hilfe für Angehörige von Opfern. Die Aufklärung von Polizei-Fehlern wie z.B. in Hanau soll Grundlage sein, Konzepte zu entwickeln, wie diese Fehler in Zukunft verhindert werden können. Wir wollen uns für eine offizielle Entschuldigung des hessischen Innenministers für dokumentierte Polizeifehler und ein Mahnmal für die Opfer auf dem zentralen Marktplatz in Hanau einsetzen.

Transparenz und Rechenschaftspflicht der Polizei

Wir fordern die Einführung eines transparenten Berichtssystems, in dem regelmäßig Daten zu Vorwürfen von Polizeigewalt, Rassismus und Diskriminierung erhoben und veröffentlicht werden. Dies muss mit einer regelmäßigen externen Evaluation der Polizeiarbeit verbunden sein, um strukturelle Probleme frühzeitig zu erkennen und zu beheben. Ein transparenter, öffentlicher Prozess zur Rechenschaftspflicht schafft Vertrauen in die Institutionen und erhöht den Druck, auf Missstände zu reagieren.

Racial Profiling abschaffen

Racial Profiling ist nicht nur mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz und der Unschuldsvermutung unvereinbar, sondern verstärkt auch Stereotype und fördert strukturellen Rassismus. Tatsächliche Straftaten werden durch Racial Profiling nicht verhindert. Wir setzen uns für die vollständige Abschaffung dieser Praxis ein.

Video-Überwachung unter neutraler Aufsicht

Die deutsche Polizei hat durch die Videoüberwachung – die derzeit ihrer Aufsicht unterliegt – in der Regel zunächst einmal die Rolle des Kontrolleurs der Aufnahmen. Zum Schutz der Bürger:innen müsste die Datenerfassung und -speicherung jedoch unter neutraler Aufsicht erfolgen. Die Verfügungsgewalt über die Aufnahmen sollte nicht bei der Polizei liegen. Zum Schutz der Bürger:innen setzen wir uns außerdem – trotz datenschutzrechtlicher Bedenken – für die oben beschriebene Videoüberwachung und Aufzeichnung von in Gewahrsam genommenen Personen ein. Polizeibeamte wollen wir verpflichten, sogenannte Body-Cams zu tragen, die im Dienst nicht abschaltbar sind.

Zulassungsvoraussetzungen zur Polizeiausbildung reformieren

Wir wollen die Zulassungsvoraussetzungen zur Polizeiausbildung reformieren. Wie in anderen Studienfächern auch sollen verkürzte Ausbildungen oder verlängerte Praktika in sozialen oder menschenrechtsorientierten Organisationen und Einrichtungen Teil der Zulassungsvoraussetzungen werden.

Änderung des bestehenden Legalitätsprinzips

Die derzeitige strenge Regelung in Deutschland, dass Polizeibeamte eine mögliche Straftat von Kolleg:innen (als Zeug:innen) sofort melden müssen, weil sie sich sonst durch Zögern mitschuldig machen, ist in der Praxis kontraproduktiv. Jeder Mensch, der in eine Gewaltsituation gerät, mit der er oder sie vielleicht gar nicht gerechnet hat, braucht danach Zeit für ein vertrauliches Gespräch. Das bestehende Legalitätsprinzip führt dagegen unweigerlich zu einer psychischen Überforderung der betroffenen Polizeibeamt:innen (Kolleg:innen der polizeilichen Täter:innen). Wir wollen Polizeibeamt:innen deshalb eine Frist von mindestens 48 Stunden nach dem Auftreten unverhältnismäßiger Polizeigewalt einräumen, um Anzeige zu erstatten.

Unterstützung für Betroffene von politisch-extremistischer Gewalt

Wir sind für eine Einrichtung eines bundesweiten „Fonds zur Unterstützung für Betroffene und Opfer von politisch-extremistischer Gewalt."

Weitere strukturelle (Ver)Änderungen

Schutz jüdischer und anderer religiöser Einrichtungen

Es ist die primäre Aufgabe des Staates, für den Schutz religiöser Einrichtungen zu sorgen. Dies sollte nicht als Zugeständnis gesehen werden, sondern als Auftrag aus dem Grundgesetz Art.6, um Religions- und Meinungsfreiheit zu gewährleisten. Der Schutz von Gebetsräumen und vor allem von jüdischen Einrichtungen muss bundesweit einheitlich geregelt werden, hierzu wollen wir eine langfristige bundeseinheitliche Strategie in Kooperation mit Betroffenenverbänden entwickeln, da es zur Zeit durch den Föderalismus in der jedem Bundesland unterschiedliche Regelungen gibt, die zu überflüssiger Bürokratie führen und Handlungsfähigkeit erschweren. Gemeinden dürfen nicht auf den anfallenden Kosten sitzen bleiben oder sich bestimmte Vorkehrungen nicht leisten können. Keine Selbstbeteiligung für Schutzmaßnahmen: Zäune, Poller, Einlassschleusen, Videoüberwachung und auch privates Wachpersonal müssen unbürokratisch finanziert werden. Auch andere jüdische Einrichtungen sollen Sicherheitslotsen öffentlich finanzieren können. In jedem Fall muss der Schutz jüdischer Einrichtungen dauerhaft gefördert und gesichert werden.

Bundesweite Hotline für FLINTA*, die Gewalt erfahren

Um FLINTA* (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen), die Gewalt erfahren, unmittelbar unterstützen zu können, setzen wir uns für das Einrichten einer bundesweiten kostenlosen 24/7-Hotline mit mehrsprachiger Besetzung ein, die auch von Nutzer*innen mit Hörbehinderungen verwendet werden kann. Explizit stellen wir uns darunter Echtzeittexte, Gesamtgesprächsdienste, Relay-Dienste und Notruf-Apps vor.

Mehr Schutzräume für Betroffene

Wir fordern den Ausbau von barrierefreien Frauen*häusern, um allen Frauen*, insbesondere solchen mit Behinderungen, Schutz vor Gewalt zu bieten, da insbesondere Frauen* mit Behinderungen häufiger Opfer von häuslicher Gewalt werden. Wir fordern darüber hinaus gerade für queere Migrant:innen, die ihre Religion ausleben möchten, besondere Schutzräume, sodass sie nicht unter der Angst leben müssen, Anfeindungen ausgesetzt zu sein. Zudem wollen wir flächendeckend psychologische Betreuungseinheiten für BIPOC und LGBTQIA+ Opfer sowie soziale Unterstützungsstrukturen (wie Feeding-Housing) für Menschen schaffen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität oder Herkunft sozial ausgegrenzt werden. Auch viele Betroffene von Diskriminierung und rassistischer Gewalt benötigen psychosoziale und

traumatherapeutische Unterstützung. Betroffenenverbände müssen unterstützt werden, indem man ihnen Mittel für die Bereitstellung und Vermittlung von psychologischer Hilfe zur Verfügung stellt und die Zusammenarbeit mit Therapeuten und Traumazentren zugänglich gemacht werden, um eine umfassende Unterstützung zu gewährleisten.

Barrierefreies Bauen und Wohnen
Wir wollen ein barrierefreies Bauen und Wohnen garantieren. Die jetzigen Regelungen sind nicht ausreichend und zu gering finanziert. Deshalb wollen wir öffentliche Neubauten, inklusive des kommunalen Wohnungsbestands, vollständig barrierefrei gestalten und bestehende Gebäude soweit es geht anpassen. Umbauten von Wohnraum, die helfen, Teilhabe zu gewährleisten, wollen wir finanzieren. Vorschriften, Verordnungen und Gesetze wollen wir regelmäßig mit Betroffenen, Vertreter:innen und Wissenschaftler:innen evaluieren und verbessern.

Überwachung der Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention und Evaluierung
Wir legen besondere Aufmerksamkeit auf die Überwachung der Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention und aller weiteren Konventionen, auf die in ihr Bezug genommen wird. Bestehende Strukturen wollen wir gemeinsam mit den Vertreter:innen der entsprechenden Gruppen regelmäßig auf ihre Inklusivität und Wirksamkeit hin evaluieren.

Rechte von Obdachlosen wahren
Wir verurteilen jede Form von Feindseligkeit gegenüber Obdachlosen und lehnen die gesellschaftliche Abwertung ab, die schnell in Ausgrenzung und Gewalt umschlägt. Das gängige Nützlichkeitsdenken, das Obdachlose als untätig und weniger wertvoll betrachtet, weisen wir mit Nachdruck zurück.

Um die Diskriminierung von Obdachlosen zu beenden, fordern wir eine öffentliche Thematisierung und Aufklärung über menschenfeindliche Praktiken. Wir lehnen Räumungsaktionen und die Vertreibung von Obdachlosen aus Städten und öffentlichen Räumen entschieden ab. Darüber hinaus setzen wir uns für eine umfassende Schulung von Mitarbeiter:innen in Sicherheits- und Ordnungsbehörden im Umgang mit Obdachlosen ein, um einen respektvollen und menschenwürdigen Umgang sicherzustellen. Wir wollen den obdachlosen Menschen, die während der nationalsozialistischen Herrschaft ermordet wurden, öffentlich gedenken und die Kriminalisierung von Obdachlosen in der BRD bis 1967 und in der DDR bis 1989 als menschenrechtswidrig anerkennen. Wir setzen uns für Entschädigungen für die Betroffenen ein und streben nach einer umfassenden Aufarbeitung dieser Geschichte.

Medizinisch nicht notwendige geschlechtszuweisende OPs an Kindern stoppen
Wir setzen uns dafür ein, dass medizinisch nicht notwendige geschlechtszuweisende Operationen an intersex* Kindern sofort gestoppt werden. Genau wie Konversionstherapien sind sie menschenrechtswidrige Eingriffe in die körperliche und geistige Unversehrtheit und müssen daher als strafbare Körperverletzung verfolgt werden. Die Opfer müssen anerkannt und entschädigt werden. Geschlechtsangleichende Operationen an einwilligungsfähigen Personen wollen wir als medizinisch notwendige Eingriffe finanzieren. Sie dürfen nicht als vermeintliche Schönheits- oder nicht notwendige Operationen von der Kostenübernahme ausgeschlossen werden oder anders als andere anerkannte operative Eingriffe behandelt werden.

Diskriminierung im Gesundheitswesen stoppen
Wir setzen uns dafür ein, im Gesundheitswesen auf eine Sensibilisierung für Diskriminierung zu achten, beispielsweise in Bezug auf die homophobe Blutspenderegelung oder eine unsensible Sprache, die überflüssige Hürden bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen schafft. Transsexuelle Männer erleben

die Untersuchungen beim Gynäkolog:innen häufig als ein traumatisches Erlebnis, weil die Gynäkolog:innen im Umgang mit diesen Patienten häufig überfordert sind. Dies führt dazu, dass Krankheiten nicht erkannt werden, da Patienten sich der Diskriminierung und dem traumatischen Erlebnis nicht wiederkehrend stellen können oder wollen. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Praxen von Gynäkolog:innen zu einem Safe-Space entwickelt werden, statt ein Ort für traumatische Erlebnisse zu sein. Wir setzen uns außerdem für die Streichung der Geschlechtsidentitätsstörung aus der ICD ein, wo sie unter der Kennung F64 in der Liste der Geisteskrankheiten steht.

Teilhabe und Mitspracherecht für Bürger:innen ohne Staatsbürgerschaft und Staatenlose
In Deutschland ist die politische Teilhabe auf allen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – an die Staatsbürgerschaft gebunden. Dadurch werden Millionen Bürger ohne deutschen Pass von wichtigen politischen Prozessen ausgeschlossen, besonders auf kommunaler Ebene, wo viele Entscheidungen fallen, die Migrant:innen betreffen. Ausländer- und Integrationsbeiräte spielen eine zentrale Rolle, um die Interessen dieser Gruppen zu vertreten, doch ihre Effektivität hängt stark von den Ressourcen und der politischen Einbindung in den Kommunen ab. In vielen kleineren Gemeinden ist die Einrichtung solcher Beiräte erschwert oder gar nicht möglich. Wir fordern daher, auch in kleineren Kommunen die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Bürger:innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zu garantieren und langfristig das Kommunalwahlrecht für Migrant:innen zu reformieren und auszubauen – nach Vorbild anderer europäischer Länder wie Dänemark und Schweden. Kurzfristig sollte jede Partei eine Anlaufstelle für Menschen ohne Wahlrecht einrichten, über die sie Einfluss auf die Parteipolitik im Bereich des täglichen Lebens von Migrant:innen nehmen können.

Gleichstellung für alle in den Medien

Diskriminierende und rassistische Vorfälle in den sozialen Medien bekämpfen
Diskriminierung, Hassreden und Falschmeldungen im Netz müssen konsequenter geahndet werden. Dazu benötigen wir mehr Sichtbarmachung des Umfangs von Hass- und Drohnachrichten sowie Falschbehauptungen im Netz gegenüber Personen der LGBTQIA+ Community und muslimisch gelesene Migrant:innen bzw. deutsche Staatsbürger:innen. Die Erfahrungen der Opfer werden sehr häufig verharmlost und bekommen keine Beachtung. Wir wollen, dass unabhängige Organisationen in Zusammenarbeit ein übergreifendes Monitoring durchführen für alle Formen von diskriminierendem und rassistischem Verhalten in den sozialen Medien. Dies ist notwendig, um das Bewusstsein für digitale Hetze zu schärfen und das Ausmaß der Diskriminierung online sichtbar zu machen.

Durchführung von quantitativen und qualitativen Studien
Um die Mechanismen und Motivationen hinter Diskriminierung in den sozialen Medien zu verstehen, müssen regelmäßige und tiefgehende Studien durchgeführt werden, die alle marginalisierten Gruppen einbeziehen. Dazu sollen finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Strengere Medienethik bei geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung
Wir fordern eine strengere Medienethik im Umgang mit Berichterstattung über geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung. Medien müssen klare Leitlinien befolgen, um gesellschaftliche Stereotype, die Gewalt rechtfertigen oder Opfer stigmatisieren (Victim Blaming), zu vermeiden. Insbesondere die Gewalt gegenüber Migrant:innen wird oft ignoriert oder falsch dargestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Presserat in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Expert:innen Leitlinien

entwickelt, die sicherstellen, dass auf Vorfälle von geschlechtsspezifischer und rassistisch motivierter Gewalt sensibel und korrekt Bezug genommen wird. Täter-Opfer-Umkehrungen dürfen in der medialen Berichterstattung keinen Platz haben, um den Opfern gerecht zu werden und das Bewusstsein für die Problematik zu schärfen.

Geschlechterspezifische Vermarktung aufheben
Wir wollen Eltern dabei unterstützen, ein egalitäres Geschlechterbild vorzuleben. Das unbewusste frühe Erlernen stereotyper geschlechtlicher Zuschreibungen mit weitreichenden Auswirkungen, von geschlechtsspezifischer Gewalt bis zum Gender Pay Gap, wollen wir, wo möglich, verhindern. Wir machen uns dafür stark, dass die Marketingpraxis, die Kindern von klein auf Stereotype über Kleidung, Spielzeug und Unterhaltung vermittelt, kritischer hinterfragt wird. Produktkennzeichnungen sowie Packungsdesign sollten neutral und ohne spezifische Geschlechterzuordnung vermarktet werden.

Mehr Sichtbarkeit von alternativen Familienformen
Kinder aus Regenbogenfamilien machen individuelle Diskriminierungserfahrungen, wenn sie in der Schule nach ihren Eltern gefragt werden. Diese Erfahrungen haben eine strukturelle Komponente. Dazu gehören Vorstellungen über eine „richtige Familie“, die in Medien reproduziert werden. Wir fordern eine stärkere und vielfältige Repräsentation von Co-Elternschaft in den Medien, um alternative Familienmodelle sichtbarer zu machen und gesellschaftliche Vorurteile abzubauen. Medien sollten zeigen, dass Co-Elternschaft ein ebenso stabiles und fürsorgliches Umfeld für Kinder bieten kann wie traditionelle Familienstrukturen. Um dies zu erreichen, muss Co-Elternschaft als Thema sowohl in öffentlich-rechtlichen als auch in privaten Medien differenziert thematisiert werden. Ziel ist es, eine inklusive und wertschätzende Gesellschaft zu fördern, in der jede Familienform, basierend auf Respekt, Achtsamkeit und gleichberechtigter Elternschaft, als normal und akzeptiert gilt.

Gleichstellung für alle in der Gesellschaft

Das Ziel einer gleichberechtigten emanzipierten Gesellschaft braucht neben Gesetzen und Institutionen zivilgesellschaftliches Engagement. Dafür müssen die bestehenden Strukturen wie Vereine und NGOs gestärkt werden und es müssen mehr finanzielle Mittel in die Zusammenarbeit investiert werden.

Betroffenenverbände unterstützen
Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen, Betroffenenverbände und Opfer systematisch dabei unterstützen, sich jeglicher gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzustellen. Betroffenenverbände, die sich für eine plurale und gerechtere Gesellschaft einsetzen, benötigen eine gesicherte finanzielle Basis, um langfristig agieren zu können. Häufig sind Betroffenenverbände auf projektbasierte Fördermittel angewiesen, die zeitlich befristet sind. Um ihre Arbeit nachhaltig zu gestalten, ist es wichtig, dass sie langfristig institutionell gefördert werden. Sodass die Verbände ihre Arbeit kontinuierlich planen und umsetzen können, ohne ständig auf die nächste Projektförderung angewiesen zu sein. Zusätzlich sollten bürokratische Hürden für Förderanträge gesenkt werden, um einen einfachen Zugang zu Ressourcen zu gewährleisten. Der Staat sollte diese Verbände durch regelmäßige Förderungen unterstützen, um ihre Arbeit in den Bereichen Beratung, Dokumentation und Aufklärung zu ermöglichen.

Beratungsangebote ausbauen
Für die Opfer von Diskriminierung und ihre Angehörigen wollen wir niedrigschwellige und kostenlose Beratungsangebote und die Schaffung von Vertrauensleuten ausbauen – insbesondere für Menschen, die von

Diskriminierung aufgrund von Behinderungen, chronischer Krankheit, Rassismus, Antisemitismus, sexueller und geschlechtlicher Identität, Altersdiskriminierung oder sozioökonomischen Faktoren betroffen sind.

Vertrauen in Institutionen und niedrigschwelliger Zugang für Betroffene
Wir fordern eine Aufstockung finanzieller Ressourcen für unabhängige Anlauf- und Ombudsstellen auf kommunaler und nationaler Ebene, die eng mit migrantischen Organisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zusammenarbeiten. Diese Stellen sollen eine leicht zugängliche, vertrauliche und niedrigschwellige Möglichkeit bieten, Fälle von Polizeigewalt, Diskriminierung und institutionellem Rassismus anzuzeigen. Der Fokus auf niedrigschwellige, unabhängige Strukturen stärkt das Vertrauen der betroffenen Gruppen, indem die Anonymität gewahrt wird und diese Stellen unabhängig von den regulären Ermittlungsbehörden agieren.

Stärkere Vernetzung und Plattformen für den Austausch
Wir fordern die Schaffung von Netzwerken und Plattformen, die den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Betroffenenverbänden und Initiativen fördern. Durch regelmäßige Treffen, Konferenzen und Workshops sollen Wissen geteilt, gemeinsame Strategien entwickelt und erfolgreiche Projekte sichtbar gemacht werden. Zusätzlich ist eine enge Kooperation zwischen sozialen Medienplattformen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Minderheiten-Communitys notwendig, um diskriminierende Inhalte effektiver zu identifizieren, umfassend zu erfassen und schnellere Maßnahmen zu ergreifen. Der interkulturelle Dialog zwischen verschiedenen Gemeinschaften und Kulturen soll gefördert werden, um gegenseitiges Verständnis und Respekt zu stärken.

Präventionsprogramme für antimuslimischen Rassismus
Angesichts der Zunahme von Diskriminierungen gegen Muslim:innen in unser Gesellschaft und der Zunahme von Hasskriminalität, bei welcher der Anschlag von Hanau 2020 einen traurigen Höhepunkt darstellt, wollen wir antimuslimischen Rassismus stärker in den Fokus von Präventionsprogrammen rücken.

Feministische Bewegungen unterstützen
Wir unterstützen daher feministische Bewegungen in ihrer Vielfältigkeit. Ihre Erkenntnis, dass Geschlechterrollen und Stereotype soziale Konstruktionen sind, ist fundamental für unsere Politik. Geschlecht oder Gender sind nicht "naturgegeben", sondern von Menschen gemacht und somit veränderbar.

Kampagnen zum Abbau gesellschaftlicher Stereotypen
Gemeinsam mit feministischen und LGBTQIA+ Organisationen setzen wir uns für öffentlichkeitswirksame Kampagnen ein, um die gesellschaftlichen Stereotypen des Patriarchats abzubauen und die Akzeptanz von Geschlechtervielfalt und vielfältiger sexueller Orientierungen zu erhöhen.

Safe Spaces für queere Migrant:innen
Besonderes Augenmerk muss auf queere Migrant:innen gelegt werden, die sich in einer besonderen intersektionalen Lage befinden, da sie teilweise sowohl von ihren eigenen Gemeinschaften diskriminiert und unterdrückt werden, in denen queerfeindliche Gefühle und Vorurteile einflussreich sein können (ebenso wie in Gemeinschaften weißer Europäer), als auch von den homonationalistischen Aufnahmegesellschaften, die von ihnen verlangen, ihre Identität, z. B. als Muslim, zu verleugnen, um in queeren Gemeinschaften und sicheren Räumen akzeptiert zu werden. Westliche Queer-Gemeinschaften müssen erkennen, dass Queerness andere Formen annehmen kann als die, die von durch ihre Herkunft und ökonomisch privilegierten Queers gezeigt und gefeiert werden, ohne dass diese Formen weniger gültig sind, und dass queere

Migrant:innen als Menschen mit gleichem Wert und Handlungsfähigkeit und nicht als zu rettende Opfer betrachtet werden müssen.

Erinnerungskultur in der Öffentlichkeit - Feiertage und Gedenktage

Tag gegen Rassismus als Feiertag
Um eine breite Öffentlichkeit weiter für das Thema Rassismus zu sensibilisieren, setzen wir uns dafür ein, den Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Internationaler Frauentag als Feiertag
Um dem langen, bis heute andauernden Kampf feministischer Bewegungen zu gedenken und gleichzeitig die breite Öffentlichkeit auf die Problematik der Diskriminierung von Frauen* aufmerksam zu machen, wollen wir den Internationalen Frauentag am 8. März zum gesetzlichen Feiertag bundesweit machen.

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen als Feiertag
Um die gesamte Öffentlichkeit zum Perspektivwechsel anzuregen, setzen wir uns für die Einführung des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember als gesetzlichen Feiertag ein.

Gedenkfeier für die Opfer der Kolonialzeit
Die Repatriierung von allen Gebeinen der damaligen Opfer der Kolonialzeit aus Deutschland soll im Rahmen von offiziellen Gedenkfeiern und begleitet von einer offiziellen Entschuldigung für die während der Kolonialzeit begangenen Gräueltaten vorangetrieben werden.

Gedenktag am 4. November für die Opfer der NSU-Morde
Der 4. November 2011 war der Tag der Entdeckung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Ein Jahrzehnt lang wurden die Opfer bzw. deren Angehörige selbst unter Verdacht gestellt. Auf den Titelseiten der Zeitungen wurden die Morde verharmlost, sogar bis ins Lächerliche gezogen. Die Berichterstattung über die Mord- und Anschlagsserie des "Nationalsozialistischen Untergrunds" wurde maßgeblich durch die Hypothesen der Ermittlungsbehörden und durch rassistische Stereotypen geprägt. Der Gedenktag soll ein starkes Zeichen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und institutionelles Versagen setzen. Er soll der Opfer und ihrer Familien gedenken, die Aufarbeitung der Versäumnisse in den Ermittlungen weiterführen und dazu beitragen, dass sich die deutsche Gesellschaft weiterhin entschieden gegen jede Form des Hasses und der Diskriminierung stellt.

Aktionstag am Internationalen Tag gegen IDAHOBITA*
Um die gesamte Gesellschaft in ihrer Breite zu erreichen, wollen wir den Internationalen Tag IDAHOBITA* (Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter-, Trans- & Asexuellenfeindlichkeit) am 17. Mai zum gesetzlichen Feiertag machen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung einer dazugehörigen Themenwoche in den Schulen ein.

Tag der Menschenrechte als Aktionstag
Um eine breite Öffentlichkeit weiter für das Thema Menschenrechte zu sensibilisieren, setzen wir uns dafür ein, den Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären.

8. Europa und seine Verfassung

Worum geht es?
Die heutige EU ist zutiefst undemokratisch. Nicht Parlamente bestimmen den Kurs europäischer Politik, sondern eine ungewählte Brüsseler Elite neoliberaler Technokrat:innen, Banker:innen und Wirtschaftsoligarch:innen sowie tausende Lobbyist:innen. Politische Entscheidungen fallen hinter verschlossenen Türen und werden dem demokratischen Prozess entzogen, indem sie als „unpolitisch", „rein technisch" oder „alternativlos" erklärt werden. Der Preis dieser Depolitisierung ist die zunehmende Desintegration der EU und eine Demokratie, die zur reinen Fassade verkommt. Nur demokratisch gewählte Institutionen sollen über gesetzgebende Kompetenz verfügen.

Warum ist das wichtig?
Europa muss demokratisiert werden oder es wird zerfallen. Alle Europäer:innen sind gleich an Würde und bürgerlichen Rechten. Wir wollen die Menschen befähigen, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden und ihnen die dafür notwendigen Instrumente an die Hand geben.

Wie soll das gehen?
Um ihre Rechte ausüben zu können, benötigen die Bürger:innen die demokratisch wirksame Kontrolle über alle essentiellen Bereiche wie z. B. über die Währungs-, Finanz-, Arbeits-, Migrations- und Umweltpolitik. Kontrolle können sie nur ausüben, wenn vollständige Transparenz über die politischen und parlamentarischen Prozesse herrscht.

Unsere wichtigsten Ziele:

- Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer föderalen Europäischen Republik
- Direktwahl weiterer legislativer Organe, darunter die EU-Präsident:in und EU-Kommissar:innen
- Bürger:innenversammlungen als vierte Gewalt auf allen Ebenen
- Ordnungsrahmen sollen zukünftig die Städte und Regionen sein
- Eine verfassungsgebende Versammlung
- Demokratisierung des Wahlrechts
- Bekämpfung von Lobbyismus und Korruption

Demokratie und unten

Überall dort, wo Macht sich konzentriert, sei es auch durch Wahlen, muss sie und ihre Träger demokratisch kontrolliert werden – von "unten" nach "oben". Entscheidungen auf parlamentarischer und auf Regierungsebene müssen für das Volk transparent und nachvollziehbar gemacht werden. Wir begrüßen und unterstützen jede Initiative und Vereinigung, die sich dies zum Ziel gesetzt hat.

Wenn in einer Demokratie das Volk das Sagen hat, dann muss parallel zum repräsentativen System, zur Kontrolle und Korrektur der Entscheidungen der Parlamente ein Volksgesetzgebungsprozess institutionalisiert werden.

Der politische Kosmopolitismus ist ebenso wie der Internationalismus ein Konzept, das wir weiterentwickeln müssen.

Europäische Staatsbürger:innenschaft
Wir wollen die Europäische Unionsbürgerschaft zu einer echten, nicht verwirkbaren Europäischen Staatsbürger:innenschaft erweitern. Sie soll allen Menschen offenstehen, die auf dem Gebiet der Europäischen Union geboren wurden oder aufgewachsen sind oder sich länger als drei Jahre auf dem Territorium der EU befinden. Durch die Europäische Staatsbürger:innenschaft erhalten die Bürger:innen Europas volle soziale, bürgerliche und politische Rechte, deren Einhaltung die Europäische Union, beziehungsweise eine Europäische Republik, garantieren muss. Im Gegenzug versichern die europäischen Staatsbürger:innen, die mit der Europäischen Staatsbürger:innenschaft einhergehenden Rechte und Pflichten zu achten und zu schützen.

Einklagbare Grundrechte in der Europäischen Union bzw. Europäischen Republik
Um die Grundrechte der Europäischen Bürger:innen auf allen Regierungsebenen und an allen Orten Europas zu schützen, setzen wir uns für eine einheitliche Charta der Grundrechte ein. Diese Charta wird von und für die breite europäische Öffentlichkeit geschrieben. Die aktuelle Charta der Grundrechte der Europäischen Union kann als Basis dienen, die Artikel 51 bis 54 zu den „ Allgemeinen Bestimmungen zur Auslegung und Anwendung der Charta“ gehören gestrichen oder überarbeitet. Denn wir wollen, dass die Charta überall auf dem Kontinent angewendet wird, vom niedrigsten Amtsgericht bis hin zum Europäischen Gerichtshof.

Bürger:innenversammlungen als neue vierte, konsultative Gewalt
Damit die Demokratie wieder stärker die Bürger:innen einbezieht, wollen wir eine neue vierte Gewalt – die Konsultative – in der europäischen Verfassung verpflichtend auf allen Ebenen verankern. Die Konsultative soll sich nach dem Vorbild der irischen Citizen’s Assembly aus ausgelosten Bürger:innen als repräsentative Auswahl der Gesellschaft zusammensetzen. Sie wird auf allen politischen Ebenen von der Kommune bis zu den höheren legislativen Organen eingerichtet. In ihrer gesetzgebenden Kompetenz ist sie den anderen Komponenten gleichberechtigt.

Demokratisches Wahlrecht für alle
Das Prinzip der Europäischen Staatsbürger:innenschaft ist auch auf die Nationalstaaten, Städte und Regionen anzuwenden. Wir sehen keinen Grund, Menschen aufgrund ihrer Herkunft von demokratischen Rechten und Pflichten sowie von demokratischen Wahlen auszuschließen. Deswegen wollen wir auch Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die länger als ein Jahr in Deutschland gemeldet sind, ermöglichen, an allen Wahlen in Deutschland teilzunehmen.

Wir sehen auch keinen Grund darin, Personen erst ab dem Alter von 18 Jahren das Wählen zu erlauben. Wir wollen bei allen Wahlen allen Bürger:innen bereits ab 16 Jahren das aktive Wahlrecht gewähren. Ob in der Klima-, Bildungs- oder Familienpolitik - vielfach sind besonders junge Menschen von politischen Entscheidungen betroffen, die sie selbst jedoch nicht über den Weg der Stimmabgabe beeinflussen können, weil sie noch nicht volljährig sind.

Für Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen soll die sogenannte „Ersatzstimme“ eingeführt werden. Für die Zweitstimme kann eine zweite Präferenz für eine andere Partei angegeben werden. Wenn die erst-präferierte Partei an der Fünf-Prozent-Hürde (Sperrklausel) scheitert, zählt die Ersatzstimme. Auf diese Art wird dem strategischen Wahlverhalten vorgebeugt und Kleinparteien erhalten höhere Chancen

gewählt zu werden. Dem Argument "Stimmen für Kleinparteien sind verschenkte Stimmen" wird vorgebeugt, denn über die Ersatzstimme können die Wähler:innen trotz ihrer Präferenz für Kleinparteien an der Sitzverteilung der Parlamente mitwirken.

Die Demokratisierung der Europawahlen muss durch die Aufhebung der Sitzverteilung nach Ländern nach dem degressiven Wahlrecht und die Einführung europäischer Parteilisten erfolgen, über die die Kandidat:innen ins EU-Parlament gewählt werden können.

Die Verfasstheit der Europäischen Union

Wir möchten nicht weniger, sondern mehr Europa. Aber die Europäische Union ist in einem desolaten Zustand. Zu viel Gewalt liegt aktuell auf der undemokratischen EU-Kommission. Das gewählte EU-Parlament spielt eine untergeordnete, ja teilweise pseudo-demokratische Rolle. Nationalstaaten in der EU verfolgen ihre Partikularinteressen. Kurz: Europa und seine Bürger:innen brauchen eine neue Ordnung, die durch eine Verfassung gestärkt und geschützt wird. Ihre Grundpfeiler sind Freiheit, rechtliche Gleichheit aller und Gewaltenteilung. Ihre Grundprinzipien sind Subsidiarität und zivilgesellschaftliche Beteiligung.

Die verfassungsgebende Versammlung

Europa braucht eine Verfassung. Sie ist die zentrale Rechtsgrundlage für den Aufbau der Europäischen Republik, ihrer inneren Ordnung, den Beziehungen zu anderen Staaten und den Rechten und Pflichten der Staatsbürger:innen. Als oberste Norm sind alle Organe der Europäischen Republik an sie gebunden, und ihre Macht wird durch diese Norm begrenzt. Sie schützt alle Staatsbürger:innen vor kurzfristigen Partikularinteressen und Veränderungsbestrebungen, wie wir sie heute in der EU kennen.

Wir wollen, dass die Verfassungsgebende Versammlung nicht nur in einem demokratischen Prozess gewählt wird, sondern dass die Wahlmodalitäten garantieren, dass ihre Zusammensetzung die multikulturelle Zusammensetzung der Europäischen Bürger:innen repräsentiert.

Unabhängige Kommunen und Regionen

Wir wollen die Unabhängigkeit von Kommunen und Regionen stärken und ihre Eigenständigkeit in einem vereinten Europa schützen. Dafür wollen wir mehr Kompetenzen auf die kommunale und regionale Ebene verlagern. Kommunen und ihre Bürger:innen sollen stärker als bisher über die Geschwindigkeit ihrer sozial und ökologisch gerechten Transformation bestimmen können. Dazu sollen sie beispielsweise ortsansässige Betriebe und Unternehmen auch über nationale Vorgaben hinaus regulieren oder strengere Umwelt- und Arbeitsschutzauflagen erteilen dürfen. Ferner wollen wir Kommunen ermöglichen, über Investitionen im Rahmen des Green New Deals und über die Aufnahme von Flüchtlingen über feste Kontingente hinaus selbstbestimmt zu entscheiden. Um ihre Anliegen in der EU-Kommission einbringen und mitgestalten zu können, werden per Los und in festem Turnus Vertretungen der Städte und Regionen in die EU-Kommission entsandt.

Sichere finanzielle Basis für Kommunen und Regionen

Damit Kommunen und Regionen nicht nur ihre vielfältigen Aufgaben im Hinblick auf die Daseinsvorsorge der Bürger:innen bewältigen, sondern auch Investitionen im Rahmen des Green New Deals tätigen können, benötigen sie eine sichere finanzielle Basis. Kommunen müssen unabhängig werden von den volatilen Steuern der lokal ansässigen Unternehmen. Kommunen sollen zukünftig nicht mehr im Wettbewerb um finanzkräftige Unternehmen oder Einkommensvermögende stehen. Jede Kommune soll in Abhängigkeit

ihrer Größe einen auskömmlichen Finanzstock erhalten sowie leichten Zugang zu weiteren Investitionsmitteln. Hierzu wollen wir einen fairen Verteilungsschlüssel der Staatseinnahmen entwickeln. Bürger:innenversammlungen sollen mitentscheiden, wie die investiven Mittel den Kommunen mit Bedarf zugewiesen werden.

Vom Ausschuss der Regionen zu einem lebendigen Netz der Städte und Regionen
Der 1992 gegründete Ausschuss der Regionen der EU hat nur begrenzte Kompetenzen. Er berät die EU-Kommission und den Rat der EU in Belangen, die die Länder, Regionen, autonomen Gemeinschaften, kommunalen und lokalen Gebietskörperschaften betreffen. Wir wollen diesen Gebietskörperschaften ein höheres Gewicht verleihen. Er soll in allen Belangen gehört werden und nicht nur in ausgewählten Themenfeldern. Wo bislang noch keine föderalen Strukturen unterhalb der Nationalstaatsebene existieren, sollen bürgernahe und dezentrale politische Strukturen helfen, Demokratiedefizite abzubauen.

Gewaltenteilung und Transparenz
Die Kräfteverhältnisse zwischen dem EU-Parlament und der EU-Kommission sind aus dem Lot. Das gewählte Parlament muss mehr Macht und Entscheidungskompetenzen erhalten. Das Europaparlament muss Einfluss ausüben können auf alle Politikbereiche, u.a. die Außen- und Sicherheitspolitik. Die Entscheidungsfindungsprozesse der EU müssen für die EU-Bürger:innen absolut transparent gestaltet werden. Sitzungsprotokolle, Beschlüsse, Arbeitsgrundlagen, Gesetzesvorlagen müssen daher frei im Internet verfügbar sein.

Der Plenarsaal und das Generalsekretariat des Europaparlaments muss nach Brüssel verlegt werden (wo ohnehin die Ausschusssitzungen stattfinden); es wird Zeit, Energie, Geld und CO2-Ausstoß zu sparen und die Arbeit des Parlaments zu erleichtern.

Ein echtes Transparenzgesetz
Staatliche Daten und Dokumente müssen öffentlich zugänglich sein – maschinenlesbar und mit offenen Schnittstellen. Deshalb wollen wir das Informationsfreiheitsgesetz zu einem echten Transparenzgesetz weiterentwickeln. Schwärzungen und eine Zurückhaltung von Dokumenten darf es dabei nicht geben. Der Staat darf keine Geheimnisse vor seinen Bürger:innen haben – die Enthüllungen von Wikileaks und Co. zeigen das.

Von der Kommune bis zur Europäischen Ebene
Die Hauptgewalt in der Europäischen Republik geht von den Staatsbürger:innen aus. Sie sind das Fundament der zukünftigen EU. In Volksversammlungen finden sie Lösungen für gemeinsame Herausforderungen. Selbstorganisierte Kommunalversammlungen sind die kleinste Einheit, die in regionale, nationale und schließlich die europäische Ebene eingeht. Auf allen Ebenen bilden Bürger:innenversammlungen beratende Gremien für die Lösungssuche.

Städte und Regionen sind das direkte Lebensumfeld der Menschen. Hier müssen die Bürger:innen ihre Zukunft selbst mitgestalten können. Nationalstaaten, wie wir sie kennen, haben nur noch eine mittelnde Funktion.

MERA25:
Linke Politik für Frieden, Solidarität und Freiheit!

Impressum

Website: mera25.de

Kontakt: info@mera25.de